

Monatsbericht des BMF April 2010





Monatsbericht des BMF April 2010

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2010	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2010	28
Termine, Publikationen	29
Analysen und Berichte	21
Analysen und belichte	31
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit	
Deutschland	32
Economics of Happiness – ein neues Paradigma für die Finanzpolitik?	
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009	
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2009	
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten und Crefiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
<u> </u>	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	109

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung findet die Unterstützung wichtiger internationaler Wirtschaftsorganisationen. Dies wurde auch zum Abschluss der jüngsten Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Deutschland deutlich. In seinem Länderbericht lobt der IWF ausdrücklich das entschlossene politische Gegensteuern in der Krise, von der die deutsche Volkswirtschaft aufgrund ihrer engen weltwirtschaftlichen Verflechtung im vergangenen Jahr besonders getroffen wurde. Die rechtzeitig umgesetzten und ambitionierten Stimulierungsmaßnahmen haben nach Einschätzung des IWF einen wichtigen Beitrag zur raschen Überwindung der Rezession geleistet. Die internationalen Wirtschaftsexperten stützen darüber hinaus die Position der Bundesregierung, bei gefestigtem Aufschwung die vorübergehenden Stützungsmaßnahmen wieder zurückzuführen und die öffentlichen Haushalte entschlossen zu konsolidieren. In diesem Zusammenhang begrüßt der IWF auch das klare Bekenntnis Deutschlands zur Einhaltung der Vorgaben des Stabilitätsund Wachstumspakts auf europäischer Ebene. Die neue, im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wird dabei helfen, die krisenbedingt gestiegene Neuverschuldung wieder auf ein langfristig tragfähiges Niveau zurückzuführen. Denn eines ist klar: Nur mit einer soliden Finanzpolitik werden wir für Vertrauen, dauerhafte Stabilität und nachhaltiges Wachstum sorgen können. Dies wird dazu beitragen, unsere hohe Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und gleichzeitig die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte weiter zu stärken.

Ein internationaler Vergleich der wichtigsten Steuern 2009 zeigt: Deutschland ist gut positioniert. Die relativ niedrige deutsche Steuerquote und eine vergleichsweise moderate Abgabenquote helfen, die



Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Zwar sind internationale Vergleiche steuerlicher Regelungen nur begrenzt aussagefähig. Dennoch ist festzuhalten: Als Produktionsstandort hat Deutschland seine Position verbessert. Die Belastung in Deutschland versteuerter Gewinne liegt deutlich niedriger als früher und auch im Vergleich der EU-Staaten nur noch im oberen Mittelfeld. Der nach Standorten suchende Unternehmer wird bei der Auswahl aber natürlich nicht isoliert die Abgabenbelastungen analysieren, sondern ebenso die "Leistungsseite" des Standortes berücksichtigen. Eine gute Infrastruktur, das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer und vieles mehr machen einen attraktiven Wirtschaftsstandort aus. Deutschland bietet sowohl in steuerlicher Hinsicht als auch mit Blick auf viele andere Faktoren heute sehr gute Rahmenbedingungen.

Eine moderne Finanzverwaltung vermeidet mit der Durchsetzung einer gleichmäßigen Besteuerung aller Steuerpflichtigen nicht zuletzt Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Unternehmen. Das entscheidende Instrument hierfür ist die Betriebsprüfung. Die vorliegenden Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2009 zeigen, dass die Herstellung von Steuergerechtigkeit zudem mit erheblichen Steuermehreinnahmen einhergeht. 13 332 Betriebsprüfer waren im Rahmen von Außenprüfungen bei 206 524 Betrieben im Einsatz. So konnte ein

□ Editorial

steuerliches Mehrergebnis von 20,9 Mrd. € erzielt werden. Dieses verbreitert zugleich die Spielräume der öffentlichen Haushalte zur Verbesserung der Standortfaktoren für Unternehmen und deren Mitarbeiter.

Das Institut für Standortforschung und Steuerpolitik aus Magdeburg hat im Auftrag des BMF ein Forschungsgutachten zum Thema "Economics of Happiness – ein neues Paradigma für die Finanzpolitik?" erstellt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als alleiniger Gradmesser für den Wohlstand eines Landes ist schon seit langem in der Kritik. Eine Erkenntnis ist in diesem Zusammenhang etwa, dass das BIP beständig gestiegen ist, die Menschen jedoch nicht in gleichem Maße zufriedener geworden sind. Dieses Phänomen ist als "Easterlin-Paradoxon" bekannt. Das Forschungsprojekt untersucht für Deutschland, welche Faktoren die Lebenszufriedenheit beeinflussen und wie die Finanzpolitik dazu beitragen könnte.

Dr. Hans Bernhard Beus

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2010	28
Termine, Publikationen	29

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Mit der Verkündung des Haushaltsgesetzes 2010 am 9. April 2010 endete die bis dahin geltende vorläufige Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

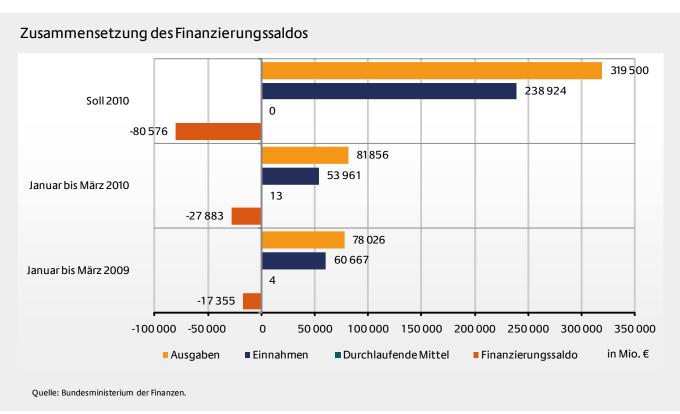
Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich März lagen mit 81,9 Mrd. € um 3,8 Mrd. € (+4,9%) über dem Vorjahresergebnis.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2010	lst - Entwicklung ¹ Januar bis März 2010
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	81,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	4,9
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	54,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-11,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	45,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-7,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-27,9
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	3,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-31,6

¹Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

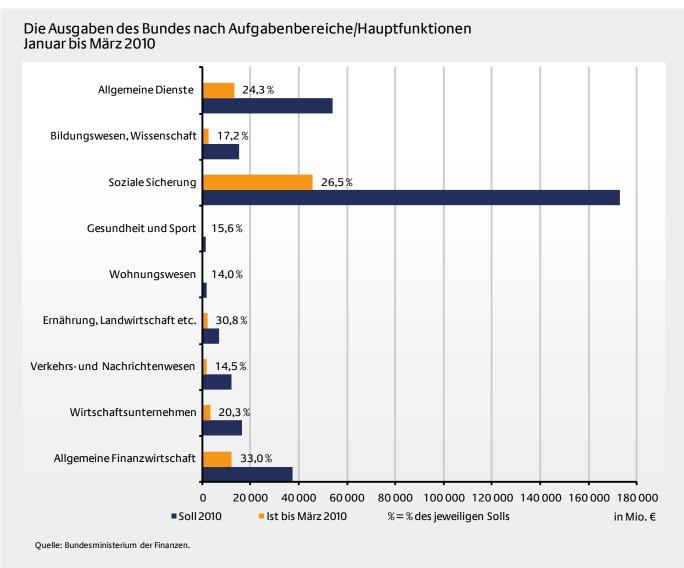
	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis N	/lärz 2010	Januar bis M	ggü. Vorjahr	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio.€	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	13 200	16,1	13 794	17,7	-4,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	1 684	2,1	1 930	2,5	-12,
Verteidigung	31 320	31 188	8 077	9,9	8 048	10,3	0,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 2 5 8	1 509	1,8	1 597	2,0	-5
Finanzverwaltung	3 662	3 944	903	1,1	823	1,1	9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	2 642	3,2	2 812	3,6	-6
BAföG	1324	1 382	441	0,5	432	0,6	2
Forschung und Entwicklung	8 701	9124	1 199	1,5	1 017	1,3	17,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	45 834	56,0	40 229	51,6	13,
Sozialversicherung	76 305	78 088	24968	30,5	24 459	31,3	2,
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	3 525	4,3	0	0,0	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38 311	9014	11,0	8 626	11,1	4,
darunter: Arbeitslosengeld II	22 374	23 900	5 8 6 7	7,2	5 633	7,2	4
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	817	1,0	857	1,1	-4
Wohngeld	784	791	227	0,3	134	0,2	69,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	1 204	1,5	1 186	1,5	1,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	603	0,7	657	0,8	-8,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	220	0,3	218	0,3	0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	284	0,3	252	0,3	12
Wohnungswesen	1 142	1 286	233	0,3	206	0,3	13,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	2 185	2,7	2 043	2,6	7,
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	118	0,1	134	0,2	-11
Kohlenbergbau	1 3 7 5	1 351	1319	1,6	1 375	1,8	-4,
Gewährleistungen	601	2 050	237	0,3	73	0,1	224
Verkehrs und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	1 788	2,2	2 010	2,6	-11,
Straßen (ohne GVFG)	6 925	6 3 3 5	703	0,9	688	0,9	2,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 374	3 325	4,1	3 027	3,9	9,
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 3 3	5 3 3 0	1 074	1,3	1 082	1,4	-0
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4154	4328	662	0,8	794	1,0	-16
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	12 377	15,1	13 640	17,5	-9
Zinsausgaben	38 099	36 751	12 135	14,8	13 204	16,9	-8,
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	81 856	100,0	78 026	100,0	4,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Steigerung ist im Wesentlichen auf das im Vergleich zum Vorjahr vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds insbesondere zur Finanzierung der Beitragssatzsenkung zurückzuführen. Darüber hinaus hat sich auch die ab 2010 geänderte Veranschlagungsmethode beim Bundeszuschuss für die Postbeamtenversorgungskasse ausgabenerhöhend ausgewirkt.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich März lagen mit 54,0 Mrd. € um 6,7 Mrd. € (-11,1%) unter dem Ergebnis bis einschließlich März 2009. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um 3,6 Mrd. € zurück und beliefen sich auf 45,7 Mrd. €. Das entspricht einem Rückgang von -7,4% und liegt damit in etwa auf dem Niveau der im Bundeshaushalt 2010 unterstellten Veränderungsrate für das Gesamtjahr von -7,0%. Die Verwaltungseinnahmen fielen im Vergleichszeitraum um -3,1 Mrd. € (-27,1%) geringer aus. Hauptursächlich ist hierfür der im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringere Jahresüberschuss der Deutschen



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Bundesbank. An den Bund wurden im März 2010 entsprechend der Veranschlagung im Haushalt 3,5 Mrd. € Gewinn aus 2009 abgeführt. Ab 2010 wird der Anteil des Bundesbankgewinns, der den Haushaltsansatz übersteigt und auch nicht zur Tilgung der Schulden des Erblastentilgungsfonds benötigt wird, zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) herangezogen.

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	icklung	Veränderund
	2009	2010	Januar bis N	März 2010	Januar bis N	März 2009	ggü. Vorjahı
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in %
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	77 074	94,2	72 920	93,5	5,
Personalausgaben	27 939	27 704	7 698	9,4	7 626	9,8	0,
Aktivbezüge	20 977	20789	5 641	6,9	5 605	7,2	0,
Versorgung	6 962	6915	2 057	2,5	2 021	2,6	1,
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	4 504	5,5	4 482	5,7	0,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	327	0,4	279	0,4	17
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	2 302	2,8	2314	3,0	-0
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	1874	2,3	1888	2,4	-0
Zinsausgaben	38 099	36 751	12 135	14,8	13 204	16,9	-8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	52 638	64,3	47 506	60,9	10
an Verwaltungen	14396	14 503	3 060	3,7	3 2 1 8	4,1	-4
an andere Bereiche	162 892	190 769	50 196	61,3	44 417	56,9	13
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 3 1 6	5 8 1 7	7,1	5 487	7,0	6
Renten, Unterstützungen u.a.	29 699	31 274	7 952	9,7	7 706	9,9	3
Sozialversicherungen	105 130	128 365	35 076	42,9	29 918	38,3	17
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	100	0,1	102	0,1	-2
nvestive Ausgaben	27 103	28 293	4 782	5,8	5 105	6,5	-6
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	3 934	4,8	4 219	5,4	-6
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	2 833	3,5	3 172	4,1	-10
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4 028	634	0,8	640	0,8	-0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	466	0,6	407	0,5	14
Sachinvestitionen	8 504	8 113	849	1,0	886	1,1	-4
Baumaßnahmen	6 830	6 532	603	0,7	608	0,8	-0
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	179	0,2	189	0,2	-5
Grunderwerb	643	546	66	0,1	90	0,1	-26
Globalansätze	0	- 516	0		0		
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	81 856	100,0	78 026	100,0	4

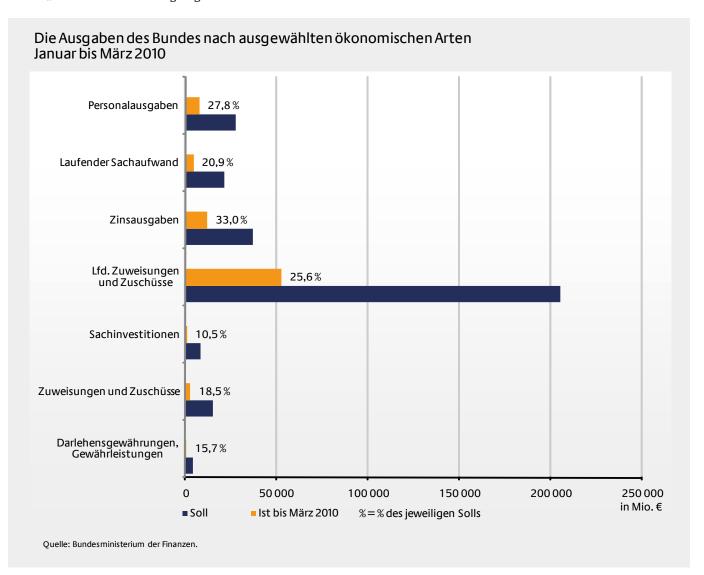
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft des 1. Quartalsergebnisses des Bundeshaushalts ist erfahrungsgemäß noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 27,9 Mrd. € ableiten.

Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds". Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur schnellen Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich März 2010 sind bereits 7,4 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,8 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 1,7 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 0,8 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,6 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.



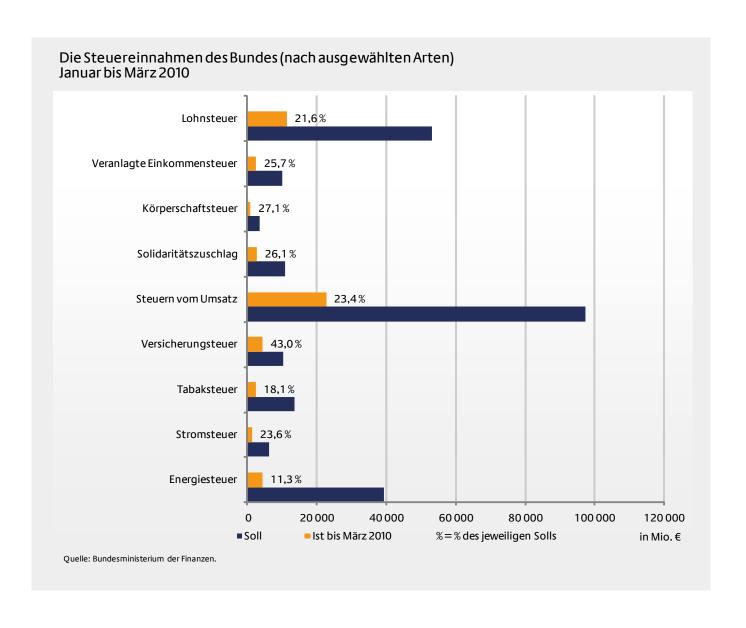
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis N	März 2010	Januar bis N	/lärz 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	in %	
I. Steuern	227 835	211 887	45 687	84,7	49 320	81,3	-7,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	41 004	76,0	43 652	72,0	-6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ¹	83 779	73 391	18 202	33,7	20 449	33,7	-11,
davon:							
Lohnsteuer	57 248	53 083	11 465	21,2	12 986	21,4	-11,
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	2 616	4,8	1 262	2,1	107
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 2 3 7	5 3 4 3	1 403	2,6	1 598	2,6	-12,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	5 475	5 060	1 743	3,2	2 403	4,0	-27,
Körperschaftsteuer	3 587	3 595	976	1,8	2 199	3,6	-55
Steuern vom Umsatz	95 400	97 274	22 756	42,2	23 201	38,2	-1,
Gewerbesteuerumlage	1 044	1 219	46	0,1	3	0,0	
Energiesteuer	39 822	39 400	4 446	8,2	4777	7,9	-6
Tabaksteuer	13 366	13 590	2 462	4,6	2 3 6 5	3,9	4.
Solidaritätszuschlag	11 927	10950	2 856	5,3	3 191	5,3	-10
Versicherungsteuer	10 548	10 450	4 496	8,3	4502	7,4	-0
Stromsteuer	6 2 7 8	6350	1 498	2,8	1 560	2,6	-4
Kraftfahrzeugsteuer	-	8 240	2 3 4 5	4,3	-	-	
Branntweinabgaben	2 103	2 082	527	1,0	594	1,0	-11
Kaffeesteuer	997	1 010	238	0,4	225	0,4	5
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	-3 188	-5,9	-3 445	-5,7	-7
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-6 475	-12,0	-4896	-8,1	32
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	-687	-1,3	-1 659	-2,7	-58
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6877	-1 719	-3,2	-1 694	-2,8	1
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-8 992	-2 248	-4,2	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	8 274	15,3	11 346	18,7	-27
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	3 866	7,2	3 799	6,3	1
Zinseinnahmen	574	395	82	0,2	250	0,4	-67
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4 1 4 7	958	1,8	770	1,3	24
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	53 961	100,0	60 667	100,0	-11,

¹Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2010

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im März 2010 im Vorjahresvergleich um - 3,7% gesunken. Das ist ein Ergebnis, das zwischen den Resultaten der Monate Januar (-7,8%) und Februar (-2,8%) liegt. Werden die drei ersten Monate des Jahres zusammen betrachtet, liegt die Veränderungsrate im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bei -4,8%.

In ähnlicher Größenordnung liegt der Rückgang bei den gemeinschaftlichen Steuern, und zwar sowohl was den März als auch das 1. Quartal 2010 betrifft (jeweils - 5,2 %).

Die im Berichtsmonat mit unterschiedlichen Vorzeichen versehenen Entwicklungen bei den Bundessteuern (+ 13,2 %) und bei den Ländersteuern (- 42,0 %) sind weiter durch den Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer verzerrt. Sie ist mit dem 1. Juli 2009 auf den Bund übergegangen. Ohne diesen Wechsel hätten die Veränderungsraten im März mit + 1,4 % für die Bundessteuern und + 1,2 % bei den Ländersteuern sehr nahe beieinandergelegen.

Bei den Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) wurde das Vorjahresniveau im März 2010 fast erreicht (- 0,2%). Das liegt vor allem an den EU-Abführungen, die um rund 700 Mio. € niedriger waren als im Vorjahr und damit das Ergebnis - anders als im Januar und Februar - günstig beeinflussten. Kumuliert über die ersten drei Monate des Jahres ergibt sich für den Bund ein Rückgang seiner Steuereinnahmen um - 7,1%¹.

Bei den Steuern vom Umsatz waren im Vergleich zum Vorjahresmonat ebenfalls Einbußen von - 1,1 Mrd. € hinzunehmen, was in diesem Fall einem Rückgang von - 8,8 % entsprach. Ohne das bei der Einfuhrumsatzsteuer im März erstmals seit vielen Monaten wieder registrierte Plus (+ 5,1%) hätten sie sich noch stärker vermindert. Weil sich durch diesen Zuwachs auch die Vorsteuerabzüge erhöhten, fiel das Minus bei der Umsatzsteuer für sich genommen umso größer aus (-12,9 %). Da die Steuereinnahmen ihren Bemessungsgrundlagen im Schnitt um etwa zwei Monate hinterherhinken, dürften sie sowohl durch die ungewöhnliche Kälte dieses Winters als auch durch einen Kalendereffekt (der Januar 2010 verfügte über einen Verkaufstag weniger als der gleiche Vorjahresmonat) nach unten gezogen worden sein. Im Ergebnis macht sich darüber hinaus die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 % auf 7 % erstmals bemerkbar.

Im Falle der Lohnsteuer sind die Einnahmen gegenüber dem Vorjahresergebnis um - 11,1% und damit etwas weniger stark als im Februar (-13,6%) gesunken. Dass sich der Vorjahresabstand nicht weiter vergrößerte, dürfte daran liegen, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland bis zuletzt eine außerordentliche Robustheit gegenüber den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt hat. In absoluten Zahlen erreichte das Minus bei der Lohnsteuer im März gleichwohl noch eine beträchtliche Größenordnung (-1,1 Mrd. €). Darin schlägt sich allerdings - neben der Senkung des Einkommensteuertarifs - auch die Anhebung des Kindergeldes nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nieder. Gemessen am März 2009 erhöhten sich die bei der Lohnsteuer in Abzug gebrachten Kindergeldzahlungen um + 300 Mio. € oder +10.1%.

¹ Abweichung zur Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2010

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2010	März	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis März	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 169	-11,1	30 255	-10,9	124900	-7,6
veranlagte Einkommensteuer	5 836	51,7	6 155	Χ	23 950	-9,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	591	X	2 805	-12,2	10 685	-14,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	500	-32,5	3 961	-27,5	11 500	-7,6
Körperschaftsteuer	2 839	-34,6	1 951	-55,6	7 190	0,2
Steuern vom Umsatz	11 138	-8,8	42 891	-0,5	180 150	1,8
Gewerbesteuerumlage	8	-34,3	116	X	2 941	14,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	-82,7	99	X	2 553	9,3
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 083	-5,2	88 234	-5,2	363 869	-3,1
Bundessteuern						
Energiesteuer	2 779	-6,8	4 446	-6,9	39 400	-1,1
Tabaksteuer	1 266	21,0	2 462	4,1	13 590	1,7
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	130	-6,4	526	-11,4	2 080	-1,0
Versicherungsteuer	744	15,5	4 496	-0,1	10 450	-0,9
Stromsteuer	641	19,0	1 498	-4,0	6350	1,1
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	810	Х	0	Χ	8 240	Х
Solidaritätszuschlag	1 263	-8,6	2 856	-10,5	10 950	-8,2
übrige Bundessteuern	93	2,5	372	-0,2	1 466	-0,5
Bundessteuern insgesamt	7 726	13,2	19 001	9,4	92 526	3,6
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	359	-8,7	918	-19,8	4748	4,4
Grunderwerbsteuer	453	13,6	1 229	5,5	4805	-1,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	120	-8,9	360	-18,8	1 480	-2,0
Biersteuer	47	-1,0	153	-4,1	727	-0,4
Sonstige Ländersteuern	24	19,1	154	-0,9	363	9,8
Ländersteuern insgesamt	1 003	-42,0	2 814	-47,4	12 123	-26,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	312	-0,9	1 1 1 1 5	15,3	3 800	5,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	76	-77,0	687	-58,6	1 930	-4,3
BSP-Eigenmittel	799	-36,4	6 475	32,3	22 030	48,0
EU-Eigenmittel insgesamt	1 188	-37,6	8 278	10,1	27 760	35,4
Bund ⁴	18 718	-0,2	47 184	-7,1	215 725	-5,4
Länder ⁴	16 686	-4,7	48 909	-4,8	201 530	-2,7
EU	1 188	-37,6	8 278	10,1	27 760	35,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 533	3,1	6 793	-3,7	27 304	-6,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 125	-3,7	111 163	-4,8	472 319	-2,6

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,}Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"ur\,Steuern.$

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1}.\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz}\text{-}\mathrm{Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$

 $^{^4 \,} Nach \, Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung zu \, Tabelle \, "Einnahmen \, des \, Bundes" \, ist \, methodisch \, bedingt \, (vgl. \, Fn. \, 1).$

⁵ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2009.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2010

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer blieben um -1,5 Mrd. € und damit um mehr als ein Drittel (-34,6%) hinter dem Stand vom März 2009 zurück. Sowohl die Vorauszahlungen als auch die Nachzahlungen verminderten sich deutlich. Zudem haben sich die Erstattungen für weiter zurückliegende Jahre infolge eines Einzelfalls spürbar erhöht.

Das Kassenaufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer hat sich dagegen um rund 2 Mrd. € erhöht. Die sich ergebende prozentuale Veränderung liegt bei + 51,7%. Dem haben unterschiedliche Ursachen zugrunde gelegen: Zum einen ist der März eines jeden Jahres der Monat, in dem die Auszahlung der Eigenheimzulage weit überwiegend erfolgt. Der Wegfall eines weiteren Jahrgangs aus der Förderung hat die Abflüsse im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,3 Mrd. € verringert. Eine ebenfalls positive Wirkung auf das kassenmäßige Aufkommen ging von der Verringerung der Arbeitnehmererstattungen um 450 Mio. € aus. Dieser Minderbetrag ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass es im März des Vorjahres ähnlich wie im Februar in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale zu ungewöhnlich hohen Erstattungen gekommen war. Anders als erwartet ist es im Falle der veranlagten Einkommensteuer aber auch beim Bruttoaufkommen zu einem Anstieg gekommen. Teilweise erklärt sich diese Entwicklung aus einem Sondereffekt in einem Bundesland, wo es zu hohen Nachzahlungen kam.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag haben sich die Einnahmen um rund 350 Mio. € erhöht und damit mehr als verdoppelt. Wegen veränderlicher Ausschüttungstermine sind starke Schwankungen von einem Monat zum anderen hier allerdings an der Tagesordnung. Von Januar bis März kumuliert ist es zu einem Rückgang um - 12,2% gekommen.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge blieben die Zuflüsse um rund 250 Mio. € hinter denen des Vorjahres zurück (- 32,5 %). In den ersten drei Monaten des Jahres zusammengenommen liegt die beobachtete Verringerung der Einnahmen in einer ähnlichen Größenordnung (- 27,5 %).

Die reinen Bundessteuern sind im Vergleich zum Vorjahr in der Summe um + 13,2% gestiegen. Ohne die Verlagerung der Einnahmenkompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer wäre das Vorjahresniveau nur knapp überschritten worden (+ 1,4%). Hohen Zuwachsraten bei der Tabaksteuer (+ 21,0%) und der Versicherungsteuer (+ 15,5%) stand ein Minus bei der Branntweinsteuer (- 6,4%) und beim Solidaritätszuschlag (- 8,6%) gegenüber. Auch die Energiesteuer ging zurück (- 6,8%), was auf witterungsbedingt geringere Fahrleistungen zurückgeführt werden kann.

Die Einnahmen aus den reinen Ländersteuern verringerten sich um - 42,0 %. Rechnet man den Wegfall der Kraftfahrzeugsteuer heraus, ergibt sich ähnlich wie bei den Bundessteuern ein knappes Plus (+1,2 %). Um +13, 6 % ist das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer gestiegen. Bei der Biersteuer (-1,0 %) wie auch bei der Erbschaftsteuer (-8,7 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (-8,9 %) kam es hingegen zu Rückgängen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im März durchschnittlich 3,65 % (Februar 3,76 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe sank Ende März geringfügig auf 3,10 % (Februar 3,12 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – verringerten sich von 0,66 % Ende Februar auf 0,63 % Ende März.

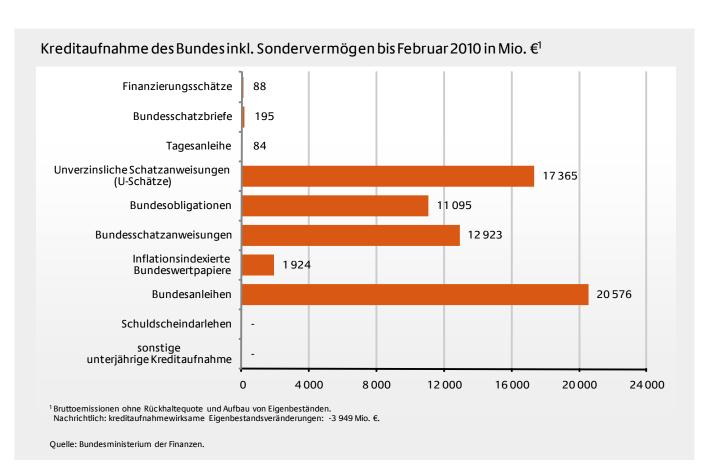
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 8. April 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der Deutsche Aktienindex stieg zum 31. März auf 6 154 Punkte (Februar 5 598 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 728 Punkten im Februar auf 2 931 Punkte im März.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Februar 2010 bei - 0,4% nach 0,1% im Januar und - 0,3% im Dezember. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Dezember 2009 bis Februar 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

blieb mit - 0,2 % gegenüber der Vorperiode unverändert (Referenzwert 4,5 %).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Februar 0,0 % (Januar 0,0 %, Dezember 0,7 %).

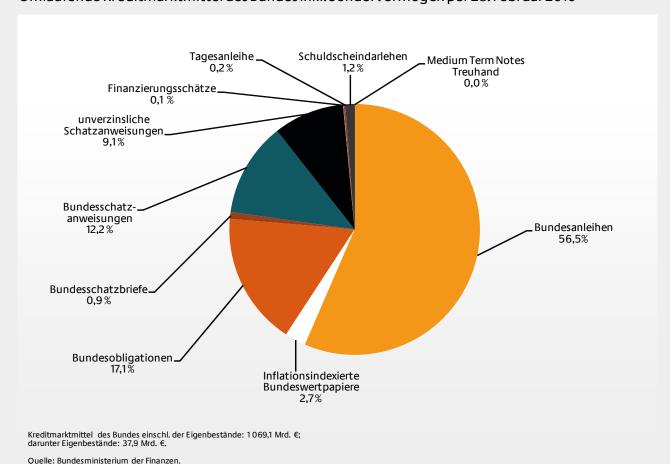
In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im Februar - 1,19 % (Januar - 0,93 %, Dezember - 0,14 %).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug bis einschließlich Februar 2010 insgesamt 64,25 Mrd. €. Davon wurden 58 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 13. Januar 2010 im Tenderverfahren die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) um ein Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 3,95 Mrd. €).

Die im Februar 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 28. Februar 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in M	rd.€					
Anleihen	20,3	-											20,3
Bundesobligationen	-	-											
Bundesschatzanweisungen	-	-											
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9											23,8
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0											0,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1											0,2
Tagesanleihe	0,1	0,1											0,2
Fundierungsschuld-verschreibungen	-	-											
MTN der Treuhandanstalt	-	-											
Entschädigungsfonds	-	-											-
Schuldscheindarlehen	-	0,1											0,1
Kredite zur Rekapitalisierung	-	-											1,4
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0											-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2											46,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mı	rd.€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1											14,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Februar 2010 die Tilgungen auf rund 46,24 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 14,06 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 61,91 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 1,42 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 0,92 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	6. Januar 2010	10 Jahre fällig 4. Jnauar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	6 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001141562 WKN 114156	Neuemission	13. Januar 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	6 Mrd.€
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 103052	Aufstockung	13. Februar 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	2 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137289 WKN 113728	Aufstockung	20. Januar 2010	2 Jahre fällig 16. Dezember 2011 Zinslaufbeginn 20. November 2009 erster Zinstermin 16. Dez. 2010	7 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	27. Januar 2010	30 Jahre fällig 4. Juli 2040	3 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141562 WKN 114156	Aufstockung	3. Februar 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	10. Februar 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137297 WKN 113729	Neuemission	17. Februar 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	7 Mrd. €
Bundes obligation ISIN DE 0001141562 WKN 114156	Aufstockung	3. März 2010	5 Jahre fällig 27. Februar 2015 Zinslaufbeginn 15. Januar 2010 erster Zinstermin 27. Februar 2011	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137297 WKN 113729	Aufstockung	10. März 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135390 WKN 113539	Aufstockung	17. März 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2020 Zinslaufbeginn 13. November 2009 erster Zinstermin 4. Januar 2011	ca. 5 Mrd. €
			1. Quartal 2010 insgesamt	ca. 58 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115533 WKN 111553	Neuemission	11. Januar 2010	6 Monate fällig 14. Juli 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115541 WKN 111554	Neuemission	25. Januar 2010	12 Monate fällig 26. Januar 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115558 WKN 111555	Neuemission	15. Februar 2010	6 Monate fällig 11. August 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115566 WKN 111556	Neuemission	22. Februar 2010	12 Monate fällig 23. Februar 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155574 WKN 111557	Neuemission	15. März 2010	6 Monate fällig 15. September 2010	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115582 WKN 111558	Neuemission	29. März 2010	12 Monate fällig 30. März 2011	ca. 4 Mrd. €
			1. Quartal 2010 insgesamt	ca. 27 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Eine merkliche konjunkturelle Belebung ist im 1. Quartal 2010 ausgeblieben.
- Nach einem schwachen Jahresauftakt belebte sich die Exporttätigkeit zuletzt deutlich.
- Der Arbeitsmarkt überraschte erneut mit vergleichsweise günstigen Daten.
- Die jährliche Teuerungsrate lag zuletzt erstmals wieder leicht oberhalb der 1%-Marke.

Die Gesamtheit der aktuellen Wirtschaftsdaten deutet darauf hin, dass eine merkliche konjunkturelle Belebung im 1. Quartal ausgeblieben ist. Nach verhaltenem Start der deutschen Wirtschaft in das neue Jahr stellte sich das Indikatorenbild auch im Februar uneinheitlich dar. Während die Industrieindikatoren im Februar nahezu unverändert blieben, konnte das Exportgeschäft spürbar ausgeweitet werden. Dennoch dürfte vor dem Hintergrund der ungünstigen Entwicklung zu Jahresbeginn von der Außenwirtschaft im 1. Vierteljahr kein vergleichbarer Wachstumsimpuls ausgegangen sein wie noch im Schlussquartal 2009. Die deutliche Entlastung der privaten Haushaltseinkommen zu Jahresbeginn hat bisher noch nicht zu einer spürbaren Erholung der privaten Konsumtätigkeit geführt. Das Gesamtbild der Indikatoren bekräftigt die bisherige Einschätzung, dass vom privaten Konsum vorerst keine entscheidenden Nachfrageimpulse zu erwarten sind.

Die Konsumschwäche zu Jahresbeginn ist weiterhin deutlich an der Entwicklung der Steuern vom Umsatz ablesbar. Im März betrug das Minus gegenüber dem Vorjahresmonat 8,8 %. Zu dem kräftigen Rückgang dürfte jedoch auch ein negativer Kalendereffekt beigetragen haben. Als günstiger erwies sich im März die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens: Der Vorjahresabstand war im März mit - 11,1%

um 2,5 Prozentpunkte geringer als im Februar. Dies ist maßgeblich auf die nach wie vor bemerkenswerte Robustheit des Arbeitsmarktes gegenüber den Folgen des Konjunktureinbruchs zurückzuführen.

Die konjunkturelle Erholung setzt sich weiterhin nur zögerlich fort. Während eine Vielzahl von Umfrageindikatoren auf eine höhere konjunkturelle Dynamik im weiteren Jahresverlauf hindeutet, werden die anhaltend günstigen Umfrageergebnisse von der tatsächlichen Konjunkturentwicklung bisher insgesamt nicht bestätigt. Dennoch signalisiert insbesondere die zuletzt vielversprechende Entwicklung der Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland im Zuge außenwirtschaftlicher Nachfrageimpulse zunehmend beleben dürfte.

Nach schwachem Jahresauftakt wurde die Exporttätigkeit im Februar deutlich ausgeweitet. Die nominalen Warenexporte stiegen in saisonbereinigter Betrachtung um gut 5 % gegenüber Januar an, womit der deutliche Rückgang des Vormonats jedoch nicht vollständig ausgeglichen werden konnte. Im Zweimonatsvergleich sind die Warenausfuhren damit klar abwärtsgerichtet. Der Vorjahresvergleich stellt sich aufgrund des starken Einbruchs der Exporttätigkeit im Winterhalbjahr 2008/2009 deutlich günstiger dar: In den ersten beiden Monaten diesen Jahres wurden

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

insbesondere die Ausfuhren in Drittländer (+ 8,1%) und in den Nicht-Euroraum der EU (+ 6,1%) im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich ausgeweitet. Zugleich wurde das Ausfuhrergebnis des Vorjahres bei Exporten in den Euroraum nur um durchschnittlich 1,4% überschritten. Eine Erholung der Exporttätigkeit hatte bereits die anhaltend positive Entwicklung einiger Stimmungsindikatoren angedeutet. So haben beispielsweise die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo-Umfrage im 1. Quartal 2010 wieder das Niveau von Anfang 2008 erreicht.

Die nominalen Warenimporte blieben im Februar gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert. Aufgrund des deutlichen Anstiegs im Januar sind die Wareneinfuhren im Mehrmonatsvergleich jedoch klar aufwärtsgerichtet. Das nominale Einfuhrergebnis des Vorjahres wurde im Durchschnitt der Monate Januar und Februar um gut 1% überschritten. Insgesamt wies die Außenhandelsbilanz (nach Ursprungswerten) im Februar 2010 einen Überschuss von 12,6 Mrd. € auf, der damit um 3,7 Mrd. € höher ausfiel als im Vorjahr. In saison- und kalenderbereinigter Betrachtung weitete sich der Überschuss gegenüber dem Vormonat um 3.3 Mrd. € aus.

Die industrielle Aktivität blieb im Februar verhalten. Das Vormonatsniveau der Industrieproduktion wurde nur geringfügig überschritten. Hier stand einer Produktionsausweitung im Investitionsgüterbereich ein deutlicher Rückgang bei der Konsumgüterproduktion gegenüber. Die industriellen Umsätze entwickeln sich weiterhin wenig dynamisch. Dabei wurden leichte Umsatzeinbußen im Inlandsgeschäft durch ein geringfügig besseres Umsatzergebnis im Auslandsgeschäft weitgehend ausgeglichen. Am ungünstigsten stellt sich die Umsatzentwicklung im Konsumgüterbereich dar. Dagegen sind die Auslandsumsätze im Vorleistungs- und Investitionsgüterbereich der Grundtendenz nach weiterhin aufwärtsgerichtet.

Zusammengenommen deuten die jüngsten Produktions- und Umsatzzahlen darauf hin, dass sich die Lage in der Industrie nach einem insgesamt guten Einstieg in das neue Jahr im Februar nicht weiter verbessert hat.

Das Volumen industrieller Neuaufträge erreichte in saisonbereinigter Betrachtung im Februar das hohe Niveau des Vormonats. Während die ausländische Nachfrage insgesamt zunahm, wurde bei den inländischen Bestellungen im Vormonatsvergleich ein Minus verzeichnet. Im Mehrmonatsvergleich sind die industriellen Auftragseingänge weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet, wobei die stärksten Nachfrageimpulse derzeit tendenziell im Bereich der Vorleistungsgüter zu beobachten sind. Gegenüber dem Vorjahresmonat wurde das Volumen industrieller Neuaufträge im Februar um fast 25 % überschritten. Der Vorjahresvergleich verdeutlicht derzeit jedoch in erster Linie den drastischen Einbruch der industriellen Aktivität zu Jahresbeginn 2009 (Basiseffekt). So lag das Bestellvolumen im Februar 2010 noch fast 20 % unterhalb des monatlichen Durchschnittsniveaus im 1. Halbjahr 2008.

Die Bauproduktion wurde im Februar gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Betrachtung um 1,0 % ausgeweitet. Angesichts des witterungsbedingten drastischen Produktionseinbruchs zu Jahresbeginn ist das Produktionsniveau derzeit jedoch sehr niedrig und liegt (nach Ursprungswerten) mehr als 10 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Entwicklung der Privaten
Konsumausgaben dürfte im 1. Quartal
schwach gewesen sein. Darauf deutet die im
Zweimonatsdurchschnitt seitwärtsgerichtete
Entwicklung der realen Einzelhandelsumsätze
(ohne Kfz) hin. Zwar waren die Verkaufserlöse
im Februar in saisonbereinigter Rechnung
angestiegen. Der Rückgang vom Januar konnte
damit jedoch nicht vollständig kompensiert
werden. Auch die weiterhin rückläufige
Entwicklung der Neuzulassungen privater Pkw
spricht dafür, dass sich der private Konsum zu

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2009		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd.€		Vorp	eriode saiso	nbereinigt		Vorjah	r
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	2. Q.09	3.Q.09	4.Q.09	2. Q.09	3.Q.09	4.Q.09
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,8	-5,0	+0,4	+0,7	+0,0	-7,0	-4,7	-1,7
jeweilige Preise	2 407	-3,5	+0,8	+1,5	-0,1	-5,8	-2,9	-0,6
Einkommen ¹								
Volkseinkommen	1 815	-3,8	-0,3	+4,0	+0,6	-6,6	-2,6	+0,3
Arbeitnehmerentgelte	1 224	-0,1	-0,1	+0,1	-0,3	+0,0	-0,5	-0,8
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	591	-10,6	-0,5	+12,6	+2,4	-18,8	-6,2	+2,9
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 565	+0,4	+1,4	-0,2	-0,5	+0,8	+0,2	+0,4
Bruttolöhne ugehälter	992	-0,4	+0,1	+0,3	+0,3	-0,5	-0,8	-0,9
Sparen der privaten Haushalte	180	+0,9	-0,5	+1,6	+0,3	-0,2	+2,0	+0,0
Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragseingänge	2	2009 Veränderun			Veränderung i	g in % gegenüber		
3 3 3	Mrd. €	ggü.Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	bzw. Index	in%	Jan 10	Feb 10	Zweimonats- durchschnitt	Jan 10	Feb 10	Zweimonats durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe(Mrd.€)	82	-4,0	-21,7	•	-14,3	-20,3		-7,8
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	-6,5	+5,1	-2,5	-0,1	+9,6	+4,7
Waren-Importe	667	-17,2	+5,6	+0,2	+8,3	-1,7	+4,2	+1,2
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden	93,8	-15,9	+0,1	+0,0	-0,4	+2,1	+5,4	+3,7
Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹								
Industrie ²	93,2	-17,8	+0,6	+0,1	+0,1	+2,7	+6,4	+4,5
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,1	-14,2	+1,0	-14,7	-9,3	-11,1	-10,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe ¹								
Industrie (Index 2005 = 100) ²	92,9	-17,6	+1,4	-0,1	+0,7	+4,9	+8,8	+6,8
Inland	93,1	-14,4	+2,1	-0,4	+0,2	+0,5	+4,7	+2,6
Ausland	92,6	-21,0	+0,6	+0,3	+1,4	+10,1	+13,8	+11,9
Auftragseingang								
(Index 2005 = 100) ¹								
Industrie ²	87,3	-21,5	+5,1	+0,0	+3,8	+20,5	+24,5	+22,4
Inland	88,6	-18,2	+6,7	-1,9	+4,5	+14,0	+18,7	+16,3
Ausland	86,1	-24,3	+3,7	+1,8	+3,2	+27,0	+30,1	+28,5
Bauhauptgewerbe	95,7	-6,9	-8,7		+0,3	-5,2		+1,3
Umsätze im Handel								
(Index 2005 = 100) Einzelhandel								
(ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,9	-2,2	-1,3	+1,1	-0,2	-4,8	-0,4	-2,7
Handel mit Kfz	93,7	+0,7	-0,1	+2,1	+0,1	-9,0	-18,7	-14,5

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mio.	ggu. vorj. III /6	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Jan 10	Feb 10	Mrz 10
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-1	-1	-31	+129	+91	-18
Erwerbstätige, Inland	40,26	-0,1	+4	+7		-97	-91	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+2			-74		
Preisindizes		2009	Veränderung in % gegenüber					
2005=100		ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
	Index	ggu. vorj. III %	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Jan 10	Feb 10	Mrz 10
Importpreise	100,5	-8,6	+1,7	+1,0		+1,4	+2,6	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,8	+0,0	+0,7	-3,4	-2,9	-1,5
Verbraucherpreise	107,0	+0,3	-0,6	+0,4	+0,5	+0,8	+0,6	+1,1
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft				saisonbereir	nigte Salden			
	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10
Klima	-19,2	-17,8	-16,5	-12,9	-11,4	-8,9	-10,2	-4,4
Geschäftslage	-30,5	-29,0	-28,3	-24,9	-22,5	-20,9	-23,7	-14,7
Geschäftserwartungen	-7,1	-5,9	-3,9	+0,0	+0,3	+3,8	+4,3	+6,4

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Jahresbeginn nicht belebt hat. Gegenüber den Höchstständen im vergangenen Sommer hat sich die monatliche Zulassungszahl mehr als halbiert und lag im Februar etwas unterhalb der durchschnittlichen Zulassungszahl der Jahre 2007 und 2008. Dies deutet darauf hin, dass das Nachfrageprofil im Pkw-Bereich weiterhin durch einen Rückpralleffekt im Zuge des Auslaufens der Umweltprämie gekennzeichnet ist. Auch die Stimmung der Verbraucher deutet in diese Richtung. Die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte hat laut GfK-Umfrage zuletzt wieder etwas abgenommen. Angesichts bestehender Arbeitsmarktrisiken ist entsprechend tendenziell mit einem weiteren Anstieg der privaten Sparquote zu rechnen.

Im März überraschte der Arbeitsmarkt jedoch erneut mit vergleichsweise günstigen Daten. So ist die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) im März im Vergleich zum Vorjahr um 18 000 Personen auf 3,57 Millionen Personen zurückgegangen. Die

Arbeitslosenquote nahm im gleichen Zeitraum um 0,1 Prozentpunkte auf 8,5 % ab. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im März merklich (- 31 000 Personen gegenüber dem Vormonat).

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im Februar nochmals um 7 000 Personen im Vormonatsvergleich an. Nach Ursprungswerten liegt die Erwerbstätigenzahl nun bei 39,84 Millionen Personen und damit um 91 000 Personen unter dem Vorjahresniveau.

Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung konnte im Januar im Vergleich zum Vormonat ein leichter Anstieg verzeichnet werden (saisonbereinigt circa + 2 000 Personen). Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse erneut ab (circa - 74 000 Personen). Der Rückgang im Vorjahresvergleich hat sich seit September

²Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

2009 deutlich verlangsamt. Besonders ausgeprägt war der Beschäftigungsabbau dabei im Verarbeitenden Gewerbe. Hier hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Vorjahresvergleich seit Januar 2009 kontinuierlich abgenommen; seit Oktober 2009 bewegt sich der Rückgang um monatlich 4%. In den konsumnahen Dienstleistungsbereichen hielt der starke Personalaufbau dagegen an.

Insgesamt zeigte sich der Arbeitsmarkt damit im 1. Quartal in weiterhin sehr robuster Verfassung. Im Vergleich zum letzten Tiefstand der Arbeitslosenzahl (Oktober 2008) hat die Arbeitslosigkeit zwar saisonbereinigt um knapp 200 000 Personen zugenommen. Der Anstieg ist aber erheblich geringer, als angesichts der schlechten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwartet wurde. Die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise wurden durch die Nutzung der flexibleren tarifvertraglichen Regelungen zur temporären Verminderung der Wochenarbeitszeit sowie durch die verstärkte Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelung deutlich gedämpft. Allerdings nahmen die Anzeigen für konjunkturell bedingte Kurzarbeit im Februar gegenüber dem Vormonat weiter ab (Januar: +82 000, Februar: +77 000). Bisher scheinen die Unternehmen angesichts der erwarteten Fortsetzung der konjunkturellen Erholung weiterhin daran interessiert zu sein, ihre Beschäftigten zu halten. Darauf deutet auch die weniger restriktive Beschäftigungsplanung der vom ifo-Institut befragten Unternehmen hin. Allerdings stellt die niedrige Kapazitätsauslastung, die im Verarbeitenden Gewerbe immer noch 8 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt liegt, weiterhin ein erhebliches Risiko für den Arbeitsmarkt und damit für eine Erholung der Inlandsnachfrage dar.

Die Verbraucherpreise verzeichneten im März im Vorjahresvergleich einen Anstieg, der erstmals seit Dezember 2008 wieder leicht oberhalb der 1-%-Marke lag.

Dies ist in erster Linie auf eine deutliche Verteuerung der Preise für Mineralölprodukte zurückzuführen. So lag der Rohölpreis (US-Dollar/Barrel der Sorte Brent) im 1. Quartal 2010 insgesamt durchschnittlich gut 70 % über dem Niveau des 1. Vierteljahrs 2009. Ohne Preise für Mineralölprodukte hätte die Inflationsrate deutlich niedriger gelegen (+0,3%). Gleichzeitig gingen die Preise für Gas (-19,1%) sowie für Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (-13,4%) im Vorjahresvergleich spürbar zurück. Preise für Nahrungsmittel stiegen erstmals seit März 2009 wieder leicht über ihr Vorjahresniveau. Die Preiserwartungen der privaten Haushalte sind laut GfK-Umfrage inzwischen wieder aufwärtsgerichtet. Ohne Berücksichtigung der Energiekomponente dürfte das moderate Preisklima jedoch vorerst anhalten. Hierauf deutet weiterhin die Preisentwicklung auf den vorgelagerten Stufen der Produktionskette hin.

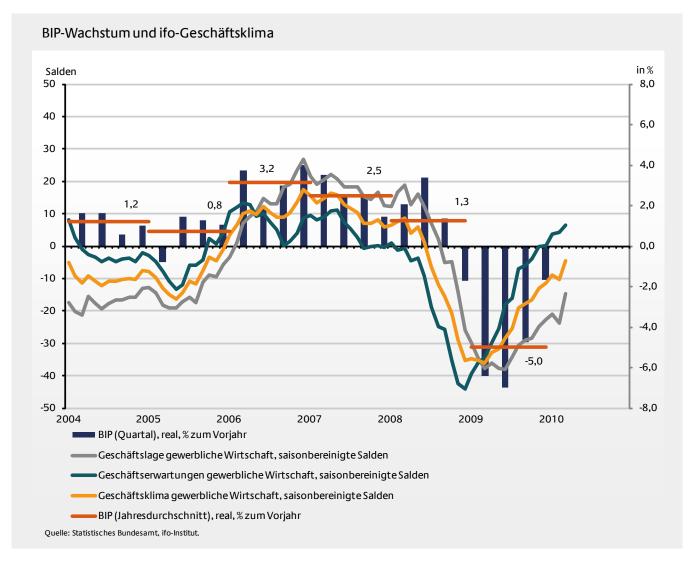
So war der Anstieg der Importpreise um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr maßgeblich auf höhere Preise für Rohöl- und Mineralölprodukte zurückzuführen. Hierzu dürfte unter anderem auch die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar beigetragen haben. Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse lag der Importpreisindex um 1,4 % unter seinem Vorjahresniveau. Die Importe von Erdgas wurden deutlich billiger (- 29,6 %). Im Nahrungsmittelsektor gab es vor allem bei den Preisen für Rohkaffee und Milcherzeugnisse einen deutlichen Preisanstieg.

Die Erzeugerpreise waren im März im Vorjahresvergleich klar rückläufig (-1,5 %). Der Vorjahresabstand hat sich jedoch weiter verkleinert. Der Rückgang der Erzeugerpreise wurde vor allem durch rückläufige Energiepreise (-5,5 %) bestimmt. Die Preisentwicklung der Energieträger verlief unterschiedlich: Während Erdgas (-30,8 %) wesentlich weniger als vor einem Jahr kostete, stiegen die Erzeugerpreise für Mineralölerzeugnisse (+25,2 %) spürbar an. Ohne Berücksichtigung von Energie sanken

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 0,2%. Vorleistungsgüter waren teurer als vor

einem Jahr (+ 0,9 %). Dagegen gaben die Preise für Verbrauchsgüter (- 0,5 %) erneut nach.



Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2010

Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar und Februar 2010

Das Bundesministerium der Finanzen legt erstmals Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar und Februar 2010 auf der Grundlage einer erweiterten Systematik vor.

Die neue Monatsstatistik der öffentlichen Haushalte weist Einnahmen und Ausgaben jeweils getrennt für die laufende Rechnung und die Kapitalrechnung aus. Die Einnahmen werden um die Positionen Veräußerungserlöse und Einnahmen von Verwaltungen ergänzt. Die Ausgaben zeigen gegenüber der bisherigen Darstellung auch die Positionen Versorgung und Beihilfe, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben, Zahlungen an Verwaltungen sowie Sachund Investitionsausgaben auf. Damit wird die Informationsbasis über die aktuelle Haushaltslage deutlich verbreitert. Im statistischen Anhang sind die Einnahmen- und

Ausgabenpositionen der Länder für Januar und Februar aufgeführt. Bis zur Jahresmitte 2010 sind aufgrund der Umstellung nur eingeschränkte Vergleiche zum Vorjahr möglich. Ab dem Bericht über den Monat Juli im Monatsbericht September ist die vollständige Darstellung auch für die Werte des Vorjahres vorgesehen.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2010 hat sich die Haushaltslage der Ländergesamtheit gegenüber dem Vorjahr stabilisiert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums rund - 7 Mrd. €. Im Vorjahr betrug das Defizit bis einschließlich Februar rund - 10 Mrd. €. Diese Entwicklung erlaubt noch keine Aussage für den gesamten Jahresverlauf. Daher wird in diesem Monat auf vergleichende Schaubilder verzichtet, da sie nur geringe Aussagekraft haben.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

22./23. April 2010	G7-/G20-Finanzministertreffen in Washington
24./25. April 2010	IWF-Frühjahrstagung in Washington
28. April 2010	Konstituierende Sitzung des Stabilitätsrats
14./15. Mai 2010	EBWE-Jahresversammlung in Zagreb/Kroatien
17./18. Mai 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
19./20. Mai 2010	Internationale Finanzmarktkonferenz im BMF in Berlin
24./25. Mai 2010	Nordisch-Baltische Finanzminister-Konferenz in Turku/Finnland
03. bis 05. Juni 2010	G20-Finanzministertreffen in Busan/Korea
07./08. Juni 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26. Juni 2010	G8-Gipfeltreffen in Muskoka/Kanada
26./27. Juni 2010	G20-Gipfeltreffen in Toronto/Kanada

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

Mitte Oktober 11. November 2010	Stabilitätsrat Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
27. September bis 10. November 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
24. September 2010	1. Beratung Bundesrat
14. bis 17. September 2010	1. Lesung Bundestag
6. August 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
30. Juni 2010	Kabinettbeschluss
25. Juni 2010	Zuleitung an Kabinett
bis 18. Juni 2010	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
4. bis 6. Mai 2010	Steuerschätzung in Lübeck

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Mai 2010	April 2010	20. Mai 2010
Juni 2010	Mai 2010	21. Juni 2010
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Fachblick: Zweiundzwanzigster Subventionsbericht

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

□ Analysen und Berichte

Analysen und Berichte

Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit	
Deutschland	32
Economics of Happiness – ein neues Paradigma für die Finanzpolitik?	38
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009	54
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2009	66

Analysen und Berichte

Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

- Der Internationale W\u00e4hrungsfonds (IWF) hat am 29. M\u00e4rz 2010 seine j\u00e4hrlichen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.
- Der IWF begrüßt die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung. Nach erfolgreicher Umsetzung der Maßnahmen zur Finanzmarkt- und Konjunkturstabilisierung müsse ab 2011 ein glaubwürdiger fiskalischer Konsolidierungskurs verfolgt werden.
- Reformbemühungen zur Stärkung der Binnenwirtschaft sollen aus Sicht des IWF zugleich zur Sicherung der hohen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beitragen.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehört der Dialog mit den Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Grundsätze für diese Konsultationen sind in Artikel IV des Übereinkommens über den IWF festgelegt.

Der IWF bietet allen Mitgliedsländern jährliche Konsultationen an. Üblicherweise besucht zunächst ein Team von IWF-Mitarbeitern das jeweilige Land, um sich über die Wirtschaftsund Finanzlage zu informieren und mit der Regierung die politische Ausrichtung zu diskutieren. Auf dieser Grundlage verfasst das IWF-Team einen Bericht, den die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer beim IWF, die Exekutivdirektoren, erörtern. Der IWF veröffentlicht danach eine Presseerklärung, die sogenannte "Public Information Notice" (PIN), die die wesentlichen Ergebnisse der Konsultationen zusammenfasst. Die PIN zur Artikel-IV-Konsultation 2010 mit Deutschland ist in deutscher Übersetzung im vorliegenden Beitrag dokumentiert. Das IWF-Exekutivdirektorium hat die letzte Artikel-IV-Konsultation mit Deutschland am 29. März 2010 abgeschlossen.

Nach einem Rückgang des BIP um 4,9 % im Jahr 2009 prognostiziert der IWF für

dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,2%. Für 2011 wird mit einem Anstieg des BIP um 1,7 % gerechnet. Besondere Anerkennung findet das Krisenmanagement der vergangenen beiden Jahre: Aufgrund der rechtzeitigen und angemessenen politischen Reaktion in Form von umfassenden Stimulierungsmaßnahmen und der vollständigen Wirkung der automatischen Stabilisatoren konnte nach Einschätzung des IWF das Ausmaß der Rezession in Deutschland begrenzt werden. Im Einklang mit der finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung rät der IWF zur fiskalischen Konsolidierung, sobald die wirtschaftliche Erholung Fuß gefasst hat, und setzt dafür das Jahr 2011 an. In diesem Zusammenhang werden insbesondere das klare Bekenntnis Deutschlands zur Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die verfassungsrechtliche Verankerung der Schuldenbremse gewürdigt.

Grundsätzlich fällt auch die Bewertung der zur Stabilisierung des Finanzsektors ergriffenen Maßnahmen positiv aus. Aufgrund von Unsicherheiten im Hinblick auf die künftige Entwicklung hält der IWF jedoch zusätzliche politische Anstrengungen für erforderlich. So sieht das Exekutivdirektorium eine weitere Konsolidierungsnotwendigkeit bei den Landesbanken, vor allem um die Abhängigkeit

Analysen und Berichte

Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

von öffentlichen Mitteln zu verringern und die Stabilität des gesamten Finanzsystems zu verbessern. Vom IWF ausdrücklich begrüßt wird das Vorhaben der Bundesregierung, die Zuständigkeit für die Bankenaufsicht bei der Deutschen Bundesbank zu bündeln. Die Konzentration leistet nach Einschätzung des IWF einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht und Beschleunigung im Vollzug.

Im Hinblick auf die robuste Verfassung des deutschen Arbeitsmarkts in der Krise werden neben dem erfolgreichen Einsatz befristeter Arbeitsmarktinstrumente die positiven Wirkungen vergangener Strukturreformen hervorgehoben. Zur langfristigen Sicherung einer stabilen Binnennachfrage spricht sich der IWF für eine intensivere Förderung des Dienstleistungssektors und die Umsetzung weiterer Arbeitsmarktreformen aus. Bemühungen zur Stärkung der Binnenwirtschaft sollten jedoch die hohe Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht gefährden, die es aus Sicht des IWF insbesondere vor dem Hintergrund der Bedeutung der deutschen Volkswirtschaft für den gesamten Euroraum zu sichern gilt.

IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2010 mit Deutschland ab

Am 29. März 2010 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.

Hintergrund

Deutschland wurde von der globalen Krise außergewöhnlich schwer getroffen, konnte jedoch mittels durchgreifender Maßnahmen eine noch stärkere Rezession verhindern. Nachdem das reale BIP in der 1. Jahreshälfte 2009 deutlich gesunken war, verhalfen in der 2. Jahreshälfte breitangelegte konjunkturelle Stimulierungsmaßnahmen und eine Zunahme der weltweiten Nachfrage der Wirtschaft zu einem leichtem Anstieg, so dass das BIP 2009 lediglich um 4,9 % schrumpfte. Die konjunkturelle Erholung wird voraussichtlich in moderatem Tempo fortschreiten, wobei für 2010 ein reales BIP-Wachstum von 1,2 % und für 2011 von 1,7 % prognostiziert wird. Aufgrund der verbleibenden Schwachstellen im Bankensektor und der Gefahr, dass der Welthandel sich schwächer entwickelt als erwartet, bestehen jedoch weiterhin erhebliche Risiken.

Die Regierung nutzte den vorhandenen finanzpolitischen Spielraum zur Umsetzung antizyklischer Konjunkturpolitik. Zusätzliche Investitionen, Steuersenkungen, die Umweltprämie und beschäftigungsfördernde Maßnahmen stärkten 2009 die Nachfrage, führten allerdings auch – nach einem weitgehend ausgeglichenen Haushalt im Vorjahr – zu einem Anstieg des Haushaltsdefizits auf 3 ¼ % des BIP. 2010 wird das Defizit durch die Umsetzung verbleibender Stimulierungsmaßnahmen sowie weitere Steuersenkungen und Transferleistungen voraussichtlich auf 5 ½ % des BIP steigen, fast doppelt so hoch wie die durch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebene Defizitgrenze. Auch im Hinblick auf die neue verfassungsrechtliche Regel zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ("Schuldenbremse"), der zufolge der strukturelle Saldo des Bundeshaushalts ab 2016 nahezu null betragen muss, ist das Defizit groß.

Die Maßnahmen im Finanzsektor trugen zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte bei und dämmten die systemischen Risiken ein, dennoch bestehen allerdings nach wie vor Schwachstellen. Zu den Stabilisierungsmaßnahmen gehörten Rekapitalisierungen und Kreditgarantien durch den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) sowie staatliche Garantien zum Schutz privater Bankeinlagen. Der Zustand des Finanzsektors hat sich seit der Krise zwar insgesamt verbessert,

Analysen und Berichte

Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

dessen ungeachtet gibt es immer noch mehrere Gefahrenquellen, so z. B. die Kreditrisiken vor dem Hintergrund eines nach wie vor instabilen Aufschwungs sowie verbleibende Wertberichtigungen großen Umfangs und das Kreditengagement der Banken in Schwellenländern und südeuropäischen Märkten. Die strukturell unprofitablen Landesbanken bergen weiterhin systemische Risiken.

Aufgrund von Arbeitsmarktreformen in der Vergangenheit und der ergriffenen Stimulierungsmaßnahmen ist die Arbeitslosigkeit bislang nur leicht gestiegen. Die Hartz-IV-Reformen haben die Beschäftigung auch in der Krise gestärkt, und die verbesserten Möglichkeiten der Arbeitszeitanpassung im Rahmen von Tarifverträgen sowie die Kurzarbeit haben es den Unternehmen bisher ermöglicht, Kündigungen zu vermeiden. Angesichts schlechterer Wachstumsperspektiven werden die Unternehmen jedoch Personalanpassungen vornehmen müssen, insbesondere im schwer getroffenen verarbeitenden Gewerbe. Dies könnte die Gesamtflexibilität des deutschen Arbeitsmarktes, für den ein hohes Sicherungsniveau immer noch charakteristisch ist, auf eine schwere Probe stellen. Darüber hinaus erhöhen die bestehenden Hindernisse für die Entwicklung des Dienstleistungssektors und für den Wettbewerb auf den Produktmärkten die Gefahr langwieriger Strukturanpassungen nach der Krise.

Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass rechtzeitige und angemessene Konjunkturmaßnahmen sowie die Erholung der Exporte dazu beigetragen haben, die Wirtschaft aus der Rezession zu holen. Voraussichtlich wird der wirtschaftliche Aufschwung jedoch moderat und schwach ausfallen, da er von der Exportnachfrage und den Risiken durch anhaltende Probleme im Finanzsektor bestimmt wird.

Vor diesem Hintergrund stellten die Direktoren fest, dass die Regierung vor der Herausforderung steht, den Aufschwung weiter zu stärken und gleichzeitig im Rahmen einer international koordinierten Strategie den Ausstieg aus den krisenbedingten außergewöhnlichen Konjunkturmaßnahmen vorzubereiten. Die Direktoren waren sich einig, dass die Finanzpolitik im Zeitverlauf von Unterstützungsmaßnahmen zu glaubwürdiger Konsolidierung übergehen muss. Im Finanzsektor muss die Sanierung und Umstrukturierung der Bilanzen fortgesetzt werden, aber mittlerweile bedarf es auch dauerhafter Verbesserungen bei den Institutionen zur Sicherung der Finanzstabilität und Bewältigung der Finanzkrise im Einklang mit laufenden EU-Initiativen. Es gilt, die während der Krise eingeführten besonderen Arbeitsmarktmaßnahmen zur Beschäftigungssicherung schrittweise auslaufen zu lassen und Strukturreformen durchzuführen, um das langfristige Wachstum und die Binnennachfrage zu stärken. Einige Direktoren merkten an, dass die Gestaltung von Strukturmaßnahmen zur Erhöhung der Binnennachfrage keine einfache Aufgabe sein wird.

Die Direktoren begrüßten die finanzpolitische Strategie der Regierung, die kurzfristige Konjunkturunterstützung und die Verpflichtung zu mittelfristiger Haushaltskonsolidierung vereint. Angesichts der weiterhin schwachen Erholung befürworteten sie die Fortsetzung der Konjunkturprogramme im Haushalt 2010. Die Direktoren halten es für erforderlich, mit der Haushaltskonsolidierung zu beginnen, sobald sich der Aufschwung selbst trägt, was für 2011 erwartet wird. Mit Blick auf die mittelfristige Entwicklung waren sich die Direktoren einig, dass die Einhaltung der nationalen und europäischen Haushaltsziele Deutschland dabei helfen wird, sich für seine demografischen Herausforderungen zu rüsten und die finanzpolitische Konsolidierung im Euroraum zu verankern. Die Direktoren betonten, dass zur Einhaltung der mittelfristigen Ziele ein glaubwürdiger Konsolidierungsplan mit entschlossenen Maßnahmen auf der Ausgabenseite

Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

erforderlich ist. In diesem Zusammenhang muss jede Steuersenkung im Jahr 2011 entsprechend gegenfinanziert werden. Die Direktoren begrüßten grundsätzlich die Entscheidung der Regierung, eine neue Haushaltsregel zur Begrenzung des strukturellen Defizits im Grundgesetz zu verankern ("Schuldenbremse").

Die Direktoren forderten weitere Umstrukturierungen im Finanzsektor und begrüßten die Absicht, die Rahmenbedingungen für die Finanzstabilität zu überarbeiten. Der Zustand des Bankensektors hat sich zwar verbessert, es bestehen jedoch nach wie vor Schwachstellen. Nach Ansicht der Direktoren sollten die meisten Banken vorrangig ihre Eigenkapitalreserven aufstocken. Die Direktoren stellten fest, dass bei den Landesbanken eine weitere Umstrukturierung und eine umfassende Konsolidierung erforderlich sind, um die Finanzstabilität zu verbessern und die staatliche Unterstützung dieses Sektors zu verringern. Außerdem begrüßten sie die Absicht der Regierung, der Bundesbank die alleinige Bankenaufsicht zu übertragen, und betonten dabei, dass die Rechenschaftspflicht und operative Unabhängigkeit gewährleistet sein müssen. Die Direktoren würdigten die Bemühungen, auf Grundlage der während der Krise eingeführten vorübergehenden Maßnahmen ein wirksames und effektives Abwicklungsverfahren für Banken einzuführen. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, dass eine Stärkung und Vereinheitlichung des fragmentierten deutschen Einlagensicherungssystems angesichts der laufenden EU-Initiativen von Vorteil wäre. Die Direktoren nahmen die Zusage der Regierung zur Kenntnis, im Rahmen des FSAP-Programms (Programm zur Bewertung des Finanzsektors) Aktualisierungen vorzunehmen.

Die Direktoren begrüßten die Absicht der Regierung, die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen am Tempo des Aufschwungs auszurichten, und forderten weitere Strukturreformen, die Deutschland bei seiner Anpassung an die Zeit nach der Krise unterstützen sollen. Zeitgleich durchgeführte Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität und zum Abbau der Hindernisse für die Entwicklung des Produkt- und Dienstleistungsmarktes würden die Leistungsfähigkeit steigern und die Binnenwirtschaft fördern. Die Direktoren stellten fest, dass eine Stärkung der inländischen Wachstumsimpulse dazu beitragen wird, die deutsche Wirtschaft vor externen Schocks zu schützen, und durch den Abbau der Handels- und Zahlungsbilanzungleichgewichte auch den Ländern des Euroraums sowie der Weltwirtschaft zugutekommen wird.

 ${\tt STELLUNGNAHME~ZU~DEN~ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN~DES~INTERNATIONALEN~W\"{A}HRUNGSFONDS~mit~Deutschland~Neutschla$

Tabelle 1: Ausgewählte Konjunkturindikatoren laut IWF-Artikel IV-Konsultationen zu Deutschland

	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹
Realwirtschaft							
(Veränderung in %)							
Reales BIP	0,7	3,2	2,5	1,2	-4,9	1,2	1,7
Inlandsnachfrage gesamt	0,0	2,2	1,0	1,7	-1,6	-0,8	1,3
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,9	1,8	2,3	2,8	0,2	0,9	1,0
Standardisierte Arbeitslosenquote	9,1	8,1	8,3	7,2	7,4	8,6	9,3
Beschäftigungswachstum	-0,1	0,7	1,7	1,4	-0,2	-1,6	-0,7
Bruttoinlandsersparnisse (% des BIP)	22,5	24,3	26,3	25,4	22,8	23,7	23,9
Bruttoinlandsinvestitionen (% des BIP)	17,4	18,2	18,8	19,0	18,0	18,3	18,4
Öffentliche Finanzen (% des BIP)							
Saldo der öffentlichen Haushalte	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,7	-5,1
Struktureller Haushaltssaldo	-2,2	-1,4	0,0	-0,4	-1,1	-3,9	-3,8
Verschuldung der öffentlichen Haushalte	68,0	67,6	65,0	65,9	72,5	76,7	79,5
Geld- und Kreditvolumen (zum Jahresende, $\ddot{8}$ Änderung in $\frac{1}{8}$							
Kredite an Haushalte und Unternehmen	2,1	3,5	3,2	6,5	-0,7	-1,5	
M3-Geldmenge	5,2	4,9	10,7	9,6	-1,4	-2,5	
Zinssätze (in %)							
Dreimonatiger Geldmarktsatz ³	2,1	3,7	4,8	3,4	0,7	0,6	
Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen ³	3,6	3,8	4,3	3,2	3,2	3,2	
Zahlungsbilanz (% des BIP)							
Leistungsbilanz	5,1	6,1	7,5	6,4	4,8	5,4	5,5
Handelsbilanz	6,4	6,3	7,7	7,1	5,2	6,9	7,5
Exporte	35,3	38,9	40,5	39,4	33,4	34,6	34,6
Volumen (Veränderung p. a.in%)	7,6	12,7	7,5	3,0	-16,4	5,6	2,2
Importe	28,8	32,6	32,8	32,3	28,3	27,7	27,1
Volumen (Veränderung p. a. in %)	7,1	13,7	4,8	5,0	-9,9	1,3	1,3
Nettoölimporte (in Mrd. US-Dollar)	61,4	78,8	79,5	117	70,8	89,7	94,5
Saldo ausländische Direktinvestitionen	-1,0	-2,4	-3,7	-3,7	-2,7	-2,5	-2,6
Amtliche Währungsreserven ohne Gold	45,1	41,7	44,3	43,1	60,4		
(in Mrd. US-Dollar) ⁴							

 ${\tt STELLUNGNAHME~ZU~DEN~ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN~DES~INTERNATIONALEN~W\"{A}HRUNGSFONDS~mit~Deutschland~Neutschla$

noch Tabelle 1: Ausgewählte Konjunkturindikatoren laut IWF-Artikel IV-Konsultationen zu Deutschland

	2005	2006	2007	2008	2009	20101	20111
Wechselkurs							
Wechselkurssystem			Mit	glied desEurorau	ıms		
Aktueller Kurs (31. Dezember 2009)			1	US-Dollar = 0,70	€		
Nominaler effektiver Kurs $(2000 = 100)^3$	110,3	112,3	115,9	116,0	117,0	115,8	
Realer effektiver Kurs (2000 = 100) ⁵	103,2	97,0	97,3	92,6	91,7	90,7	

Quellen: Deutsche Bundesbank; Eurostat; International Financial Statistics; IWF, World Economic Outlook; IWF-Stabsprognosen.

 $^{^{1}}$ IWF-Stabsprognosen, falls nicht anders angegeben.

 $^{^2\,}Entspricht\,Deutschlands\,Beitrag\,zur\,M3-Geldmenge\,im\,Euroraum.\,Die\,Daten\,f\"ur\,2010\,\,beziehen\,sich\,auf\,Januar.$

 $^{^3}$ Die Daten für 2010 beziehen sich auf Februar.

⁴ Die Daten für 2009 beziehen sich auf Dezember.

 $^{^{5}\,}Gest \ddot{u}tzt\,auf\,die\,relativen\,normierten\,Lohnst \ddot{u}ck kosten\,im\,verarbeitenden\,Gewerbe.\,Die\,Daten\,f\ddot{u}r\,2010\,beziehen\,sich\,auf\,Januar.$

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Economics of Happiness – ein neues Paradigma für die Finanzpolitik?¹

1	Einleitung	39
2	Determinanten des Glücks	40
2.1	Einkommen, Wachstum und Lebenszufriedenheit	40
2.2	Arbeit und Arbeitslosigkeit	40
2.3	Arbeitslosenrate und Inflation	41
2.4	Soziales Kapital und Familie	42
2.5	Bildung	42
2.6	Umwelt	
3	Glücksforschung auf dem Prüfstand	43
3.1	Zur Verlässlichkeit der Lebenszufriedenheitsmessung	43
3.2	Ein alternatives Konzept des subjektiven Wohlbefindens	44
4	Wirtschaftspolitische Implikationen der Lebenszufriedenheitsforschung	47
4.1	Glück als neuer Wohlstandsindikator	47
4.2	Lebenszufriedenheit und Einkommensbesteuerung	48
4.3	Weitere steuerpolitische Implikationen	50
4.4	Sozialstaat und soziale Teilhabe	50
4.5	Wie viel Staat?	52
5	Lebenszufriedenheitsforschung: überflüssig oder revolutionär?	52

- Einkommen spielt eine große Rolle für die Lebenszufriedenheit der Menschen. Allerdings wird dieser Effekt vor allem durch Einkommensvergleiche mit anderen Menschen und mit der eigenen Vergangenheit erzeugt.
- Die Lebenszufriedenheit von Arbeitslosen ist deutlich geringer als die von Beschäftigten. Dies gilt selbst dann, wenn der Einkommensverlust der Arbeitslosen vollständig kompensiert würde. Auch die Arbeitslosigkeit anderer Menschen, Inflation und Umweltverschmutzung wirken sich negativ auf die Lebenszufriedenheit aus. Positive Effekte entstehen hingegen durch enge soziale Kontakte.
- Glück ist ein mehrdimensionales Konzept. Daher sollte die Wohlfahrtsmessung durch das Bruttoinlandsprodukt um andere objektive und subjektive Indikatoren der Lebensqualität und des Wohlbefindens ergänzt werden. Neben der Lebenszufriedenheit existieren noch andere Maße des Glücks, deren Bestimmungsfaktoren sich von denen der Lebenszufriedenheit unterscheiden können.
- Eine aus der Glücksforschung abgeleitete Rechtfertigung progressiver Einkommensteuern kann nicht bestätigt werden, da eine gesamtwirtschaftliche Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Ausweitung der Freizeit, selbst bei hypothetischer Konstanz des individuellen Haushaltseinkommens, die durchschnittliche Lebenszufriedenheit nicht erhöht.

von-Guericke-Universität Magdeburg), Prof. Dr. Ronnie Schöb (Freie Universität Berlin) und Prof. Dr. Joachim Weimann (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) verfasst.

¹Der vorliegende Beitrag zu einem Forschungsgutachten des Instituts für Standortforschung und Steuerpolitik Magdeburg im Auftrag des BMF wurde von Prof. Dr. Andreas Knabe (Freie Universität Berlin), Steffen Rätzel (Otto-

ECONOMICS OF HAPPINESS – EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Die Lebenszufriedenheitsforschung kann bei der Bestimmung einer optimalen Wirtschaftsund Finanzpolitik hilfreich sein. Bei dem gegenwärtigen Wissensstand ist es aber noch zu früh, gesicherte Empfehlungen für eine Abkehr von den mit den bekannten Methoden der Wirtschaftswissenschaft abgeleiteten Politikempfehlungen zu geben.

1 Einleitung

Die Ökonomie hat das Thema Glück wiederentdeckt. Die Lebenszufriedenheitsforschung - im Englischen oft prägnanter mit "Happiness Economics" bezeichnet - hat sich in den vergangenen Jahren zu einem der produktivsten Forschungszweige der Ökonomie entwickelt. Die Zahl der in diesem Bereich erschienenen Beiträge ist gleichzeitig exponentiell angewachsen.² Das zentrale Interesse der überwiegend empirisch ausgerichteten Forschungsrichtung liegt in der Erforschung des Einflusses sozioökonomischer und politischer Faktoren auf die individuelle Lebenszufriedenheit. Sie greift dabei auf umfangreiche Befragungen zurück, in denen Menschen direkt nach ihrem Wohlbefinden und ihrer Lebenszufriedenheit befragt werden. Die Basis der ökonomischen Lebenszufriedenheitsforschung ist die Idee, das individuelle Glück und Wohlbefinden messen zu können (z.B. anhand einer Skala, bei der "0" ganz und gar unzufrieden und ,10' ganz und gar zufrieden bedeutet) und als Approximation des ökonomischen "Nutzens" zu verwenden. Die gewonnenen Informationen erlauben es unter Einsatz empirischer Schätzverfahren, den Einfluss von Veränderungen der unabhängigen Variablen (z. B. Einkommen, Beziehungsstatus oder Arbeitslosigkeit) auf die abhängige Variable (Lebenszufriedenheit) zu bestimmen. Ziel dieser Analysen ist es, Einblicke in die Motivation menschlichen Handelns und die Bestimmungsfaktoren des Wohlbefindens zu gewinnen, die der

traditionellen Volkswirtschaftslehre bisher verschlossen blieben.

Die zunehmende Popularität dieses Forschungsansatzes führte im Laufe der vergangenen Jahre dazu, dass die Glücksforschung auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion verstärkt wahrgenommen wird. Vorreiter ist in dieser Beziehung Großbritannien, wo unter Federführung des renommierten britischen Ökonomen Richard Layard und seiner Arbeitsgruppe in den zurückliegenden Jahren wirtschaftspolitische Ansätze erarbeitet wurden, die auf den Ergebnissen der Lebenszufriedenheitsforschung beruhen. Besonderes Interesse ziehen die Ideen auf sich, die konträr zu den ökonomischen Standardtheorien stehen.

In dem vorliegenden Forschungsprojekt wird der Versuch unternommen, mit einer kritischen Literaturanalyse und mithilfe eigener empirischer Schätzungen die Möglichkeiten und Grenzen der Lebenszufriedenheitsforschung aufzudecken. Dabei geht es auch um die Frage, wie die Methode zu beurteilen ist, derer sich diese Forschung bedient, und wie diese gegebenenfalls weiterentwickelt werden muss. Erst die Diskussion solcher grundlegenden Fragen erlaubt es, die tatsächlichen Erkenntnisgewinne der Lebenszufriedenheitsforschung im Hinblick auf ihre Relevanz für die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu beurteilen

² Wir verzichten in diesem Beitrag auf Quellenangaben. Eine ausführliche Darstellung der zugrundeliegenden Literatur findet sich in der Langfassung des Gutachtens.

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

2 Determinanten des Glücks

2.1 Einkommen, Wachstum und Lebenszufriedenheit

Macht mehr Einkommen glücklicher? Die ökonomische Standardlehre würde diese Frage eindeutig mit ja beantworten. Die Lebenszufriedenheitsforschung stellt diesen positiven Zusammenhang in Frage. Die von uns untersuchten Daten für Deutschland zeigen, dass es langfristig keinen Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf und der Lebenszufriedenheit der Menschen gibt. Gleichzeitig sind zu einem gegebenen Zeitpunkt Menschen mit höherem Einkommen zufriedener als Individuen mit niedrigerem Einkommen. Auch die Beobachtung einer einzelnen Person über mehrere Jahre zeigt, dass diese Person in den Zeiten glücklicher ist, in denen sie auch über ein höheres Einkommen verfügen kann. Während Zuwächse des persönlichen Einkommens also einen positiven Einfluss auf die Lebenszufriedenheit der Menschen ausüben, spielen Erhöhungen des gesamtwirtschaftlichen Einkommens keine Rolle für die Zufriedenheit der Menschen. Der scheinbare Widerspruch zwischen diesen beiden Ergebnissen ist in der Zufriedenheitsforschung als das Easterlin-Paradoxon (nach seinem Entdecker Richard Easterlin) bekannt.

Für das Easterlin-Paradoxon gibt es zwei Erklärungen. Die erste Erklärung basiert auf der Erkenntnis, dass externe Vergleiche mit anderen Personen, die sich in einer ähnlichen Lebenssituation befinden, einen entscheidenden Einfluss besitzen. Wie zufrieden Menschen mit ihrem Einkommen, und davon abgeleitet mit ihrem Leben sind, hängt davon ab, ob sie mehr oder weniger verdienen als die Menschen in ihrer Vergleichsgruppe. Eine Einkommenserhöhung führt zwar zu einer höheren Lebenszufriedenheit, der Anstieg fällt aber deutlich geringer aus, wenn auch die Einkommen aller anderen Vergleichspersonen steigen. Die zweite Erklärung für das EasterlinParadox beruht auf der Feststellung, dass sich die Menschen an die meisten Änderungen ihrer Lebensumstände gewöhnen. Das gilt auch für das Einkommen. Ähnlich wie bei dem eben angeführten Vergleich mit anderen, vergleichen Menschen ihr tatsächliches Einkommen auch mit ihrem früheren Einkommen. Bei einer Einkommenserhöhung stellen sich die Individuen nur kurzfristig besser. Langfristig passt sich ihr Anspruch an das neue Niveau an, und die Menschen gewöhnen sich an das höhere Einkommen.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass
Einkommensvergleiche mit anderen und mit
der eigenen Vergangenheit einen starken
Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben.
Allerdings finden wir bei der Schätzung der
kurz- und mittelfristigen Determinanten
der Lebenszufriedenheit dennoch einen
zusätzlichen positiven Einfluss absoluter
Einkommenserhöhungen. Damit ist der
Widerspruch zwischen den Vertretern des
Easterlin-Paradoxons und denen, die meinen,
dass Einkommen doch glücklich macht,
letztlich nicht sehr groß.

2.2 Arbeit und Arbeitslosigkeit

Menschen definieren sich zu einem erheblichen Teil durch die Arbeit, der sie nachgehen. Es ist deshalb nicht überraschend, dass die Lebenszufriedenheitsforschung die Frage intensiv untersucht hat, wie sich die eigene Beschäftigungssituation und die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt auf die Lebenszufriedenheit auswirken. Praktisch alle Studien, die sich dieser Frage widmen, kommen zu dem Ergebnis, dass die Lebenszufriedenheit von Arbeitslosen deutlich geringer ist als die von Beschäftigten. Dies ist insbesondere deswegen bemerkenswert, da dieser Effekt unabhängig von dem mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Einkommensverlust ist. Empirische Studien zeigen, dass sich die Lebenszufriedenheit des Individuums selbst dann reduziert, wenn man den Einkommensunterschied vollständig kompensiert. Das heißt, ein Vergleich von zwei identischen Individuen, die ein äquivalentes

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Einkommen erhalten, von denen aber einer arbeitslos ist, führt zu dem Ergebnis, dass der Arbeitslose ein geringeres Nutzenniveau besitzt als der Beschäftigte.

Im Gegensatz zum Einkommen können sich Menschen nur sehr schlecht an die Arbeitslosigkeit gewöhnen. Weder Männer noch Frauen "erholen" sich von dem Schock, arbeitslos zu werden: Die Lebenszufriedenheit bleibt auf einem niedrigen Stand und nimmt in der Tendenz sogar in den folgenden Jahren der Arbeitslosigkeit noch weiter ab. Verschiedene Studien belegen außerdem, dass Phasen der Arbeitslosigkeit auch dann noch negative Spuren hinterlassen, wenn die Betroffenen bereits wieder Arbeit gefunden haben. Die Lebenszufriedenheit ehemaliger Arbeitsloser ist im Durchschnitt geringer als die der durchgängig Beschäftigten. Diese Beobachtung scheint jedoch nicht vorrangig auf die vergangene Arbeitslosigkeit zurückzuführen zu sein, sondern auf die durch die Arbeitslosigkeit bedingten verschlechterten Zukunftsaussichten hinsichtlich der eigenen weiteren Erwerbsbiografie.

2.3 Arbeitslosenrate und Inflation

Neben individuellen Einflussfaktoren, wie dem Einkommen und dem persönlichen Beschäftigungszustand, können auch gesamtwirtschaftliche Größen, wie die Arbeitslosenquote oder die Inflationsrate, eine Wirkung auf die individuelle Lebenszufriedenheit haben. So erzeugt Arbeitslosigkeit negative externe Effekte. Je höher die Arbeitslosenquote, desto geringer ist die Chance, als Arbeitsloser wieder eine Arbeit zu finden, und desto größer ist das Risiko für Beschäftigte, ihre Arbeit zu verlieren. Diese Wirkung findet sich auch in der Lebenszufriedenheit der Menschen wieder. In den USA ebenso wie in Europa zeigt sich, dass ein negativer Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Lebenszufriedenheit besteht, wobei dieser Zusammenhang besonders für ärmere Haushalte gilt. Offenbar spielt hier vor

allem die Angsteine entscheidene Rolle, bei steigender Arbeitslosigkeit selbst vom Verlust der Arbeit bedroht zu sein. Untersuchungen zeigen zudem, dass die Angst vor Entlassung mindestens ebenso bedrückend sein kann wie die tatsächlich erlebte Arbeitslosigkeit.

Allerdings führt steigende Arbeitslosigkeit auch zu einem gegenläufigen Effekt. Der Verlust an Status, den eine Person erfährt, die von Arbeitslosigkeit betroffen ist, reduziert sich, wenn Arbeitslosigkeit eine größere Anzahl von Menschen in der eigenen Umgebung betrifft. Einer der Hauptgründe dafür dürfte sein, dass eine hohe regionale Arbeitslosigkeit von den Arbeitslosen als ein Indiz dafür interpretiert werden kann, dass sie die eigene Arbeitslosigkeit nicht selbst zu verantworten haben. Die Frage, ob ein Anstieg der Arbeitslosigkeit tatsächlich externe Effekte in nennenswerter Größenordnung zur Folge hat, ist wirtschaftspolitisch von Bedeutung, denn solche Effekte würden die tatsächlichen Kosten der Arbeitslosigkeit unter Umständen deutlich erhöhen und damit Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung noch lohnender machen, als sie ohnehin schon sind.

Die Verwendung von Lebenszufriedenheitsdaten erlaubt es zumindest theoretisch, eine Austauschrate zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation zu bestimmen, bei der sich die Lebenszufriedenheit nicht ändern würde. Vorsichtige Schätzungen für Europa gelangen zu einem Austauschverhältnis zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit von 1,66:1. Eine Zunahme der Inflation in Höhe von 1,66 Prozentpunkten wäre demnach gerade noch zu rechtfertigen, wenn dadurch die Arbeitslosenrate um einen Prozentpunkt fallen würde. Andere Schätzungen hingegen kommen zu Verhältnissen Verhältnisse von bis zu 5:1. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Grenzrate der Substitution zwischen Inflation und Arbeitslosenquote deutlich über 1:1 liegt. Das ist ein relevantes Argument gegen den immer wieder verwendeten "Misery-Index", der die Summe aus Arbeitslosenquote und Inflation als Indikator für den Zustand einer

ECONOMICS OF HAPPINESS – EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Ökonomie heranzieht. Fällt die Arbeitslosigkeit um einen Prozentpunkt, während die Inflationsrate um einen Prozentpunkt ansteigt, so ändert dies nichts an dem Misery-Index, erhöht aber die Lebenszufriedenheit.

2.4 Soziales Kapital und Familie

Die Auswirkungen des sozialen Kapitals sind vielfältig. So konnte gezeigt werden, dass ein höheres Sozialkapital das Gemeindeleben verbessert. Netzwerke und wohltätiges Engagement fördern soziale Normen und verstärken das soziale Vertrauen. Dies führt zu besseren Resultaten bei kollektiven Entscheidungen und erhöht das Wohlbefinden der Beteiligten. Starke soziale Netzwerke reduzieren Korruption, Steuerbetrug und Kriminalität und verbessern zusätzlich die Bildung und Kinderfürsorge. Neben diesen positiven Einflüssen, die indirekt auf die Zufriedenheit wirken, gibt es mittlerweile eine Reihe von Studien, die den direkten Einfluss von Sozialkapital, sozialen Kontakten und Beziehungen auf das individuelle Wohlbefinden untersuchen. Diese Studien zeigen, dass eine positive Korrelation zwischen einem "Sozialkapitalindex" und dem Wohlbefinden der Individuen besteht. Die Familie scheint dabei der bedeutendste Faktor des Sozialkapitals zu sein, gefolgt von Freunden und Nachbarn. Das Sozialkapital, gemessen durch die Bindung der Familie, der Nachbarschaft, Religion und Gemeinden, verbessert sowohl die physische Gesundheit als auch das subjektive Wohlbefinden. Je häufiger man Kontakt mit Menschen in diesen Gruppen hat, umso höher ist die eigene Lebenszufriedenheit. Die Ehe, als die wohl engste Form des sozialen Kontaktes, erhöht ebenfalls die individuelle Zufriedenheit.

Eine Erhöhung des Sozialkapitals generiert offenbar deutlich positive Wohlfahrtseffekte. Dies spricht für eine gezielte Förderung sozialer Kontakte. Dies könnte durch eine verstärkte Förderung von Familien, des Vereinslebens, gesellschaftlicher Veranstaltungen oder wohltätiger Gemeinschaften geschehen. Das positive

Potenzial scheint beträchtlich zu sein und kann unter Umständen mit vergleichsweise geringen Kosten ausgeschöpft werden.

2.5 Bildung

Der Einfluss der Bildung auf die Lebenszufriedenheit ist wegen erheblicher methodischer Probleme nur sehr schwer festzustellen. Vielfach hat Bildung vor allem instrumentellen Charakter. Sie dient dazu, bessere Berufschancen zu erhalten und das Einkommen zu steigern. Dieser instrumentelle Charakter der Bildung erschwert es, einen direkten Bildungseffekt zu messen, der darin besteht, dass Menschen ausschließlich deshalb, weil sie besser gebildet sind, zufriedener sind. Hält man die wichtigsten indirekten Einflüsse (Gesundheit, Einkommen, Status) konstant, verschwinden die Bildungseffekte in der Regel. Es ergibt sich daher aus den bisher vorliegenden Untersuchungen kein eindeutiges Bild, und die Stärke der direkten Bildungseffekte ist bislang unklar, so dass sich beim derzeitigen Stand der Forschung für Deutschland im Hinblick auf die direkten Effekte von Bildung auf die Lebenszufriedenheit keine Aussagen treffen lassen.

2.6 Umwelt

Die Daten zur Lebenszufriedenheit bieten einen völlig neuen Ansatz bei der Bewertung von Umweltgütern. Die Beantwortung der Frage, welchen Wert Umweltgüter besitzen, ist ausgesprochen schwierig, und die bisher dabei verwendeten traditionellen Methoden weisen erhebliche Schwächen auf. Die Bewertung von Umweltgütern mit Hilfe von Lebenszufriedenheitsdaten ist methodisch vergleichsweise einfach. Indem die Lebenszufriedenheit als Funktion des Umweltzustandes und des Einkommens geschätzt wird, eröffnet sich die Möglichkeit, die Grenzrate der Substitution zwischen Einkommen und Umwelt zu berechnen und so ein unmittelbares Maß für die Bewertung von Umweltgütern zu erhalten. Der Vorteil des so konstruierten Maßes besteht vor allem darin,

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

dass es universell anwendbar ist und jegliche Form von Verzerrung vermeidet.

Es konnte nachgewiesen werden, dass ein Anstieg der Tiefsttemperatur in einem Land die Lebenszufriedenheit deutlich anhebt, während ein Anstieg der Höchsttemperatur den gegenteiligen Effekt hat. Weitere Studien zeigen, dass die Schäden, die durch extreme Wetterverhältnisse ausgelöst werden, deutlich über den materiellen Schäden liegen, wenn man den Einfluss auf die Lebensqualität mit berücksichtigt. Die Verbesserung der Wasserqualität sowie die Reduzierung von Blei- und Stickstoffdioxidbelastungen in einem Land führen zu einem deutlichen Anstieg der Lebenszufriedenheit. Hingegen zeigt sich, dass die Feinstaubbelastung keinen signifikanten Einfluss hat – angesichts der intensiven Diskussion über dieses Thema ein durchaus überraschendes Resultat. Alle diese Ergebnisse resultieren nicht aus bewussten Bewertungen einzelner Umweltgüter und hängen deshalb auch nicht davon ab, wie gut die Probanden über diese informiert sind. Gerade das zeigt die Stärke der Lebenszufriedenheitsforschung als neue und vielversprechende Methode zu Bewertung von Umweltgütern.

3 Glücksforschung auf dem Prüfstand

3.1 Zur Verlässlichkeit der Lebenszufriedenheitsmessung

Psychologen bescheinigen den Daten zur subjektiven Lebenszufriedenheit wesentliche Vorzüge gegenüber dem Konzept der offenbarten Präferenzen und gehen davon aus, dass sie ein durchaus geeigneter Wohlfahrtsindikator sind. Dieser verspricht insbesondere dort wertvolle Erkenntnisse, wo beobachtbare Entscheidungen systematisch verzerrt sind und daher nur beschränkt Aussagen über die wahren Präferenzen der Individuen zulassen. Dabei lässt sich der Nutzenbegriff in zwei Dimensionen verstehen: zum einen als Entscheidungsnutzen, der die Rangordnung

von Alternativen, zwischen denen sich eine Person entscheiden kann, angibt, zum anderen aber als Erfahrungsnutzen, d. h. als Stärke der tatsächlich empfundenen Zufriedenheit beim Erleben einer dieser Alternativen. Offenbarte Präferenzen spiegeln nur den Entscheidungsnutzen wider, der aber im Wesentlichen aus der möglicherweise verzerrten – Erinnerung des Erfahrungsnutzens abgeleitet wird. Unklar bleibt damit, was genau mit dem Maß des "subjektiven Wohlbefindens" eigentlich gemessen werden soll. In der vorliegenden Studie geht es im Wesentlichen um die allgemeine Lebenszufriedenheit, die Ausdruck der Grundstimmung ist, in der sich ein Mensch befindet, und die gewissermaßen eine zusammenfassende Beurteilung aller Lebensumstände enthält. Diese Lebenszufriedenheit ist nicht unbedingt die Grundlage für Entscheidungen, vielmehr beschreibt sie das Ergebnis, zu dem die Summe der Entscheidungen führt, die der betreffende Mensch getroffen hat. Die Diskussion um die Validität der erhobenen Lebenszufriedenheitsdaten zeigt, dass die aus Befragungen gewonnenen Ergebnisse kompatibel mit anderen aus der Psychologie bekannten Messmethoden sind. Dessen ungeachtet wird auch bezüglich dieser Daten auf systematische Verzerrungen hingewiesen, so beispielsweise auf die geringe Korrelation der Antworten, wenn dieselbe Frage nach der Lebenszufriedenheit innerhalb einer Stunde zweimal gestellt wurde, und auf die sogenannte "focusing illusion", wonach Menschen nicht fortwährend ihre allgemeinen Lebensumstände bewerten, sondern vielmehr entsprechend den Umständen antworten, die ihnen zuallererst bewusst werden, wenn sie nach ihrer Lebenszufriedenheit befragt werden.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Betonung der Bedeutung relativer Positionen. Man kann versuchen, die Ergebnisse der Lebenszufriedenheitsforschung in die traditionelle neoklassische Theorie einzubauen. Zwar geht diese zunächst einmal davon aus, dass für die Menschen vor allem

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

ihre absoluten Lebensumstände wichtig sind - mehr Einkommen, mehr Freizeit, bessere Gesundheit, höhere Bildung usw. Die Bedeutung relativer Vergleiche lässt sich jedoch prinzipiell integrieren, wenn man diese um einen biologisch-evolutionären Erklärungsansatz erweitert, nach der die Maximierung der Lebenszufriedenheit nicht das Ziel eines evolutionären Prozesses ist, sondern ein Mittel, dessen sich der menschliche Organismus bedient, um die Wahrscheinlichkeit des Überlebens und der Weitergabe des eigenen Erbguts zu erhöhen. Der Ansatz unterstellt, dass sich das Glück im Prinzip nur durch die Differenz zwischen dem eigenen Einkommen und dem Referenzeinkommen bestimmt. Wie glücklich ein Mensch sich in einer Situation fühlt, in die er durch eigene Entscheidungen gelangt ist, wird immer durch einen Vergleich mit einem Referenzzustand bestimmt. Dieser Referenzzustand wird dabei so gewählt, dass er dem eigenen Potenzial möglichst nahekommt. Wenn sich Glück aber immer durch den Vergleich mit dem eigenen Potenzial bestimmt und die Einschätzung des Potenzials nicht verzerrt ist, dann wird keine Politikmaßnahme, die das Potenzial der Menschen beeinflusst, ihr gefühltes Glück steigern können, denn dies würde nur zu einer Anpassung des Referenzrahmens führen. Letztlich bedeutet dieser Ansatz, dass die subjektiv empfundene Lebenszufriedenheit grundsätzlich nicht als normatives Kriterium zur Bewertung individueller Wohlfahrt geeignet ist, sondern dass sie nur ein Hilfsmittel sein kann, das es einem Menschen erlaubt, zu einem gegebenen Zeitpunkt die für ihn besten Entscheidungen zu treffen. Entsprechend formuliert diese Theorie eine klare Absage an eine an der Lebenszufriedenheit orientierte Wirtschaftspolitik, da sie niemals in der Lage sein könne, die Lebenszufriedenheit der Menschen dauerhaft zu steigern.

3.2 Ein alternatives Konzept des subjektiven Wohlbefindens

Infolge der Entwicklung der Lebenszufriedenheitsforschung und

der aufkommenden Kritikpunkte hat sich ein komplementäres Konzept zur Messung des subjektiven Wohlbefindens etabliert. Dieses Maß misst im Gegensatz zur generellen Lebenszufriedenheit die momentanen emotionalen, affektiven Zufriedenheitskomponenten. Mit der von der Arbeitsgruppe um den Ökonomienobelpreisträger Daniel Kahneman im Jahr 2004 entwickelten "Day Reconstruction Method" (DRM) existiert dabei eine neue Befragungsmethode, die eine valide Erfassung des tatsächlich erfahrenen Nutzens ermöglicht. Dies ist realisierbar, weil die Bewertung mit der DRM zeitnah zu den erlebten Aktivitäten stattfindet und die Befragungstechnik so angelegt ist, dass der Nutzen einzelner Erfahrungen abgefragt wird. Im Gegensatz zu den Lebenszufriedenheitsbefragungen, die sich auf das allgemeine Wohlbefinden beziehen, werden die Befragten gebeten, ein Tagebuch mit sämtlichen Tätigkeiten, die sie während des Vortages ausgeübt haben, zu erstellen. Hierzu werden dann detaillierte Fragen beantwortet, d. h. die Befragten geben an, was sie genau getan haben, mit wem sie dabei Kontakt hatten und welche positiven und negativen Gefühle sie dabei hatten. Das Ziel der Befragung ist eine approximative, multidimensionale Messung des kontinuierlichen, tatsächlich erlebten Erfahrungsnutzens in jeder Periode beziehungsweise bei jeder Tagesaktivität. Abstraktes, wie z. B. der transzendentale Sinn des Lebens oder sozialer Status, spielen für das so gemessene momentane hedonische Wohlbefinden, den sogenannten Erfahrungsnutzen, eine wesentlich kleinere Rolle als für die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Bislang gibt es nur wenige Arbeiten, die die allgemeine Lebenszufriedenheit und den mit Hilfe der DRM gemessenen Erfahrungsnutzen miteinander vergleichen. In einer DRM-Studie haben wir untersucht, ob die von Arbeitslosen empfundene Minderung der Lebenszufriedenheit sich auch im täglichen Erfahrungsnutzen widerspiegelt oder

ECONOMICS OF HAPPINESS – EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

ob Arbeitslose ihren Tagesablauf an die veränderte Lebenssituation anpassen können und ihre Gefühlslage vergleichbar mit den Beschäftigten ist. Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse der DRM-Studie getrennt nach Beschäftigten und Arbeitslosen. Die verwendeten Maße zur Messung des Erfahrungsnutzens während der einzelnen Aktivitäten sind der Nettoaffekt und die Episodenzufriedenheit. Der Nettoaffekt ist ein Maß, das angibt, wie stark die positiven Empfindungen die negativen übersteigen (Skala: -10 bis +10). Die Episodenzufriedenheit entspricht der generellen Zufriedenheit des Individuums während der Tätigkeit (Skala: 0 bis + 10). Höhere Werte bedeuten bei beiden Konzepten ein höheres Wohlbefinden. Wie die Ergebnisse zeigen, generieren Freizeitaktivitäten den höchsten Erfahrungsnutzen für die Menschen. Sowohl der Nettoaffekt als auch die Episodenzufriedenheit ergeben bei diesen Tätigkeiten die höchsten Werte. Fernsehen erbringt dagegen den geringsten Erfahrungsnutzen aller Freizeitaktivitäten, obwohl die Individuen die meiste Zeit mit dieser Aktivität verbringen. Die am negativsten bewerteten Aktivitäten stehen sämtlich in Beziehung zur Arbeit. Sowohl das Pendeln zur Arbeit, als auch die Arbeitssuche und die Arbeit an sich generieren die niedrigsten Zufriedenheitswerte. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu den Erkenntnissen der positiven Auswirkungen der Arbeit auf die Lebenszufriedenheit.

Vergleicht man die Erwerbstätigen mit den Arbeitslosen, zeigt sich, dass der Erfahrungsnutzen der Erwerbstätigen in nahezu allen Aktivitäten höher ist als bei den Arbeitslosen. Dies wird als Traurigkeitseffekt bezeichnet: Arbeitslose fühlen sich bei gleichen Tätigkeiten schlechter als Beschäftigte. Zum Zweiten finden wir einen Zeiteinteilungseffekt: Arbeitslose können die als unangenehm eingeschätzte Arbeitszeit durch angenehmere Freizeitaktivitäten ersetzen. Gewichtet man die Erfahrungen während des Tages mit der jeweiligen Dauer jeder einzelnen Episode, so ergeben sich keine signifikanten Unterschiede mehr

zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten. Während Normen bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit eine wichtige Rolle spielen, sind sie im Alltag nicht immer präsent. Hier findet hedonische Anpassung in dem Maße statt, dass sich Arbeitslose in ihren täglichen Erfahrungen an die veränderten Lebensumstände gewöhnen, obwohl sie gleichartige Tätigkeiten weniger zufrieden machen als Beschäftigte. Die treibende Kraft für die hedonische Anpassung ist die Möglichkeit, seine Zeit mit Aktivitäten zu füllen, die mehr Freude und emotionales Wohlbefinden schaffen als Arbeit und damit verbundene Tätigkeiten. Tabelle 2 vergleicht die aggregierten Werte der unterschiedlichen Wohlbefindensmaße miteinander. Die Lebenszufriedenheit zwischen den befragten Erwerbstätigen und Arbeitslosen unterscheidet sich hoch signifikant voneinander. Die Arbeitslosen haben ein um circa 2,7 Punkte geringes Lebenszufriedenheitsniveau. Betrachtet man dagegen die Ergebnisse der DRM-Studie, zeigt sich, dass sowohl der Nettoaffekt als auch die Episodenzufriedenheit bei beiden Beschäftigungsgruppen identisch ist. Es finden sich keine signifikanten Unterschiede beim Vergleich der Erfahrungsnutzen. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Maße unterschiedliche Konzepte des individuellen Wohlbefindens messen und bei der Konstruktion eines Wohlfahrtsindexes komplementär berücksichtigt werden sollten.

Eine Regressionsanalyse, in der für eine Reihe von sozio-ökonomischen Charakteristika, wie z. B. Beschäftigungsstand, Einkommen, Alter, Familienstand und Anzahl der Kinder, kontrolliert wird, bestätigt, dass Arbeitslosigkeit negativ und Einkommen positiv auf die allgemeine Lebenszufriedenheit wirken. Im Gegensatz zu den Erkenntnissen über die Determinanten der Lebenszufriedenheit stellen wir jedoch fest, dass auch in einer solchen Regressionsanalyse Arbeitslosigkeit und das individuelle Einkommen keine signifikanten Auswirkungen auf den alltäglichen Erfahrungsnutzen haben.

ECONOMICS OF HAPPINESS – EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Tabelle 1: Erfahrungsnutzen und Zeitverwendung nach Aktivität und Beschäftigungsstaus

Aktivität	Netto	affekt	Episodenzu	ıfriedenheit	Durchschr pro Tag		Anteil der in	_
	ET	AL	ET	AL	ET	AL	ET	AL
Hatarbaltus a Western	9,79	4,97	9,85	7,19	1:12	2:37	2	4
Unterhaltung/Kultur	(0,0	000)	(0,0	000)				
Hobbys/Sport	7,25	6,15	8,93	8,50	2:32	2:57	20	23
110003/30011	(0,0	011)	(0,1	18)				
Gesellschafts- und Computerspiele	6,73	4,36	7,83	7,26	5:05	2:15	7	11
descriserates and compaterspicie	(0,0	002)	(0,2	286)				
Soziale Kontakte	6,71	6,54	8,58	8,34	2:16	2:50	48	58
Joziale Kontakte	(0,5	550)	(0,1	47)				
Essen	6,51	4,92	8,22	7,19	1:39	2:06	92	98
Esseii	(0,0	000)	(0,0	000)				
Lesen/Radio/Musik	6,34	4,91	8,50	7,60	1:47	1:52	36	28
Lesen/Radio/Musik	(0,0	000)	(0,0	000)				
Ehrenamtliche Tätigkeiten	6,32	6,18	7,48	7,93	3:11	3:21	1	5
Lineilantilene raugkeiten	(0,9	(0,926) (0,641)						
Weiterbildung	6,11	2,25	7,10	7,04	3:41	1:41	3	2
Weiterbildung	(0,011)		(0,944)					
Relaxen/Spaziergang	5,98	6,04	8,21	7,99	1:45	1:26	21	22
Kelazen/Spaziergang	(0,9	912)	(0,4	194)				
Erwerbstätigkeit Pausen	5,30		7,85		0:33		37	
	5,09	5,18	7,33	7,43	2:54	3:41	73	79
Fernsehen	(0,6	587)	(0,5	501)				
Vindorh etrouung	4,42	6,96	7,47	8,53	1:48	3:28	21	31
Kinderbetreuung	(0,0	000)	(0,0	000)				
Harranhath	3,58	2,42	6,36	6,22	2:12	3:12	60	78
Hausarbeit	(0,0	000)	(0,395)					
Pendeln	3,22		6,77		0:48		47	
Arbeiten	2,68		6,72		6:32		68	
Autolitary ale	-1,37	-0,13	3,14	4,02	1:16	1:50	1	25
Arbeitssuche	(0,7	709)	(0,7	719)				

Quelle: Andreas Knabe, Steffen Rätzel, Ronnie Schöb, Joachim Weimann (2010): "Dissatisfied with Life, but Having a Good Day: Time-Use and Well-Being of the Unemployed", erscheint in: Economic Journal.

Bemerkung: ET – Erwerbstätig, AL – Arbeitslos. Die Werte in Klammern geben die p-Werte eines t-Test wieder, der testet, ob die Werte für die Erwerbstätigen gleich den Werten für die Arbeitslosen sind.

Das Hauptergebnis der Lebenszufriedenheitsforschung, dass arbeitslose Menschen, ungeachtet ihres Einkommensverlusts, strikt unglücklicher sind als Menschen, die Arbeit haben, widerspricht dem traditionellen neoklassischen Bild von Arbeitslosigkeit. Danach sind Menschen, die unfreiwillig arbeitslos werden, deren

ECONOMICS OF HAPPINESS – EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Tabelle 2: Durchschnittliche Lebenszufriedenheit, Nettoaffekt und Episodenzufriedenheit nach Erwerbsstatus

	Lebenszufriedenheit	Nettoaffekt	Episoden- zufriedenheit
Erwerbstätig	7,074	4,404	7,282
Arbeitslos	4,385	4,572	7,181
Differenz zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen	-2,689	+0,168	-0,102
Differenz zwischen beschäftigten und Albeitslosen	(0,000)	(0,371)	(0,334)

Quelle: Siehe Tabelle 1.

Bemerkung: p-Werte für H_0 : Differenz = 0 in Klammern.

Einkommensverlust jedoch ausgeglichen wird, strikt besser gestellt, da sie bei gleichen Konsummöglichkeiten mehr Freizeit haben. Der Vergleich von kognitiven und affektiven Maßen des subjektiven Wohlbefindens erlaubt, die beiden Ansichten zu vereinen. Lebenszufriedenheit ist ein kognitives, wertendes Glücksgebilde. Um die Frage nach der Zufriedenheit mit ihrem Leben zu beantworten, müssen die Befragten sich einen Bezugsrahmen dessen schaffen, was ein zufriedenes Leben ausmacht. Während das Einkommen eine der Hauptdeterminanten eines solchen Bezugsrahmens bildet, scheint ein Mehr an Freizeit keine bedeutende Rolle zu spielen. Eine mögliche Erklärung für dieses Phänomen scheint die Vernachlässigung des Zeitaspekts zu sein. Während nur die Intensität einer Erfahrung Einfluss auf den aus ihr gewonnenen Nutzen hat, betont das zeitgewichtete affektive Maß hingegen die Zeitkomponente, die sich auch in der neoklassischen Nutzenfunktion implizit findet, wenn dort Freizeit als Argument erscheint. Da für Freizeitaktivitäten ein höherer Nettoaffekt als für Arbeit und damit verbundene Tätigkeiten angegeben wird, impliziert der Zeiteinteilungseffekt, dass der Erfahrungsnutzen mit der Freizeit zunimmt. Folglich liegt die zeitgewichtete Messung von Wohlbefinden nicht im Widerspruch zur neoklassischen Theorie, sondern bestätigt vielmehr die Annahmen, die einer allgemeinen Nutzenfunktion zugrundeliegen.

Der Vergleich der verschiedenen Maße des Wohlbefindens macht deutlich, dass es sowohl die ungelöste normative Frage gibt, was wir genau als Ziel einer an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Wirtschaftspolitik verfolgen sollten, als auch noch viele offene methodische Fragen. Die Ergebnisse der Lebenszufriedenheitsforschung sind daher noch nicht als so robust zu interpretieren, als dass man sie als entscheidende Indikatoren für die Wirtschaftspolitik verwenden sollte. Ungeachtet dessen liefern sie bereits heute sehr wertvolle ergänzende Informationen für wirtschaftspolitische Entscheider.

4 Wirtschaftspolitische Implikationen der Lebenszufriedenheitsforschung

In den folgenden Abschnitten präsentieren wir wirtschafts- und finanzpolitisch relevante Ergebnisse eigener empirischer Schätzungen. Als Datengrundlage für unsere Schätzung greifen wir auf das Sozioökonomische Panel (SOEP) zurück.

4.1 Glück als neuer Wohlstandsindikator

Eine wichtige Entwicklung, die durch die Lebenszufriedenheitsforschung neue Anstöße erhalten hat, ist die seit langem geführte Diskussion darüber, ob das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein geeigneter Indikator für die Messung der Wohlfahrt einer Gesellschaft ist oder nicht. So wird häufig argumentiert, dass die Existenz des Easterlin-Paradoxons dagegen spricht. Dies führt zu

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

sehr weitreichenden wirtschaftspolitischen Forderungen, da das Easterlin-Paradoxon letztlich impliziert, dass die Erzielung von Einkommen und der private Konsum negative Effekte auf die Lebenszufriedenheit haben. Wählt man diese Implikation als Ausgangspunkt für wirtschaftspolitische Empfehlungen, so gelangt man beispielsweise zu der Forderung, die Einkommenserzielung durch Besteuerung zu reduzieren, den Staatskonsum auszuweiten oder Zusatzlasten der Besteuerung zu ignorieren und die Effizienzforderung aufzugeben. Diese sehr weitreichenden Forderungen sind nach unserer Auffassung nicht zu rechtfertigen, weil ihnen die dafür notwendige solide empirische Basis ebenso fehlt wie der gesellschaftliche Konsens, der notwendig wäre, um die weitreichenden Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte zu rechtfertigen, die mit der Umsetzung der Forderungen verbunden wären.

Sehr viel bedeutsamer erscheint uns ein zweiter Ansatzpunkt, der die Diskussion auf eine deutlich breitere Basis stellt und zunächst ergebnisoffen der Frage nachgeht, ob es Möglichkeiten gibt, die eindimensionale Messung von Wohlstand durch ein mehrdimensionales Maß zu ersetzen, das objektive und subjektive Indikatoren miteinander kombiniert. In diese Richtung zielen die Initiativen, die das Königreich Bhutan und der französische Präsident Nicolas Sarkozy angestoßen haben. In Bhutan wird ein mehrdimensionales Maß, die sogenannte Gross National Happiness zur Messung der Wohlfahrt verwendet. Die von Sarkozy eingesetzte Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission hat sich mit der Frage befasst, welche Defizite das BIP als Indikator aufweist und welche komplementären Maße diese beheben könnten. Im Ergebnis stellt die Kommission fest, dass das BIP weder die qualitative Komponente des Wirtschaftswachstums abbildet, noch externe Effekte erfasst und den öffentlichen Sektor systematisch falsch abbildet. Weitere objektive Maße sind notwendig und sollten von subjektiven ergänzt werden. Allerdings stellt die Kommission

auch fest, dass die im Gebrauch befindlichen subjektiven Maße bisher zu wenig erforscht sind. Diese Einschätzung wird von vielen Ökonomen geteilt, die sich intensiv mit der Lebenszufriedenheitsforschung befasst haben. Es besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass das BIP erhebliche Schwächen aufweist und ergänzt werden sollte. Allerdings ist eine starke Mehrheit der Ökonomen der Auffassung, dass weder die objektiven Indikatoren, die man als Komplemente heranziehen kann, noch die subjektiven Lebenszufriedenheitsmaße bisher geeignet sind, allein die Wohlfahrt sinnvoll abzubilden. Es zeichnet sich ab, dass die Entwicklung hin zu einem System komplementärer subjektiver und objektiver Indikatoren gehen wird.

4.2 Lebenszufriedenheit und Einkommensbesteuerung

Die vermutlich wichtigste und am heftigsten diskutierte Schlussfolgerung, die aus der Lebenszufriedenheitsforschung bisher gezogen wurde, besteht in der Forderung und Rechtfertigung einer progressiven Einkommensbesteuerung. Richard Layard gehört zu den Ökonomen, die besonders vehement eine progressive Besteuerung mit dem Verweis auf die Zufriedenheitsstudien fordern. Begründet wird dies mit der Existenz von zwei Effekten, die beide nahelegen, die individuelle Arbeitsangebotsentscheidung mit einer korrigierenden Steuer zu belegen.

Erstens führt die hohe Bedeutung der relativen Einkommensposition dazu, dass Menschen Vergleiche mit dem Einkommen anderer anstellen. Aus diesem Grund verursachen eigene Einkommenssteigerungen einen negativen externen Effekt, da sie die relative Position der anderen verschlechtert. Derjenige, der sein eigenes Einkommen steigert, berücksichtigt diesen Effekt nicht, und deshalb fällt seine Arbeitsangebotsentscheidung zu hoch aus. Da im Aggregat die relativen Positionen aller Menschen gleich bleiben, sind die Versuche, die relative Position zu verbessern, ohne Wirkung auf die

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Lebenszufriedenheit der Gesellschaft. Deshalb werden insgesamt zu viele Ressourcen in die Einkommenserzielung investiert, und diese Ineffizienz kann durch eine progressive Einkommensbesteuerung korrigiert werden.

Zweitens passen sich Menschen an eigene Einkommenszuwächse an und ziehen deshalb keine zusätzliche Lebenszufriedenheit daraus. Das allein muss noch keine Ineffizienz erzeugen, denn die Menschen könnten die Adaption ja richtig antizipieren und ihre Einkommenserzielungsanstrengungen entsprechend anpassen. Es spricht jedoch sehr viel dafür, dass Menschen dazu neigen, die Adaption zu unterschätzen. Das führt dazu, dass sie zu viele Ressourcen investieren, um zukünftig mehr Einkommen zu erzielen. Sie überschätzen gewissermaßen den Wert zukünftiger Einkommenszuwächse systematisch. Deshalb kommt es zu einer ineffizienten Ressourcenallokation. Man kann leicht zeigen, dass beide Verzerrungen durch eine Einkommensbesteuerung korrigiert werden können. Damit ergibt sich eine völlig neue Begründung progressiver Besteuerung. Anstatt mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip lässt sie sich nunmehr mit dem Verweis auf negative externe Effekte begründen. Es sei allerdings ausdrücklich darauf hingewiesen, dass damit keineswegs gesagt ist, dass die gegenwärtig zu beobachtende Einkommensbesteuerung zu niedrig ausfällt. Es ändert sich lediglich die Art der Begründung für die Besteuerung, nicht notwendig deren Schärfe.

Allerdings werden in der Literatur auch Einwände gegen eine solche Besteuerung formuliert. So wird das Easterlin-Paradoxon in seiner strengen Form mittlerweile von vielen Forschern abgelehnt, denn es zeigt sich, dass auch absolute Einkommenszuwächse eine positive Wirkung haben. Allerdings ändert das nichts an der Existenz des oben beschriebenen externen Effekts; dies legt nur tendenziell niedrigere Internalisierungssteuern nahe. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob durch eine Einkommensbesteuerung tatsächlich die gewünschte Korrektur erfolgt, denn eine

progressive Besteuerung beeinflusst nur die Konsum-Freizeit-Entscheidung. Es wird weder zwischen demonstrativem und nichtdemonstrativem Konsum unterschieden, noch werden Verzerrungen zwischen Freizeit und nicht-marktlichen Gütern beachtet. Beispielsweise sind die Umwelt oder das Gesundheitswesen superiore Güter, die die Lebenszufriedenheit stark positiv beeinflussen. Wenn eine Einkommensbesteuerung die Einkommen absenkt, kommt es insgesamt auch zu einer schlechteren Versorgung mit öffentlichen Gütern. Ein weiterer, gewichtiger Einwand besteht darin, dass die Präferenzen der Menschen unter Umständen nicht statisch sind. Wenn das Einkommen aufgrund hoher Besteuerung nicht mehr geeignet ist, Status zu begründen, dann wird sich die Statussuche auf andere Felder verlagern, da es Menschen ein grundlegendes Bedürfnis ist, sich zu vergleichen.

Ein Einwand, der in der Literatur bisher vernachlässigt wurde, ist in diesem Bericht intensiv untersucht worden. Es geht um die Frage, ob die stillschweigende Annahme, dass ein höherer Freizeitkonsum die Lebenszufriedenheit tatsächlich steigert, berechtigt ist. Ist sie es nicht, würde die Verzerrung der Konsum-Freizeit-Entscheidung, die durch eine Einkommensbesteuerung erzeugt wird, nicht notwendig zu einer Steigerung der Lebenszufriedenheit führen. Auf der Grundlage der Daten des SOEP wurde eine ökonometrische Schätzung der Arbeitszeitund Freizeiteffekte durchgeführt, die die Wirkung einer progressiven Einkommensteuer als Internalisierungssteuer grundlegend in Frage stellt. Die empirische Untersuchung hat keine statistisch belastbare Evidenz dafür ergeben, dass eine individuelle Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten von mehr Freizeit - unter ansonsten gleichen Bedingungen die Lebenszufriedenheit erhöhen kann. Die Zufriedenheitswirkung fällt umso stärker negativ aus, je mehr die Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Ausweitung der Hausarbeitszeit statt mit zusätzlicher Freizeit einhergeht. Darüber hinaus kann

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

a priori nicht ausgeschlossen werden, dass es ebenso wie beim Einkommen auch bei der Zeitverwendung zu Adaptions- und Referenzeffekten kommt. Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich die positive Wirkung der Arbeits- und Freizeit bei Männern in der langen Frist verstärkt. Somit können keine Adaptionseffekte festgestellt werden. Referenzeffekte spielen für die Wirkung der Zeitverwendung bei Männern keine Rolle. Bei Frauen unterscheidet sich die Wirkung der Zeitverwendung nicht zwischen der kurzen und der langen Frist. Es findet sich aber Evidenz für positive externe Effekte der Arbeitszeit und negative externe Effekte der Freizeit.

Nimmt man diese beiden Ergebnisse zusammen, so erscheint die Forderung nach einer progressiven Einkommensbesteuerung in einem neuen Licht. Letztlich kommen wir zu dem Schluss, dass sie sich mit dem Hinweis auf die Ergebnisse der Lebenszufriedenheitsforschung nicht begründen lässt, da unsere empirische Analyse starke Zweifel weckt, ob eine gesamtwirtschaftliche Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Ausweitung der Freizeit, selbst bei hypothetischer Konstanz des individuellen Haushaltseinkommens, die durchschnittliche Lebenszufriedenheit erhöhen kann.

4.3 Weitere steuerpolitische Implikationen

Wie wirken sich Steuern und Abgaben auf die Lebenszufriedenheit aus? Es liegt nahe, dass ein Anstieg zu einem Rückgang der Zufriedenheit führt. Dafür könnten zwei Effekte verantwortlich sein. Erstens könnte die Besteuerung als solche negative Wirkungen haben, da die Menschen das Gefühl haben, dass ihnen etwas von der Wertschöpfung weggenommen wird, die sie leisten. Wir bezeichnen dies als den Expropriationseffekt. Zweitens reduzieren Steuern und Abgaben das Nettoeinkommen und damit die Konsummöglichkeiten, was wiederum die Lebenszufriedenheit senken könnte. Dies wird als der Konsumeffekt bezeichnet. Im Rahmen

der Studie wurden beide Effekte auf der Basis des SOEP-Datensatzes getrennt untersucht.

Der Expropriationseffekt einer zusätzlichen Abgabenerhöhung ist vernachlässigbar und hat keine statistisch signifikante Wirkung auf die Lebenszufriedenheit. Allerdings wirkt der Konsumeffekt. Eine Verringerung des Einkommens infolge einer Abgabenerhöhung führt zu signifikanten Lebenszufriedenheitsverlusten. An diesem Ergebnis ändert sich nichts, wenn zwischen Steuern und Sozialabgaben explizit unterschieden wird. Für die Menschen ist es gleichgültig, ob das eine oder das andere steigt. Der Konsumeffekt ist in beiden Fällen vorhanden, der Expropriationseffekt nicht. Für die Lebenszufriedenheit ist damit ausschließlich das verfügbare Nettoeinkommen bedeutsam.

Des Weiteren wurde der Zusammenhang zwischen Pendlerverhalten und Lebenszufriedenheit untersucht. Es zeigt sich, dass tägliches Pendeln keine Auswirkungen auf das Wohlbefinden hat, wöchentliches oder noch selteneres Pendeln dagegen die Lebenszufriedenheit deutlich senkt. Dieser Effekt ist für Menschen, die in festen Beziehungen leben, ausgeprägter und am stärksten bei denen, die Kinder haben. Die Mineralölsteuer wirkt sich erst dann negativ auf die Lebenszufriedenheit der Pendler aus, wenn die wöchentliche Pendelstrecke über 250 km liegt. Ist die Strecke kürzer, ist der Einkommenseffekt der Mineralölsteuer offenbar zu klein, um zu spürbaren Einbußen bei der Lebenszufriedenheit zu führen. Insgesamt zeigt die Analyse, dass die Last, die Pendler zu tragen haben, vor allem in der Trennung vom sozialen Umfeld besteht und weniger in der finanziellen Belastung durch die Mineralölsteuer.

4.4 Sozialstaat und soziale Teilhabe

Nicht nur das eigene absolute oder relative Einkommen kann die Lebenszufriedenheit beeinflussen, auch die Einkommensverteilung kann potentiell eine Rolle spielen.

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Beispielsweise ist es durchaus vorstellbar, dass eine größere Ungleichheit der Einkommensverteilung negative Auswirkungen auf die Zufriedenheit hat. Um den Effekt der Einkommensverteilung zu untersuchen, wurde die Gleichmäßigkeit der Verteilung für die Zeit von 1984 bis 2007 mit dem Gini-Koeffizienten gemessen, der von 0 (vollständige Gleichverteilung) bis 1 (vollständige Ungleichheit) definiert ist. Die Einkommensverteilung in Deutschland ist seit Mitte der 90er Jahre ungleichmäßiger geworden, d. h. die Einkommensunterschiede sind größer geworden. Die von uns durchgeführte Schätzung, die für die Arbeitslosenquote, das BIP-Pro-Kopf und einen allgemeinen Zeittrend korrigiert, zeigt, dass ein Anstieg des Gini-Koeffizienten tatsächlich zu einem Rückgang der Lebenszufriedenheit führt. Allerdings ist dieser Effekt klein und statistisch nicht signifikant und damit auch als nicht sehr robust einzuschätzen.

Die Auswirkungen von Vermögen auf die Lebenszufriedenheit sind bislang kaum untersucht worden. Aus diesem Grund haben wir auf der Grundlage der Vermögensmodule des SOEP diesen Einfluss analysiert. Hervorzuheben ist dabei, dass erstmals Paneldaten verwendet wurden, was den erheblichen Vorteil hat, dass für persönliche Charakteristika kontrolliert werden kann. Unsere Regressionsanalyse zeigt, dass Vermögen einen eindeutigen und signifikant positiven Effekt auf die Lebenszufriedenheit hat, der sich von dem ebenfalls positiven Einkommenseffekt unterscheidet. Ein positives Nettovermögen erhöht unabhängig von dem daraus resultierenden Einkommen die Zufriedenheit. Die Stärke dieses Effekts ist mit der vergleichbar, die das absolute Einkommen aufweist. Geld spielt für die Lebenszufriedenheit durchaus eine wichtige Rolle (wenn auch keine dominante), und es wirkt sowohl als Einkommensstrom als auch als Vermögensbestand. Allerdings hängt die Stärke des Zusammenhangs davon ab, ob es sich bei dem Vermögen um Guthaben oder Schulden handelt. Schulden senken das Wohlbefinden stärker, als entsprechende

Guthaben die Lebenszufriedenheit erhöhen. Allein die Tatsache, Schulden zu haben, führt bereits zu einer sprunghaften Verringerung der Zufriedenheit. Vergleicht man zwei Menschen mit gleichem Nettovermögen, aber unterschiedlicher Verteilung von Schulden und Guthaben, so weist im Mittel der mit den geringeren Schulden die höhere Lebenszufriedenheit auf.

Sozialtransfers sind weitere Bestandteile des Einkommens von besonderer Art. Sie unterscheiden sich von dem Arbeitseinkommen dadurch, dass sie nicht mit "Arbeitsleid" verbunden sind, aber auch keinen positiven Statuseffekt auslösen können. Im Gegenteil, der Bezug staatlicher Unterstützungsleistungen kann sogar stigmatisierend wirken und damit den Status des Empfängers verschlechtern. Um diesen Aspekten Rechnung zu tragen, wurde in der ökonometrischen Untersuchung zwischen solchen Transfers, die nicht im Verdacht stehen, stigmatisierend zu wirken, und solchen unterschieden, die eine solche Wirkung mit hoher Wahrscheinlichkeit entfalten. Zur ersten Gruppe gehören das Kindergeld, Elterngeld, Arbeitslosengeld sowie Unterhalts- und Übergangsgeld. Zur zweiten Gruppe gehören das Arbeitslosengeld II (beziehungsweise die frühere Arbeitslosen- und Sozialhilfe), Wohngeld und sonstige Sozialtransfers. Es zeigt sich, dass zwischen den beiden Gruppen deutliche Unterschiede bestehen. Während ein Anstieg der nicht stigmatisierenden Transfers zu einem signifikanten Zuwachs der Lebenszufriedenheit führt, ist der Effekt der stigmatisierenden Transfers zunächst signifikant negativ. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es nicht der Bezug der Geldleistung ist, der negative Effekte auslöst, sondern das Ereignis, das dazu geführt hat, dass der Leistungsanspruch entstand. Dies zeigt sich daran, dass der negative Effekt verschwindet, wenn nur Personen betrachtet werden, die bereits mindestens ein Jahr den Transfer erhalten.

Unsere Ergebnisse unterstützen damit in der Tendenz die Auffassung, dass oberstes

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

Ziel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Hilfe zur Selbsthilfe statt staatlicher Alimentation sein muss. Ergänzendes Arbeitslosengeld II führt, so unser Ergebnis, zu einem Gefühl der Stigmatisierung. Die Verrechnung über das Steuersystem oder durch Lohnsubventionen, die direkt an den Arbeitgeber gezahlt werden, könnten bei gleichen finanziellen Zuschüssen höhere Zufriedenheitswerte generieren.

4.5 Wie viel Staat?

Wirkt sich eine höhere Staatsquote positiv oder negativ auf die Lebenszufriedenheit aus? Wenn man lediglich den Zusammenhang zwischen beiden Größen betrachtet, ohne für weitere Variablen zu kontrollieren, ergibt sich ein eindeutig negativer Zusammenhang. Allerdings zeigt eine multiple Regressionsanalyse, bei der für das BIP und die Arbeitslosenquote kontrolliert wird, dass dieser Zusammenhang nur deshalb besteht, weil die Lebenszufriedenheit kurzfristig positiv mit dem Wirtschaftswachstum zusammenhängt, das wiederum negativ mit der Staatsquote korreliert ist. Da die Staatsausgaben vergleichsweise konstant sind, führt ein sinkendes BIP zu einem Anstieg der Staatsquote. Dieser Effekt erklärt einen großen Teil des negativen Zusammenhangs zwischen Staatsquote und Lebenszufriedenheit.

Der öffentliche Dienst übt in zweierlei Hinsicht einen potentiellen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit aus. Einerseits stellt er Dienstleistungen bereit, die tendenziell eine höhere Lebenszufriedenheit begründen können, zum anderen sind in ihm über 4 Millionen Menschen beschäftigt. Zwischen 1995 und 2005 ist die Beschäftigung bei den Ländern und den Gemeinden von 3.5 Millionen Personen auf 2,8 Millionen Menschen reduziert worden, d. h. die öffentlichen Dienstleistungen sind in diesem Zeitraum erheblich beschränkt worden. Unsere ökonometrische Analyse ergibt allerdings, dass dies einen geringfügig positiven Effekt auf die Lebenszufriedenheit hatte, denn für die Gesamtbevölkerung zeigt sich ein (nicht signifikanter) negativer Zusammenhang zwischen dem Umfang der

Beschäftigung und der Lebenszufriedenheit. Für die Frauen ist dieser negative Zusammenhang auch statistisch signifikant.

Die Staatsverschuldung hat dagegen keinen messbaren Einfluss auf die Lebenszufriedenheit der Menschen. Alle Koeffizienten der entsprechenden Schätzung sind nahe Null, und keiner ist signifikant. Damit bestätigen die deutschen Daten ein Ergebnis, das auch schon für andere Länder gefunden wurde.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die analysierten makroökonomischen Variablen des Staatseinflusses nur einen schwachen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben und die Unsicherheiten bei den Schätzungen aufgrund der nur geringen Variation dieser Variablen über die Zeit wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen im Prinzip nicht zulassen.

5 Lebenszufriedenheitsforschung: überflüssig oder revolutionär?

Eine abschließende Beurteilung der Lebenszufriedenheitsforschung ist bei dem gegenwärtigen Stand der Forschung nicht möglich. Nach wie vor sind viele methodische Probleme ungelöst. So ist insbesondere festzustellen, dass nahezu die gesamte ökonomische Lebenszufriedenheitsforschung auf Daten basiert, die aus einer einzigen Frage gewonnen werden. Es ist eine offene Frage, inwieweit man davon ausgehen kann, dass der Zustand, in dem sich ein Mensch befindet, und die Bewertung, die dieser Zustand durch den betreffenden Menschen erfährt, mit einer einzigen Frage abgerufen werden können. Gewichtet der Einzelne die verschiedenen Determinanten der Lebenszufriedenheit und addiert dann die gewichteten Maße? Oder kommt es zur "focusing illusion", bei der ein Bereich als der die Lebenszufriedenheit dominierende herausgegriffen wird? Die Antworten auf

ECONOMICS OF HAPPINESS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR DIE FINANZPOLITIK?

diese Fragen sind für die Beurteilung der Lebenszufriedenheitsforschung essentiell, da sie die Qualität und die grundlegende Beschaffenheit der einzigen Information betreffen, auf die sich diese Forschung stützen kann.

Was wir bisher erfahren, ist gewissermaßen die Essenz aus allen Überlegungen und Empfindungen, die die Lebenszufriedenheit beeinflussen, d. h. wir beobachten in den Daten nicht direkt die Zufriedenheit, sondern nur das, was bei der erzwungenen Reduktion der Bewertung auf eine Zahl offenbart wird. Wir wissen nicht, was hinter dieser Offenbarung steckt. Diese Unkenntnis relativiert die Bedeutung der Daten erheblich, die sich mit den bisher üblichen Befragungen zur Lebenszufriedenheit gewinnen lassen. Allein diese Einschränkung lässt es angeraten erscheinen, politische Schlussfolgerungen aus Lebenszufriedenheitsforschungen nur mit allergrößter Vorsicht zu ziehen.

Ungeachtet dieser grundlegenden methodischen Einwände halten wir es für angebracht, die zur Verfügung stehenden Daten ergänzend zur Analyse wirtschaftspolitischer Fragestellungen heranzuziehen. Wir haben daher in diesem Bericht zum einen bereits bekannte Resultate dieser Forschungsrichtung dargestellt und gemäß ihrer politischen Relevanz eingeordnet, zum anderen haben wir uns auch neuen Fragen zugewandt. Im Ergebnis hat sich dabei gezeigt, dass nicht alle Resultate, die intensiv in der Literatur diskutiert werden und die teilweise zu sehr drastischen Politikempfehlungen geführt haben, bestätigt werden konnten. Im Hinblick auf die aus dem Easterlin-Paradoxon abgeleiteten Vorschläge zur progressiven Einkommensbesteuerung

konnten wir beispielsweise zeigen, dass die Daten für Deutschland nicht den Schluss zulassen, dass durch eine solche Politik die Lebenszufriedenheit gesteigert werden kann.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Lebenszufriedenheitsforschung bei der Bestimmung einer optimalen Wirtschaftsund Finanzpolitik zwar helfen kann, die Motivation menschlichen Handelns und die Bestimmungsfaktoren des subjektiven Wohlbefindens besser zu verstehen. In diesem Sinne ist diese Forschung wichtig und keineswegs "überflüssig". Bei dem gegenwärtigen Wissensstand ist es verfehlt, eine "Revolution" in der Wirtschafts- und Finanzpolitik auszurufen. Die bisher erzielten Fortschritte erlauben es nicht, gesicherte Empfehlungen für eine Abkehr von den mit den bekannten Methoden der Wirtschaftswissenschaft abgeleiteten Politikempfehlungen zu geben. Stattdessen sollte sich die Forschung in Zukunft darauf konzentrieren, (a) die Multidimensionalität des Wohlbefindens-Konzepts zu berücksichtigen, indem sie alternative Zufriedenheitsmaße stärker berücksichtigt, (b) subjektive Wohlbefindensmaße mit objektiven Wohlfahrtsindikatoren zu verbinden und (c) die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Lebensbereichen und vor allem zwischen politischen Maßnahmen und den Bestimmungsfaktoren der Lebenszufriedenheit eingehender zu untersuchen. Eine solche Forschungsagenda verspricht, umfassendere Daten und ein systematischeres Verständnis des subjektiven Wohlbefindens zu schaffen - beides Voraussetzungen, ohne die die Zufriedenheitsforschung nicht bei der Ableitung von Politikempfehlungen überzeugen kann.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009

1	Einleitung	54
	Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen	
3	Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften	56
3.1	Körperschaftsteuertarife	56
	Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung	
	Abschreibungsmöglichkeiten	
	Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen	
	Fazit	64

- Die deutsche Steuerquote ist im internationalen Vergleich relativ niedrig. Die Abgabenquote ist moderat.
- Der Standort Deutschland ist durch niedrige K\u00f6rperschaftsteuers\u00e4tze attraktiv.
- Der deutsche Einkommensteuerspitzensatz ist bei einem internationalen Vergleich im oberen Mittelfeld anzusiedeln.

1 Einleitung

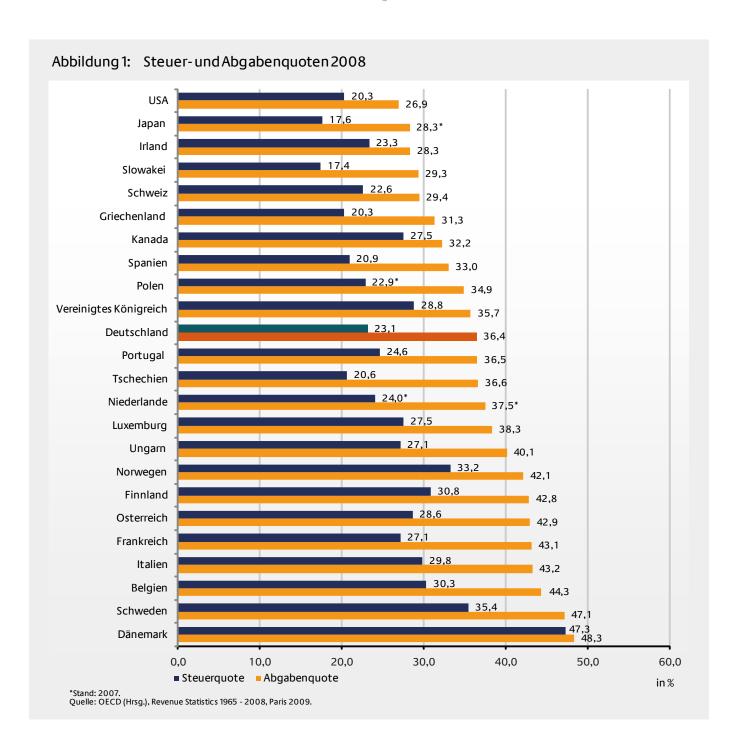
Der folgende Beitrag basiert auf der Publikation "Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009" und hebt einige Aspekte der internationalen Besteuerung hervor. Die erarbeiteten Vergleiche erstrecken sich grundsätzlich auf alle EU-Staaten und einige andere ausgewählte Industriestaaten (die USA, Kanada, Japan, die Schweiz und Norwegen) und beschreiben grundsätzlich den Rechtsstand zum Ende des Jahres 2009. Die Vergleiche in den Übersichten und Grafiken enthalten dem Stichtagsprinzip folgend keine Maßnahmen, die bisher lediglich angekündigt oder zwar beschlossen wurden, sich jedoch erst ab 2010 auswirken werden. Das bedeutet, dass für Deutschland weder das Bürgerentlastungsgesetz noch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz (beide zusammen entlasten Wirtschaft und Bürger um circa 20 Mrd. €) berücksichtigt wurden.

2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Um die nationale Belastung durch (in einer Volkswirtschaft gezahlte) Steuern zu ermitteln, werden sogenannte Steuerquoten ermittelt. Die Aussagekraft dieser Steuerquoten ist aber begrenzt, weil die in den Vergleich einbezogenen Länder ihre staatlichen Sozialversicherungssysteme in unterschiedlichem Ausmaß über eigenständige, nicht in der Steuerquote enthaltene Beiträge oder aus allgemeinen Haushaltsmitteln und damit über entsprechend höhere Steuern finanzieren. Erst wenn im Rahmen der Abgabenquote auch steuerähnliche Abgaben für das staatliche Sozialversicherungssystem berücksichtigt werden, ist die Belastung mit Steuern und Abgaben international vergleichbar.

Abbildung 1 veranschaulicht, dass insbesondere in den nordischen Staaten, aber auch in Belgien, Frankreich, Italien und Österreich die Abgabenquoten vergleichsweise hoch sind, während die USA,

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009



aber auch Japan, Irland, die Slowakei und die Schweiz relativ niedrige Abgabenquoten aufweisen. Weiterhin ist ersichtlich, dass im internationalen Vergleich die deutsche Steuerquote mit 23,1% relativ niedrig ist. Auch die deutsche Abgabenquote, d. h. unter Einbeziehung der Sozialversicherungsbeiträge, ist im internationalen Vergleich relativ moderat. Die niedrigste Abgabenquote

haben mit 26,9 % die USA, und die höchste Abgabenquote findet sich mit 48,3 % in Dänemark. Die deutsche Quote liegt mit 36,4 % im Mittelfeld der hier verglichenen Staaten.

In diesem Kontext sei darauf hingewiesen, dass hohe Abgabenquoten meist gut ausgebaute Sozial- und Altersversicherungssysteme finanzieren, für die ansonsten private Mittel

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

aufgewandt werden müssten. So ist etwa in den USA das staatliche System der Sozialen Sicherung im Vergleich zu Kontinentaleuropa nur rudimentär ausgeprägt. Demzufolge müssen die privaten Haushalte in der Lage sein, eigenständig Vorsorge zu treffen. Um dies zu ermöglichen, belässt der Staat den Bürgern einen größeren Anteil am Sozialprodukt, entsprechend gering ist daher die Steuer- und Abgabenquote beispielsweise in den USA.

3 Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Um die Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich darzustellen, gibt es verschiedene Ansätze, Grundsätzlich können vorhandene empirische Daten aufbereitet werden, um Rückschlüsse auf die Steuerbelastung der Unternehmen zu ziehen. Allerdings stehen Jahresabschlüsse von Einzelunternehmen aufgrund des Steuergeheimnisses kaum zur Verfügung oder sind bei verbundenen Unternehmen wenig informativ. Auch die vorhandenen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind nur beschränkt aussagefähig. Zudem handelt es sich bei den empirischen Werten um Vergangenheitsdaten, die keinen Rückschluss auf die zukünftige Belastung nach möglicherweise veränderten Verhaltensweisen von Unternehmen ermöglichen. Am häufigsten werden daher die nominalen und die effektiven Steuersätze für Unternehmen als Belastungsindikatoren herangezogen. Die nominale Steuerbelastung lässt sich leicht anhand der Steuergesetze feststellen; ihr kann eine Art Signalfunktion und eine nicht unerhebliche Bedeutung bei der internationalen Verteilung von Buchgewinnen und Verlusten zugesprochen werden. Da sich aber die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz ergibt, sind die nominalen Steuersätze nur ein erster Indikator.

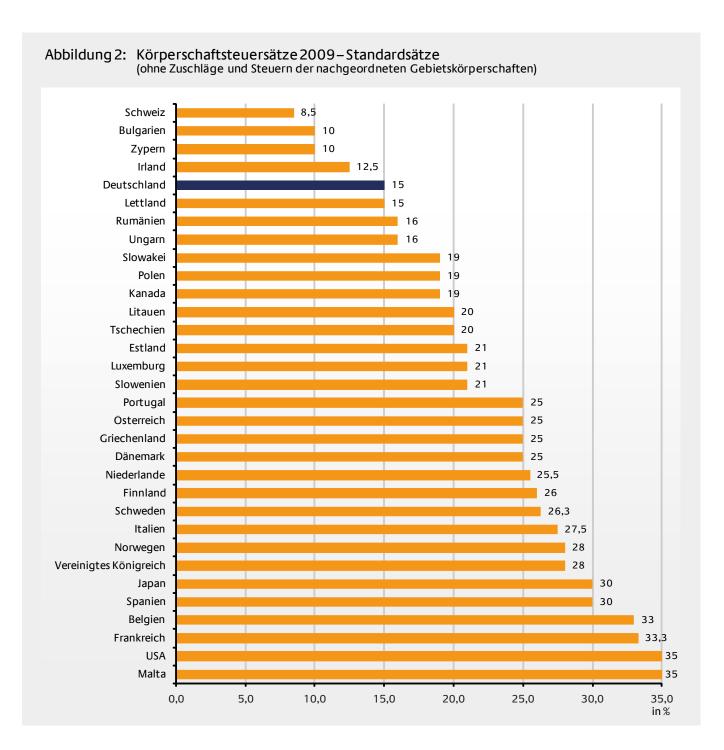
Hier – wie auch in der Publikation "Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009" – wird ausschließlich die nominale Steuerbelastung im internationalen Vergleich dargestellt.

3.1 Körperschaftsteuertarife

Die derzeitige Höhe der Körperschaftsteuertarife (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften) sind in Abbildung 2 dargestellt. Unberücksichtigt bleibt hierbei eine eventuelle Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner. Diese Entlastung die in der Broschüre näher beschrieben wird - dient dazu, Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesellschaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern. Fast alle Staaten haben inzwischen entsprechende Systeme eingeführt. Nur noch Irland und die Schweiz sind Staaten ohne Entlastung ausgeschütteter Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners, haben aber als Ausgleich vergleichsweise niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Vier Länder besteuern die Gewinne nur bei der Gesellschaft, so dass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben (Estland, Lettland, Slowakei und Zypern). Zum gleichen Ergebnis kommt aber auch Malta, indem die Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne dem Einkommensteuersatz auf Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird. Zu beachten ist noch, dass nur Estland einen gespaltenen Satz auf Unternehmensebene aufweist. The saurierte Gewinne unterliegen einer Nullbelastung, ausgeschüttete Gewinne werden mit 21% besteuert.

Der in den letzten beiden Jahrzehnten international zu beobachtende Trend zur Senkung der (nominalen) Körperschaftsteuersätze setzte sich fort. So haben im Vergleich zum Vorjahr mehrere Staaten ihre Körperschaftsteuertarife

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009



herabgesetzt (Luxemburg, Schweden, Slowenien und Tschechien) oder haben dies angekündigt (Spanien, Griechenland, Kanada, Slowenien, Tschechien). Ob sich der Trend sinkender Körperschaftsteuersätze weiter fortsetzt und die avisierten Maßnahmen wirklich umgesetzt werden, ist angesichts der hohen Finanzbedarfe in allen Staaten, die unter der weltweiten Finanzkrise leiden, noch offen.

Durch die Absenkung des deutschen Körperschaftsteuersatzes im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 auf 15 % hat sich die Stellung Deutschlands im internationalen Vergleich deutlich verbessert.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

Niedrigere Körperschaftsteuersätze weisen lediglich noch die Schweiz, Bulgarien, Zypern und Irland auf.

Abbildung 2 enthält die gesamtstaatlichen Körperschaftsteuern, ohne Berücksichtigung von Zuschlägen und von Steuern der Unterverbände (Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw.). In mehreren Ländern erheben aber neben dem Zentralstaat diese Unterverbände noch eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie z. B. in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer.

Abbildung 3: Unternehmensbesteuerung 2009 im internationalen Vergleich Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2009 (nominal) in Prozent (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften) Bulgarien 10 10 Zypern Irland 12.5 Lettland 15 Rumänien Polen 19 Slowakei Litauen 20 Tschechien 20 Schweiz (Zürich) 20,65 Estland 21 Slowenien 21 Ungarn 21,28 Dänemark 25 Griechenland 25 Österreich 25 Niederlande 25,5 Finnland 26 Schweden 26,3 Portugal 26.5 Norwegen 28 Vereinigtes Königreich 28 Luxemburg 28,59 Deutschland 29,83 Spanien 30 Italien 31,4 Kanada (Ontario) 33 Belgien 33.99 Frankreich 34,43 Malta 35 Japan 39,55 USA (Staat New York) 39,62 0,0 5,0 10,0 15,0 20.0 25,0 30.0 35,0 40,0 45.0 in%

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

Hinzu kommen vielfach Zuschläge und Ähnliches des Zentralstaates und/oder der Gebietskörperschaften, die noch nicht berücksichtigt sind. Zusätzlich zu der Körperschaftsteuer erhobene Steuern und Zuschläge sind bei der Ermittlung der Gesamtsteuerbelastung – sowohl bei Thesaurierung als auch bei Ausschüttung an den Anteilseigner – zu berücksichtigen.

Die Höhe all dieser die Kapitalgesellschaften belastenden Unternehmenssteuern, die vom Gewinn als Bemessungsgrundlage ausgehen, ist in Abbildung 3 veranschaulicht.

Zu beachten ist dabei, dass in manchen Staaten die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften abzugsfähig sind (z. B. Schweiz und USA). Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich dann nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der einzelnen Steuern. Dies war auch in Deutschland der Fall, wo die Gewerbesteuer bis zur Unternehmensteuerreform 2008 als Betriebsausgabe sowohl die eigene Bemessungsgrundlage als auch die Bemessungsgrundlage der vor allem Bund und Ländern zustehenden Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und des allein dem Bund zustehenden Solidaritätszuschlags gemindert hat. Um die Transparenz der Besteuerung zu erhöhen (additive Steuerbelastungsermittlung) und die Finanzströme der unterschiedlichen öffentlichen Gebietskörperschaftsebenen zu entflechten, wurde der Betriebsausgabenabzug der Gewerbesteuer 2008 aufgegeben, d. h. die Gewerbesteuer mindert in Deutschland weder die eigene Bemessungsgrundlage noch die Bemessungsgrundlage der Körperschaft- und Einkommensteuer.

Gegenüber 2008 haben sich beim internationalen Vergleich der Gesamtsteuerbelastungen einige Veränderungen ergeben. Litauen hat die Körperschaft-sowie die Abgeltungsteuer von 15 % auf 20 % angehoben. Luxemburg, Slowenien und Tschechien hingegen haben die Körperschaftsteuer um einen Prozentpunkt gesenkt. Schweden reduzierte den Satz um 1,7 Prozentpunkte.

3.2 Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die tatsächliche steuerliche Belastung von Unternehmen hat auch die in Tabelle 1 dargestellte periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer in Form des sogenannten Verlustrücktrags beziehungsweise -vortrags. Hierbei weisen die einzelnen Länder sehr unterschiedliche Regelungen auf. So sind beispielsweise die überperiodischen Verlustausgleichsregeln in den meisten Ländern verglichen mit Deutschland als restriktiver zu bezeichnen. Dies zeigt sich vor allem daran, dass viele Länder keinen Verlustrücktrag kennen, wie es in Deutschland, aber auch in Frankreich, Irland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Japan, Kanada und den USA der Fall ist. Darüber hinaus ist der Verlustvortrag in einigen Ländern nicht wie z.B. in Deutschland zeitlich unbegrenzt möglich, sondern zumeist auf fünf bis sieben Jahre befristet. Letzteres hat zur Folge, dass die Verlustvorträge in außergewöhnlich langen rezessiven Phasen für die steuerliche Berücksichtigung verlorengehen können. Längere Befristungen von neun bis 15 Jahren weisen lediglich die Niederlande, Finnland und Spanien auf, aber auch Kanada und die USA mit jeweils 20 Jahren.

Die Verlustverrechnungsmöglichkeiten sind also ganz unterschiedlich ausgestaltet und haben somit zweifelsohne eine Besteuerungsrelevanz. Beispielsweise führt ein Verlust von 0,5 Mio. € zwar weder in Deutschland, den neuen EU-Mitgliedstaaten noch in Österreich zu einer Besteuerung, es ergibt sich aber nur für Unternehmen in Deutschland eine in der Rezession nicht

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2009

Land	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
EU-Staaten		
Belgien	-	Unbegrenzt
Bulgarien	-	5 Jahre
Dänemark	-	Unbegrenzt
Deutschland	1 Jahr (Begrenzt auf 511 500 €)	Unbegrenzt (Bis zu 1 Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 v. H. der jährlichen Einkünfte)
Estland	Keine Regelung erforderlich	Keine Regelung erforderlich
Finnland	-	10 Jahre
Frankreich	3 Jahre (Verlustrücktrag führt zu Steuergutschrift, die in den darauf folgenden 5 Jahren mit künftigen Steuerschulden verrechnet wird und deren Restbetrag im 6. Jahr erstattet wird)	Unbegrenzt
Griechenland	-	5 Jahre
Irland	1 Jahr (Bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt (Für Verluste aus der gleichen Quelle)
Italien	-	5 Jahre (Für Anlaufverluste der ersten 3 Jahre keine zeitliche Begrenzung)
Lettland	-	7 Jahre
Litauen	-	Unbegrenzt
Luxemburg	-	Unbegrenzt
Malta	-	Unbegrenzt
Niederlande	1 Jahr	9 Jahre
Österreich	-	Unbegrenzt (Verrechnung von Verlustvorträgen nur bis zu 75 v. H. der jährlichen Einkünfte; Rest wird weiter vorgetragen)
Polen	-	5 Jahre (Beschränkung des Vortrags auf max. 50 v. H. des entstandene Verlustes pro Berücksichtigungsjahr)
Portugal	-	6 Jahre (7 Jahre in bestimmten strukturschwachen Gebieten)
Rumänien	-	7 Jahre
Schweden	– (Indirekter Verlustrücktrag jedoch möglich durch Auflösung sog. "Periodisierungsrücklagen" aus den Vorjahren)	Unbegrenzt
Slowakei	-	5 Jahre
Slowenien	-	Unbegrenzt
Spanien	-	15 Jahre
Tschechien	-	5 Jahre
Ungarn	-	Zeitlich unbegrenzt für Verluste aus den ersten drei Steuerjahren (Anschließende Verluste nur unter restriktiven Bestimmungen nach Genehmigung durch die Steuerbehörde

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

noch Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2009

Land	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
Vereinigtes Königreich	1 Jahr (2 weitere Jahre für unverbrauchte Verluste bis max. 50 000 £ pro Jahr aus Bilanzierungszeiträumen, die zwischen dem 24.11.2008 und dem 23.11.2010 enden; bei Betriebsaufgabe in der Höhe unbegrenzt über 3 Jahre möglich)	Unbegrenzt
Zypern	-	Unbegrenzt
Andere Staaten		
Japan	1 Jahr (wird bis 31.3.2010 nicht gewährt, ausgenommen für kleine und mittlere Unternehmen und bei Liquidation)	7 Jahre
Kanada	3 Jahre	20 Jahre
Norwegen	– (ein Rücktrag auf die vorangegangenen 2 Jahre ist bei Liquidation zulässig; eine Sonderregelung für Verluste der Steuerjahre 2008 und 2009 ermöglicht einen Rücktrag über 2 Jahre begrenzt auf 20 Mio. NOK pro Jahr)	Unbegrenzt
Schweiz	-	7 Jahre
USA	2 Jahre	20 Jahre

Anmerkung: Ohne Beschränkungen durch Gesellschafterwechsel sowie Verluste aus Veräußerung betrieblichen Anlagevermögens (capital losses), die in verschiedenen Staaten Sonderregeln unterliegen.

zu unterschätzende Liquiditätszufuhr, da aufgrund des Verlustrücktrags die in der Vorperiode gezahlte Körperschaftsteuer erstattet wird.

3.3 Abschreibungsmöglichkeiten

Neben der Berücksichtigung von Verlusten wirken sich die Abschreibungsmöglichkeiten des Anlagevermögens ebenfalls auf die steuerliche Belastung der Unternehmen aus. Als Abschreibungsmethoden kommen die lineare und die degressive Abschreibung in Betracht. Je schneller Wirtschaftsgüter abgeschrieben werden können, desto niedriger ist die steuerliche Bemessungsgrundlage und somit die steuerliche Belastung der Unternehmen. Zurzeit besteht in Deutschland, wie auch in vielen anderen Ländern, eine Wahlmöglichkeit zwischen linearer und degressiver Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter. Die Wahlmöglichkeit entfällt in Deutschland ab 2011. Somit können zukünftig bewegliche Wirtschaftsgüter nur

noch linear abgeschrieben werden. Gebäude können bereits heute nur linear abgeschrieben werden, und zwar mit 3 %, soweit sie zu einem Betriebsvermögen gehören und nicht Wohnzecken dienen, beziehungsweise mit 2 % für alle anderen Gebäude.

In Deutschland besteht darüber hinaus seit Januar 2010 die Wahlmöglichkeit, bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 € und 1 000 € in einem Sammelposten zusammenzufassen und über fünf Jahre abzuschreiben. Neben der Bildung eines Sammelpostens besteht die weitere Möglichkeit, bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens sofort abzuschreiben, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten jeweils 410 € nicht übersteigen. Andere Länder, die ebenfalls einen Sammelposten kennen, lassen regelmäßig keine Abschreibung der einzelnen Wirtschaftsgüter zu (siehe Tabelle 2).

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

Tabelle 2: Abschreibungen für bewegliches Anlagevermögen 2009

Staaten	Einzelnes	Wirtschaftsgut	Pool-/Sammel-	Bemerkungen	
Staaten	Lineare Abschreibung	Degressive Abschreibung	abschreibung	Bemerkungen	
:U-Staaten					
Belgien	Х	х		Übergang von der degressiven zur lineare Abschreibung zulässig	
Bulgarien	Х			Prozentuale Höchstgrenzen, bis zu denen die Abschreibungssätze jährlich geändert werden können	
Dänemark			Х	Degressive Abschreibung bis zu einer prozentualen Höchstgrenze	
Deutschland	Х	X	X	Übergang von der degressiven zur lineare Abschreibung zulässig; lineare Abschreibung bei Sammelposten (Wirtschaftsgüter mit AK/HK von 150 € bis 1000€)	
Estland				Keine Regelungen erforderlich (Gewinnausschüttungsteuer)	
Finnland			X	Degressive Abschreibung bis zu einer prozentualen Höchstgrenze	
Frankreich	Х	Х		Übergang von der degressiven zur lineare Abschreibung zulässig	
Griechenland	Х	х		Abschreibungssätze bis zu prozentualen Höchstgrenzen	
Irland	X				
Italien	Х				
Lettland		X			
Litauen	Х	X			
Luxemburg	х	х		Übergang von der degressiven zur lineare Abschreibung zulässig; Abschreibungssät bis zu prozentualen Höchstgrenzen	
Malta	Х				
Niederlande	Х	X			
Österreich	Х				
Polen	Х	X			
Portugal			Х	Lineare und degressive Abschreibung	
Rumänien	Х	X			
Schweden	Х	х		Jährliches Wahlrecht einheitlich für das bewegliche Anlagevermögen	
Slowakei	X	X			
Slowenien	X				
Spanien	X	X		Weitere Methoden möglich	
Tschechien	X	X			
Ungarn	X				
Vereinigtes Königreich			X	Degressive Abschreibung	
Zypern	X				

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

noch Tabelle 2: Abschreibungen für bewegliches Anlagevermögen 2009

Staaten	Einzelnes	Wirtschaftsgut	Pool-/Sammel-	Bemerkungen
Staatell	Lineare Abschreibung	Degressive Abschreibung	abschreibung	benierkungen
Andere Staaten				
Japan	x	X		Wechsel zwischen den Methoden möglich
Kanada			Х	Degressive Abschreibung
Norwegen			X	Degressive Abschreibung
Schweiz	X	X		
USA	X	Х		Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung zulässig

Dargestellt wird der Grundfall. Die meisten Staaten haben Sonderregelungen, die tabellarisch nicht umfassend darstellbar sind. Auf wichtige Besonderheiten wird in den Bemerkungen hingewiesen.

4 Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen

Die meisten Länder, die einen Grundfreibetrag beziehungsweise eine Nullzone im Tarif haben, hoben diesen im Vergleich zum Vorjahr an. Nur Estland, Griechenland, Rumänien, Spanien, Zypern, Japan und die Schweiz hoben den Grundfreibetrag nicht an. Darüber hinaus senkten neben Deutschland auch Belgien, Dänemark, Finnland, Lettland, Litauen, Österreich und Polen den Eingangssteuersatz.

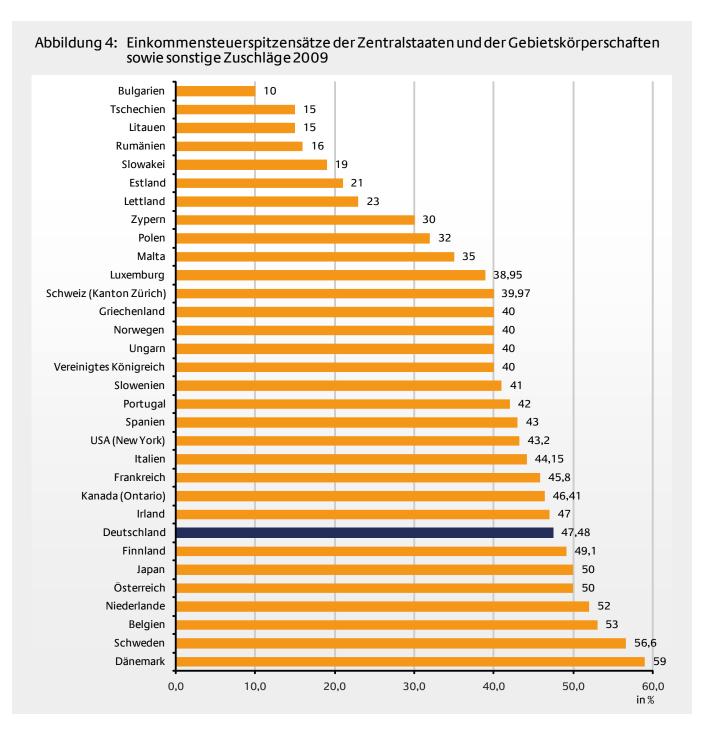
In Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen finanzieren die Steuereinnahmen teilweise auch die Kosten der Sozialversicherung, so z.B. in den nordischen Staaten und den Niederlanden. Auch die Ehegattenbesteuerung ist unterschiedlich geregelt. In einigen Ländern wird eine Einzelveranlagung vorgenommen (etwa Österreich), in anderen eine Zusammenveranlagung, wobei diese mit Splitting (etwa Deutschland) oder ohne (etwa USA) durchgeführt werden kann. Grundsätzlich stehen sich Ehepaare, bei denen die Partner stark voneinander abweichende Einkommenshöhen aufweisen, mit dem Splittingverfahren am

besten. Eine detaillierte Aufstellung der Einkommenseingangssteuersätze findet sich in der Broschüre "Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009".

Auch bezogen auf die Einkommensteuerspitzensätze haben einige Staaten Änderungen vorgenommen. So haben Finnland, Lettland, Litauen und Polen Tarifsenkungen durchgeführt. Alternativ beziehungsweise zusätzlich wurden die Einkommensgrenzen, ab denen der Spitzensteuersatz greift, in fast allen Ländern angehoben. Nur Griechenland, Italien, Spanien und Zypern ließen sowohl den Spitzensteuersatz als auch die für ihn maßgebende Einkommensgrenze unverändert.

In Abbildung 4 sind die höchstmöglichen Steuersätze (inklusive sonstige Zuschläge) im Rahmen der Einkommensbesteuerung natürlicher Personen dargestellt. Im Vergleich zeigt sich, dass sich die Spitzensteuersätze der hier aufgelisteten Staaten zwischen 10 % (Bulgarien) und 59 % (Dänemark) bewegen. Der Median der aufgezeigten Spitzensteuersätze beträgt 40,5 %. Somit ist der deutsche Spitzensteuersatz mit 47,48 % in der oberen Hälfte anzusiedeln.

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009



5 Fazit

Internationale Vergleiche steuerlicher Regelungen sind nur begrenzt aussagefähig. Das sollte bei der Lektüre berücksichtigt werden. Für die Einordnung der Position Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb können die Übersichten dennoch Hinweise liefern. Als Produktionsstandort hat Deutschland seine Position erheblich verbessert. Die nominale Steuerbelastung in Deutschland versteuerter Gewinne liegt nun im oberen Mittelfeld der EU-Staaten. Der nach Standorten suchende Unternehmer wird bei der Auswahl aber natürlich nicht isoliert die Abgabenbelastungen analysieren, sondern ebenso die "Leistungsseite" des

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2009

Standortes berücksichtigen (Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer usw.). Hier kann ein Staat nur dann ein attraktives Angebot unterbreiten, wenn er die Mittel zur Finanzierung hat. Dieser Ausgleich zwischen Steuerbelastung und Staatsleistung muss von allen Staaten regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2009

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2009

Auswertung der Ländermeldungen zu den Besitz-, Verkehrsund Gewerbesteuern

1	Betriebsprüfung	66
2	Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe	
	Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte	
4	Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Außenprüfung	69

- Die Betriebsprüfungen führten zu einem Mehrergebnis von 20,9 Mrd. €.
- 13 332 Prüfer waren im Einsatz und erzielten durchschnittlich ein Mehrergebnis von rund 1,6 Mio. € je Prüfer.
- Von den 8 390 722 in der Betriebskartei der Finanzämter erfassten Betrieben wurden 206 524 Betriebe geprüft; das entspricht 2,5 %.

1 Betriebsprüfung

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Statistik umfasst ausschließlich die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern und die Gewerbesteuer. Nicht berücksichtigt werden somit die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern außer der Gewerbesteuer.

Die Betriebsprüfung (Außenprüfung) ist ein wichtiges Instrument der Finanzverwaltung zur Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und zur Durchsetzung des Besteuerungsanspruchs des Staates. Rechtsgrundlage hierfür ist § 193 der Abgabenordnung (AO), wonach Außenprüfungen bei Steuerpflichtigen zulässig sind, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten oder die freiberuflich tätig sind (§ 193 Abs. 1 AO). Bei den übrigen

Steuerpflichtigen sind Außenprüfungen insbesondere dann zulässig, wenn für die Besteuerung erhebliche Verhältnisse der Aufklärung bedürfen und eine Prüfung im Finanzamt nach Art und Umfang des zu prüfenden Sachverhalts nicht zweckmäßig ist (§ 193 Abs. 2 Nr. 2 AO).

Für Zwecke der Betriebsprüfung werden die Steuerpflichtigen in die Größenklasse

- Großbetriebe (G),
- Mittelbetriebe (M),
- Kleinbetriebe (K) und
- Kleinstbetriebe (Kst)

eingeteilt (§ 3 Betriebsprüfungsordnung – BpO), wobei die Zuordnung zu den Größenklassen vom Umsatz und Gewinn der Steuerpflichtigen abhängig gemacht wird. Die im Jahr 2009 geltenden Abgrenzungsmerkmale für die Größenklassen sind aus Tabelle 1 ersichtlich. Die Einordnung in eine Größenklasse hat für den einzelnen

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2009

Tabelle 1: Einheitliche Abgrenzungsmerkmale für den 19. Prüfungsturnus (1. Januar 2007)

Betriebsart ¹	Betriebsmerkmale	Großbetriebe	Mittelbetriebe	Kleinbetriebe	
	in €	(G)	(M)	(K)	
			über		
Handelsbetriebe	Umsatzerlöse oder	6 500 000	800 000	155 000	
(H)	steuerlicher Gewinn über	250 000	50 000	32 000	
Fertigungsbetriebe	Umsatzerlöse oder	3 700 000	450 000	155 000	
(F)	steuerlicher Gewinn über	220 000	50 000	32 000	
Freie Berufe	Umsatzerlöse oder	3 900 000	735 000	155 000	
(FB)	steuerlicher Gewinn über	500 000	115 000	32 000	
Andere Leistungsbetriebe	Umsatzerlöse oder	4 900 000	660 000	155 000	
(AL)	steuerlicher Gewinn über	280 000	55 000	32 000	
Kreditinstitute	Aktivvermögen oder	121 000 000	31 000 000	9 500 000	
(K)	steuerlicher Gewinn über	500 000	170 000	40 000	
Versicherungsunternehmen	Jahresprämieneinnahmen				
Pensionskassen (V)	über	26 500 000	4 300 000	1 600 000	
Unterstützungskassen (U)				alle	
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Wirtschaftswert der selbst- bewirtschafteten Fläche	185 000	90 000	40 000	
(LuF)	oder steuerlicher Gewinn über	105 000	55 000	32 000	
sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst)	Erfassungsmerkmale	Erfassung ir	der Betriebskartei als C	Großbetrieb	
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG)	Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte i.S.d. Nrn. 1.2 und 1.3 des BMF-Schreibens vom 13.07.1992, IV A 5 - S 0361-19/92 (BStBI I S. 404)	alle			
bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften und	Summe der Einnahmen	über 6 000 000			
Fälle mit bedeutenden Einkünften	Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 Absatz 1 Nrn. 4-7 EStG	über 500 000			
(bE)	(keine Saldierung mit negativen Einkünften)				

¹Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind **nur** dort zu erfassen. Quelle: Anlage zum BMF-Schreiben vom 21. September 2006 - IV A7 - S1450 - 29/06

Betrieb Auswirkungen auf die Häufigkeit der Außenprüfungen.

Ergänzend ist anzumerken, dass mit BMF-Schreiben vom 20. August 2009 IV A 4 – S 1450/08/10001 neue Abgrenzungsmerkmale für den 20. Prüfungsturnus zum 1. Januar 2010 im Benehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder festgelegt wurden (http://www.bundesfinanzministerium.de).

2 Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe

Im Jahr 2009 waren in der Betriebskartei der Finanzämter 8 390 722 Betriebe erfasst, von denen 206 524 Betriebe geprüft wurden (2,5%). Ferner waren 26 297 Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften (bE) bzw. Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG) gelistet,

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2009

Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen im Berichtszeitraum 1. Januar 2009 - 31. Dezember 2009

Größenklasse	gesamt	darunter geprüft		
	Anzahl	Anzahl	Anteil	
Großbetriebe (G)	170 060	38 988	22,9%	
Mittelbetriebe (M)	758 051	55 157	7,3%	
Kleinbetriebe (K)	1 141 146	43 621	3,8%	
Kleinstbetriebe (Kst)	6 321 465	68 758	1,1%	
Summe	8 390 722	206 524	2,5%	
bE	10 685	1 628	15,2%	
BHG+VZG	15 612	1 498	9,6%	

von denen 3 126 Fälle geprüft wurden (siehe Tabelle 2).

Weitere Außenprüfungen erfolgten bei sonstigen Steuerpflichtigen, die nicht den vorgenannten Fallgruppen zuzuordnen waren.

3 Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte

Während bei Großbetrieben der jeweilige Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungszeitraum grundsätzlich anschließen soll (§ 4 Abs. 2 BpO), um eine durchgehende Prüfung sämtlicher Veranlagungszeiträume zu erreichen, wird für die übrigen Betriebe lediglich gefordert, dass ein Prüfungszeitraum nicht mehr als drei zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfasst (§ 4 Abs. 3 BpO). In der Praxis der Außenprüfung spiegeln sich diese Anforderungen im Prüfungsturnus wider, also dem Zeitraum, der durchschnittlich vergeht, bis ein Betrieb wieder einer Außenprüfung unterliegt. Der Prüfungsturnus differiert sehr stark für die einzelnen Größenklassen. Rechnerisch wird ein Großbetrieb alle 4,36 Jahre geprüft, ein Kleinstbetrieb hingegen alle 91,94 Jahre. Im Durchschnitt aller Größenklassen liegen 40,63 Jahre zwischen den Außenprüfungen (siehe Tabelle 3).

In Großbetrieben mit im Jahr 2009 abgeschlossener Außenprüfung wurden durchschnittlich 3,4 Veranlagungsjahre geprüft, in Kleinstbetrieben lag die Zahl bei 2,9 Veranlagungsjahren (siehe Tabelle 4).

Tabelle 3: Prüfungsturnus im Berichtszeitraum 1. Januar 2009 - 31. Dezember 2009

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)	G bis Kst
Prüfungsturnus in Jahren	4,36	13,74	26,16	91,94	40,63

Tabelle 4: Prüfungszeitraum im Berichtszeitraum 1. Januar 2009 - 31. Dezember 2009

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)
Prüfungszeitraum in Jahren	3,4	3,0	2,9	2,9

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2009

Tabelle 5: Prüfungsdichte im Berichtszeitraum 1. Januar 2009 - 31. Dezember 2009

Größenklasse	geprüft	nicht geprüft
Grosenikasse	in	1%
Großbetriebe (G)	78,5	21,5
Mittelbetriebe (M)	21,9	78,1
Kleinbetriebe (K)	11,3	88,7
Kleinstbetriebe (Kst)	3,1	96,9

Durch Kombination beider Größen lässt sich die Prüfungsdichte, also die Wahrscheinlichkeit, dass ein Veranlagungsjahr geprüft wird, ermitteln. Während bei Großbetrieben 78,5 % der Veranlagungsjahre geprüft werden, sind es bei Kleinstbetrieben lediglich 3,1 % (siehe Tabelle 5).

4 Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Außenprüfung

In den Betriebsprüfungen der Länder waren im Jahr 2009 bundesweit 13 332 Prüfer im Einsatz.

Sie erzielten ein Mehrergebnis von 20,9 Mrd. € (2008: 17,8 Mrd. €; 2007: 16,6 Mrd. €), dies sind durchschnittlich 1,6 Mio. € je Prüfer. Auf die Prüfung der Großbetriebe entfiel ein Mehrergebnis von 15,3 Mrd. €, dies sind im Durchschnitt circa 392 200 € je geprüftem Betrieb. Die Prüfung der Kleinstbetriebe erbrachte ein Mehrergebnis von 1,1 Mrd. € beziehungsweise circa 15 400 € je geprüftem Betrieb (vergleiche Abbildung 1).

Bei der Aufschlüsselung des Mehrergebnisses nach Steuerarten (vergleiche Abbildung 2), tritt die Körperschaftsteuer mit 6,1 Mrd. € wie in den beiden Vorjahren deutlich hervor. Neben der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer

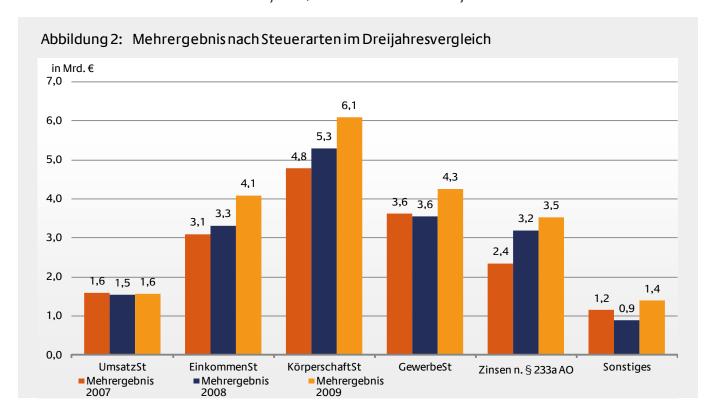
Abbildung 1: Mehrergebnis nach Größenklassen im Dreijahresvergleich in Mrd. 18,0 16,0 15,3 14,0 14,0 12,0 10,0 8.0 6,0 4,0 2,6 1,3 2.0 1,0 0,8 0,7 0,8 0.7 0.6 0,6 0,0 Kleinstbetriebe Großbetriebe Mittelbetriebe Kleinbetriebe Sonstige § 193 Abs, 2 AO Mehrergebnis ■ Mehrergebnis Mehrergebnis 2007 2008 2009

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2009

haben aber auch die Zinsen nach § 233a AO mit 3,5 Mrd. € einen erheblichen Anteil am Mehrergebnis. Die Verzinsung nach § 233a AO (Vollverzinsung) schafft einen Ausgleich dafür, dass die Steuern ungeachtet des gleichen gesetzlichen Entstehungszeitpunkts zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgesetzt und erhoben werden. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in

dem die Steuer entstanden ist, und endet mit Ablauf des Tages, an dem die Steuerfestsetzung wirksam wird.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die positive Entwicklung des Mehrergebnisses vor dem Hintergrund des Gewinneinbruchs, vor allem bei den Großunternehmen, in den kommenden Jahren fortsetzen wird.



Übe	rsichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	72
1	Kreditmarktmittel	72
2	Gewährleistungen	73
3	Bundeshaushalt 2005 bis 2010	73
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2005 bis 2010	74
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Soll 2010	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	96
1	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2010 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	97
4	Länder bis Februar 2010	99
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2010	
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2010	
•	Die Emilanien, Nasgaben und Nassemage der Earlact bis Februar 2010 imminiminimini	. 100
Ken	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	. 109
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	109
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	_
	Schwellenländern	. 116
Abb	. 1 Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	lüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Januar 2010			28. Februar 2010
		in M	io.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	29 000	0	0	29 000
Anleihen ¹	599 204	5 000	0	604 204
Bundesobligationen	177 000	6 000	0	183 000
Bundesschatzbriefe ²	9 3 7 5	62	8	9 429
Bundesschatzanweisungen	123 000	7 000	0	130 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	100 589	8 968	11 929	97 628
Finanzierungsschätze ³	825	37	72	790
Tagesanleihe	2 417	32	96	2 353
Schuldscheindarlehen	12 807	0	127	12 679
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
Kreditmarktmittel insgesamt	1 054 268			1 069 135

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. Januar 2010			28. Februar 2010
		in M	lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	245 822			242 829
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	328 119			335 135
langfristig (mehr als 4 Jahre)	480 327			491 171
Kreditmarktmittel insgesamt	1 054 268			1 069 135

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

 $^{^110\}text{--}\,\text{u}.\,30\text{--jährige}$ Anleihen des Bundes und Euro-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $^{^{\}rm 2}$ Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

 $^{^{3}}$ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 31. März 2010	Belegung am 31. März 2009
Ermächtigungstatbestände		in Mrd. €	
Ausfuhren	120,0	110,3	103,3
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,4	26,0
bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	1,3	1,3
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	106,0	136,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	50,6	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	6,0	4,0	4,0

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
			in Mr	d. €		
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3
2. Einnahmen ¹	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	-7,3
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,7	7,2	12,8	4,0	-4,8	-7,0
3. Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-80,6
in % der Ausgaben	12,1	10,8	5,4	4,2	11,8	25,2
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	224,0	225,4	222,1	229,1	269,0	317,8
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	-1,5	8,4	0,5	-6,4	0,1
6. Tilgungen (+)	193,0	196,0	216,2	218,1	228,5	237,5
7. Nettokreditaufnahme	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-80,2
8. Münzeinnahmen	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,2	-4,4	15,4	-7,2	11,5	5,9
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

Stand: April 2010.

 $^{^1\}mathrm{Gem.\,BHO}$ § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2}$ Inkl. Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
Ausgabeart			in Mic	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 110	26 038	27 012	27 939	27 704
Aktivitätsbezüge	19 891	19730	19 662	20 298	20 977	20 789
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 498	8 870	9 269	9 3 4 2
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 164	11 428	11 708	11 447
Versorgung	6 481	6380	6376	6714	6 962	6 9 1 5
Ziviler Bereich	2 434	2 372	2334	2 416	2 462	2 435
Militärischer Bereich	4 047	4008	4041	4 2 9 8	4 500	4 481
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 757	19 742	21 395	21 583
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 3 6 5	1 421	1 478	1 466
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 517	8 908	9 622	10 281	10 469
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 484	8 699	9 635	9 647
Zinsausgaben	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
an andere Bereiche	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
Sonstige	37 371	37 469	38 721	40 171	38 099	36 751
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37326	37 425	38 677	40 127	38 054	36 708
an Ausland	3	3	3	3	3	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	160 352	168 424	177 289	205 272
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 003	12 930	14396	14503
Länder	8 3 8 1	8 538	8 698	8 341	8 754	8 682
Gemeinden	66	38	38	21	18	21
Sondervermögen	5 473	5 3 6 1	5 267	4568	5 624	5 799
Zweckverbände	2	1	1	0	1	C
an andere Bereiche	140 353	142 079	146 349	155 494	162 892	190 769
Unternehmen	13 474	14 275	15 399	22 440	22 951	25 316
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	32 747	32 256	29 123	29 120	29 699	31 274
an Sozialversicherung	90219	91 707	97712	99 123	105 130	128 365
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	869	1 099	1 249	1 529
an Ausland	3 140	3 024	3 240	3 708	3 858	4284
an Sonstige	5	5	5	4	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	243 868	255 350	264 721	291 310
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 903	7 199	8 504	8 113
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 478	5 777	6 830	6 5 3 2
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	909	918	1 030	1 035
Grunderwerb	506	536	516	504	643	546

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2009	2010
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
Ausgabeart			in Mic	o. €		
	12 977	13 302	16 947	16 660	15 619	15 754
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12916	16 580	14018	15 190	15 342
an Verwaltungen	5 587	5 755	8 2 3 4	5713	5 852	5 138
Länder	5 527	5 700	6 0 3 0	5 654	5 804	5 074
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	54	59	48	60
Sondervermögen	-	-	2 150	-	-	4
an andere Bereiche	7 030	7 161	8 3 4 5	8 3 0 5	9 338	10 204
Sonstige - Inland	4 933	4 999	6 099	5 8 3 6	6 462	6 945
Ausland	2 096	2 162	2 247	2 469	2 876	3 259
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	367	2 642	429	413
an andere Bereiche	360	387	367	2 642	429	413
Unternehmen - Inland	-0	-	-	2 2 6 7	-	-
Sonstige - Inland	160	172	162	149	148	157
Ausland	201	215	205	225	282	256
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	2 687	2 732	3 099	3 409	4 838
Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 100	2 3 9 5	2 490	4028
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1
Länder	53	32	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 100	2 3 9 5	2 490	4 027
Sozialversicherung	900	-	-	-	-	-
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	900	922	872	2 426
Ausland	882	1 058	1 199	1 473	1 618	1 601
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	632	704	919	810
Inland	0	0	28	26	13	13
Ausland	558	578	604	678	905	797
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	24 121	23 102	26 582	26 958	27 532	28 706
^a Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	26 215	24316	27 103	28 293
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	- 0	- 516
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 450	282 308	292 253	319 500

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender		Laufende
		zusammen	laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand	Zinsausgaben	Zuweisunger und Zuschüss
Funktion			Reciliaria		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	54 219	47 768	24 991	17 064	-	5 714
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 258	5 8 6 3	3 883	1 271	-	708
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 8 1 9	3 8 7 6	504	172	-	3 199
3	Verteidigung	31 188	30 891	15 927	13 970	-	993
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 636	3 280	2 069	1 011	-	200
5	Rechtsschutz	373	355	259	83	-	14
6	Finanzverwaltung	3 944	3 505	2 3 4 8	557	-	599
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	15 402	12 053	479	776	-	10 798
13	Hochschulen	2815	1 821	10	9	-	1 802
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 095	2 095	-	-	-	2 095
15	Sonstiges Bildungswesen	647	572	9	68	-	495
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9124	7 047	460	695	-	5 892
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	722	519	1	4	-	514
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	173 074	172 065	235	211	-	171 620
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	110517	110 517	54	-	-	110 463
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 690	6 690	-	-	-	6 690
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 774	2512	-	42	-	2 469
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	51 396	51 271	51	100	-	51 120
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 549	928	131	69	-	729
3	Gesundheit und Sport	1 414	890	275	281	-	334
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	391	356	144	158	-	54
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	391	356	144	158	-	54
32	Sport	138	116	-	7	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	447	259	83	62	-	114
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	438	159	47	54	-	57
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 034	588	-	16	-	571
41	Wohnungswesen	1 286	577	-	6	-	571
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	742	9		9		-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 366	905	28	160	-	716
52	Verbesserung der Agrarstruktur	652	242	-	1	-	241
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	465	465	-	70	-	395
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	465	465	-	70	-	395
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	248	198	28	89	-	81

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	ı			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 076	2 642	2 733	6 451	6 414
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	394	2	0	396	396
2	Auswärtige Angelegenheiten	77	2 469	2 3 9 8	4944	4943
3	Verteidigung	214	83	-	297	262
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	268	88	-	357	357
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	104	0	334	439	439
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	288	3 051	11	3 350	3 350
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	-	76	76
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	266	1 801	11	2 077	2 077
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	182	-	203	203
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	997	1	1 008	632
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	261	1	263	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	119	-	124	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
3	Gesundheit und Sport	309	215	-	524	524
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	23	12	-	35	35
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	23	12	-	35	35
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	278	2	-	280	280
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 444	3	1 447	1 447
41	Wohnungswesen	-	706	3	709	709
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung	-	733	-	733	733
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	453	1	461	461
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	410	1	410	410
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender	7inequesels	Laufende			
		zusammen	laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand	Zinsausgaben	Zuweisunger und Zuschüsse			
Funktion		in Mio. €								
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 734	2 808	58	681	-	2 069			
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	866	722	-	498	-	223			
621	Kernenergie	278	203	-	-	-	203			
622	Erneuerbare Energieformen	44	21	-	2	-	19			
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	544	497	-	496	-	1			
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 639	1 620	-	9	-	1 611			
64	Handel	130	130	-	69	-	62			
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	684	16	-	15	-	2			
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 415	320	58	90	-	171			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 351	4 212	1 043	2 065	-	1 104			
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87			
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 872	865	509	288	-	68			
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8			
75	Luftfahrt	201	199	46	20	-	133			
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 268	2 176	488	880	-	809			
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 374	12 012	-	17	-	11 995			
81	Wirtschaftsunternehmen	11 043	6 681	-	17	-	6 664			
832	Eisenbahnen	4328	82	-	5	-	77			
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6715	6 599	-	12	-	6 587			
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 330	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0			
873	Sondervermögen	5 3 3 0	5330	-	-	-	5 3 3 0			
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-			
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	37 532	38 009	594	313	36 751	351			
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	388	350	-	-	-	350			
92	Schulden	36 762	36 762	-	11	36 751	-			
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	381	897	594	302	-	1			
Summe a	ller Hauptfunktionen	319 500	291 310	27 704	21 583	36 751	205 272			

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2010

	Ausgabengruppe	Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaber
Funktio	on			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	77	773	2 076	2 926	2 926
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144
621	Kernenergie	75	-	-	75	75
622	Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	668	-	668	668
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	17	2 076	2 095	2 095
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 347	1 793	-	8 140	8 140
72	Straßen	5 2 7 8	1 428	-	6 707	6707
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	32	-	92	92
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 348	13	4 362	4 362
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4348	13	4362	4362
832	Eisenbahnen	-	4 2 4 6	-	4246	4 2 4 6
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	103	13	116	116
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe	e aller Hauptfunktionen	8 113	15 754	4 838	28 706	28 293

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001
				Ist-Er	gebnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	243,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	-0,5
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	220,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-22,9
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	11,0
Anteil an den Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,8
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	-3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	15,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	56,
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	27,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	-3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	11,2
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,
öffentl. Gesamthaushalts ³									
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	193,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	-2,
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	79,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	88,0
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	41,4
Steueraufkommen ³ Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-22,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	9,4
Anteil an den investiven Ausgaben						·			
des Bundes Anteil an der Nettokreditaufnahme	%	0,0	117,2	86,2	67,0	•	75,3	84,4	83,7
des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	•	51,2	62,0	57,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 223,
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	760,2

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2010

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
I Casantiihamiakt				Ist	t-Ergebnis	se				Soll
I. Gesamtübersicht		240.5	2565	251.0	250.0	201.0	270 1	202.2	202.5	246
Ausgaben	Mrd.€	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9
Einnahmen	Mrd.€	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	- 7,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 32,7	- 39,2	-39,8	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 80
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 31,9	- 38,6	- 39,5	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	-80
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,9	-0,6	- 0,3	-0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	- 0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.							•	-		
Gesamthaushalts ³	%	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15,1	14
Zinsausgaben	Mrd.€	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl.	%	56,0	56,2	55,9	58,3	57,9	58,6	59,8	59,4	56
Gesamthaushalts ³					·		·			
Investive Ausgaben	Mrd.€	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	4
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentl.	%	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	36,7	25,8	32
Gesamthaushalts ³ Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211
	WII U. E	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-4,8	-7
Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben	%	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66
S		•					-	-		
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	43,0	43,5	42,3	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	41
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,9	-38,6	- 39,5	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	-80
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	283
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentl.	%	61,0	59,3	60,1	58,6	59,7	99,3	59,0	42,3	100
Gesamthaushalts ³										
nachrichtlich: Schuldenstand ³		4.0==.5	4 255 5	1 400 5	4 400 5	4 = 4 = 1	4 === :	4 =====	1.000.5	
öffentliche Haushalte ²								1 579,5		
darunter: Bund	Mrd.€	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	

 $^{^{1}}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	639,4	648,3	675,0	726,9
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	599,0	647,4	667,7	637,8
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,7	-5,5	-87,3
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5
Länder ²							
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	285,7
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,8
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-25,8
Gemeinden ²							
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	160,0	167,3	177,2
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	168,1	174,9	170,0
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,1	7,6	-7,2
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,4	4,1	7,7
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,1	8,1	3,1	-4,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7
Länder							
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	3,8
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,5
Gemeinden							
Ausgaben	- 0,0	0,1	2,1	2,8	1,7	4,5	5,9
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,0	4,0	-2,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	- 0,0	-0,2	-3,6
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	- 0,0	-1,1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12,0
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,0
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,0	4,6	-4,0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,0	30,2
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,3	12,1
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0	11,9
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7,4
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,5	21,8

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

² Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

 $^{^{\}rm 3}$ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP. Stand: April 2010.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	inegesemt		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepubli	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	insgesamt		dav	von	
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3
2009²	524,1	254,5	269,6	48,6	51,4
2010 ²	511,5	238,0	273,6	46,5	53,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik ²
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in%	
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	32
1970	23,0	34,8	22,4	33
1975	22,8	38,1	23,1	37
1976	23,7	39,5	23,4	38
1977	24,6	40,4	24,5	39
1978	24,2	39,9	24,4	39
1979	23,9	39,6	24,3	3!
1980	23,8	39,6	24,3	3!
1981	22,8	39,1	23,7	3!
1982	22,5	39,1	23,3	3!
1983	22,5	38,7	23,2	39
1984	22,6	38,9	23,2	38
1985	22,8	39,1	23,4	39
1986	22,3	38,6	22,9	3
1987	22,5	39,0	22,9	3
1988	22,2	38,6	22,7	38
1989	22,7	38,8	23,4	39
1990	21,6	37,3	22,7	38
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	4
1996	22,4	41,4	21,8	3:
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	4
2000	24,2	42,5	22,7	4
2001	22,6	40,8	21,1	3
2002	22,3	40,5	20,6	3
2003	22,3	40,6	20,4	3
2004	21,8	39,7	20,0	30
2005	22,0	39,7	20,1	3
2006	22,8	40,0	21,0	3
2007	23,7	40,2	22,2	3
2008	23,7	40,1	22,5	3.
2009	23,4	40,5	21,8	3:
2010	22 1/2	39	20 1/2	36

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2010. 2010 Schätzung; Stand: Februar 2010.

 $^{^3\} Bis\ 2007\ Rechnungsergebnisse.\ 2008\ und\ 2009\ Kassenergebnisse.\ 2010\ Sch\"{a}tzung;\ Stand:\ April\ 2010.$

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates darunter							
	inconsent	darunt	er					
	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Soziaversicherungen ³					
Jahr		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11					
1965	37,1	25,4	11					
1970	38,5	26,1	12					
1975	48,8	31,2	17					
1976	48,3	30,5	17					
1977	47,9	30,1	17					
1978	47,0	29,4	17					
1979	46,5	29,3	17					
1980	46,9	29,6	17					
1981	47,5	29,7	17					
1982	47,5	29,4	18					
1983	46,5	28,8	17					
1984	45,8	28,2	17					
1985	45,2	27,8	17					
1986	44,5	27,4	17					
1987	45,0	27,6	17					
1988	44,6	27,0	17					
1989	43,1	26,4	16					
1990	43,6	27,3	16					
1991	46,3	28,2	18					
1992	47,2	28,0	19					
1993	48,2	28,3	19					
1994	47,9	27,8	20					
1995	48,1	27,6	20					
1996	49,3	27,9	21					
1997	48,4	27,1	21					
1998	48,0	27,0	21					
1999	48,1	26,9	21					
2000	47,6	26,5	21					
2000 ⁴	45,1	24,0	21					
2001	47,6	26,3	21					
2002	48,1	26,4	21					
2003	48,5	26,5	22					
2004	47,1	25,9	21					
2005	46,8	26,1	20					
2006	45,4	25,4	19					
2007	43,7	24,5	19					
2008	43,7	24,7	19					
2009	47,6	26,7	20					
2010	48	-						

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. ² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁶ bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

²⁰⁰⁹ vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2010.

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: Februar 2010.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden	(Mio. €)¹			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 692 19
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 809
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484922	526 29
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	
Kassenkredite	7 3 5 0	8714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	112 08
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	
Kassenkredite	10 670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	638 38
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1524000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 762 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631	
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200	
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Aı	nteil an den S	Schulden (in 🤊	6)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,3
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,7
			Ant	eil der Schuld	den am BIP (ii	n %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,3	70,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,5	43,8
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,5	
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,4	21,9
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,4	4,7
nachrichtlich:								
Länder und Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,8	26,5
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,2
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17331	18 066	18 761	18 880	19 233	20 671
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 3 2 5, 1	2 428,2	2 495,8	2 407,2
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassenkredite.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzu	ng der Volkswirtsch	aftlichen Gesam	trechungen²		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
Jahr		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	-0,7	0,0
2008	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-5,5	-0,2
2009	-79,3	-67,2	-12,1	-3,3	-2,8	-0,5	-87,3	-3,6
2010	-	-	-	-5 1/2	-5 1/2	0,5	-137 1/2	-5 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2010.

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: Februar 2010.

 $^{^3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: April 2010.

 $^{^4}$ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%d	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,4	-5,0	-4,6
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8
Griechenland	_	_	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-2,9	-3,7	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8
Spanien	_	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7
Irland	_	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,7	3,0	0,3	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1
Zypern	_	_	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-3,5	-5,7	-5,9
Luxemburg	_	_	4,3	2,4	6,0	0,0	1,3	3,7	2,5	-2,2	-4,2	-4,2
Malta	_	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-4,7	-6,1	-5,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,6	-1,6	-0,6	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7
Slowakei	_	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5
Slowenien	_	_	-	-8,4	-3,8	-1,4	-1,3	0,0	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,8	4,0	5,2	4,5	-2,8	-4,5	-4,3
Euroraum	_	_	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5
Bulgarien	_	_	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-0,8	-1,2	-0,4
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	5,2	5,2	4,5	3,4	-2,0	-4,8	-3,4
Estland	_	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,3	2,6	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0
Lettland	_	_	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2
Litauen	-	_	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6
Rumänien	_	_	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9
Schweden	_	_	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,1	-3,3	-2,7
Tschechien	_	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7
Ungarn	_	_	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,7	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1
EU	_	-	_	-5,1	-0,6	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in%c	les BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,1	76,7	79,7
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,6	92,1	88,1	84,2	89,8	97,2	101,2	104,0
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	101,8	100,0	97,1	95,6	99,2	112,6	124,9	135,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	43,0	39,6	36,1	39,7	54,3	66,3	74,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,4	76,1	82,5	87,6
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	27,6	25,0	25,1	44,1	65,8	82,9	96,2
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	105,8	114,6	116,7	117,8
Zypern	_	-	-	-	58,8	69,1	64,6	58,3	48,4	53,2	58,6	63,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,1	6,6	6,6	13,5	15,0	16,4	17,7
Malta	_	-	-	-	55,9	70,2	63,6	62,0	63,8	68,5	70,9	72,5
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	59,8	65,6	69,7
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	63,9	62,2	59,5	62,6	69,1	73,9	77,0
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,4	63,6	64,7	63,6	66,3	77,4	84,6	91,1
Slowakei	_	-	-	22,2	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	34,6	39,2	42,7
Slowenien	_	-	-	-	26,8	27,0	26,7	23,3	22,5	35,1	42,8	48,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	41,8	39,3	35,2	34,1	41,3	47,4	52,7
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,4	69,4	70,1	68,3	66,0	69,3	78,2	84,0	88,2
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	15,1	16,2	15,7
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	37,1	31,3	26,8	33,5	33,7	35,3	35,2
Estland	_	-	_	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,4	10,9	13,2
Lettland	_	_	_	_	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	33,2	48,6	60,4
Litauen	_	-	_	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,9	40,7	49,3
Polen	_	_	_	_	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,7	57,0	61,3
Rumänien	_	_	_	_	24,6	15,8	12,4	12,6	13,6	21,8	27,4	31,3
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,0	45,9	40,5	38,0	42,1	43,6	44,1
Tschechien	_	_	-	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	36,5	40,6	44,0
Ungarn	-	-	-	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	79,1	79,8	79,1
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,2	44,2	52,0	68,6	80,3	88,2
EU	_	_	_	69,6	63,1	62,7	61,3	58,7	61,5	73,0	79,3	83,7
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,7	173,1	189,8	197,6	206,0
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	65,2	75,5	87,8

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land				Steuern in	% des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $^{^2 \, \}text{Nicht vergleichbar} \, \text{mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.} \,$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008				
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4				
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3				
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3				
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8				
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1				
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3				
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3				
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2				
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2				
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3				
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1				
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9				
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.				
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5				
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1				
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4				
Slowakei	-	-		-	34,1	29,4	29,4	29,3				
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0				
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6				
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1				
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7				
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Estland	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Litauen	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Rumänien	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Slowakei	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Tschechien	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Ungarn	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

 $\label{thm:prop:prop:prop:prop:statistischer} Quelle: EU-Kommission\ {\tt `Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft"}.$

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	alt 2008 ¹			EU-Haus	halt 2009 ²	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio.€	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differenz i	n%	Differenz in Mio. €			
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
Rubrik	10	11	12	13		
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8		
davon Globalisier ungsan passungs fonds	0,0	-	0,0	0,0		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	-12,9	-111,0	- 192,5		
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0		
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0		
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0		
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5		
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8		

² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2010

						in Mio. €				
			Januar 2009		De	zember 2009	9		Januar 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	17 472	21 947	37 798	257 742	259 322	499 556	16 498	19 077	34 144
11	Einnahmen der laufenden Rechung	16982		-	252 725	246 054	498 779	15 873	17 760	33 633
111	Steuereinnahmen	15 620	17 633	33 253	227 835	188 721	416 556	14 442	15 260	29 702
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	174	-	-	10310	45 880	56 190	177	1 946	2 123
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	5 472	5 472	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	490	-	-	5017	13 268	18 285	625	1 317	1942
121	Veräußerungserlöse	232	-	-	3 101	420	3 521	100	13	113
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	216		-	2 211	74	2 284	50	2	52
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	- 159	-	-	34 520	8 864	43 384	9 126	1 081	10 20
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	39 796	29 852	68 027	292 253	284 792	559 538	40 352	26 311	65 23
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	37119	-	-	264721	245 078	509 800	37 951	24945	62 89
211	Personalausgaben	3 130	10 651	13 781	27 939	98 912	128 851	3 098	11 161	14 25
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	917	-	-	7 554	27 583	35 137	939	3 204	414
212	Laufender Sachaufwand	1 726	-	-	19913	24 601	44 515	1 691	1 989	3 68
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	517	-	-	9 147	16 359	25 505	479	1 247	1 72
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	12 227	-	-	38 099	19962	58 061	12418	3 655	16 07:
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	904		-	14396	56 459	70 855	729	3 787	451
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 29	- 29	-	- 201	- 201	-	- 141	- 14
2142	Zuweisungen an Gemeinden	0	-	-	18	52 755	52 773	0	3 724	3 72
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 677	-	-	27 532	39714	67 246	2 401	1 367	3 76
221	Sachinvestitionen	299	-	-	8 504	7 047	15 551	279	234	51:

 $Abweichungen \ in \ den \ Summen \ durch \ Runden \ der \ Zahlen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2010

					in Mio. €					
			Januar 2009		Dez	ember 2009	9		Januar 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	972	-	-	8 342	11 591	19934	790	471	1 26
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 609	-	-	27 103	39 275	66 377	2 339	1 363	3 70
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-22 323 ²	-7 905	-30 229	-34 461 ²	-25 470	-59 931	-23 844 ²	-7 234	-31 078
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	18 750	10 777	29 527	264 021	86 218	350 239	30 379	8 245	38 62
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	18 917	8 017	26934	229 873	71 344	301 217	21 260	11 466	32 72
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme) Zum Ende des Monats	- 167	2 760	2 593	34 148	14874	49 022	9118	-3 221	5 89
	bestehende Schwebende Schulden und									
51	Kassenbestände Kassenkredit von Kreditinstituten	12 806	2 624	15 431	-7 985	2 414	-5 571	332	1 768	2 10
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	12 684	12 684	-	14371	14371	-	8 991	8 99
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-12 806	-3 572	-16378	7 985	- 845	7 140	- 331	-2 136	-2 46

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haus haltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2010

						in Mio. €				
		F	ebruar 2009		J	lanuar 2010		ı	ebruar 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	36 464	39 353	73 147	16 498	19 077	34 144	31 940	39 740	69 20
11	Einnahmen der laufenden Rechung	35 890	-	-	15 872	17 760	33 633	31 047	37 501	68 54
111	Steuereinnahmen	32 912	32 470	65 383	14 442	15 260	29 702	28 383	29 627	58 01
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 199	-	-	177	1 946	2 123	394	6 079	6 473
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	575	-	-	625	1 317	1 942	893	2 240	3 13:
121	Veräußerungserlöse	253	-	-	100	13	113	174	38	21
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	226	-	-	50	2	52	82	4	80
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 523		-	9 126	1 081	10 207	27 978	1 591	29 568
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	57 615	49 341	104 287	40 352	26 311	65 232	60 455	46 706	104 68
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	53 871	-	-	37 951	24945	62 895	56 783	43 953	100 73
211	Personalausgaben	5 193	18 486	23 679	3 098	11 161	14259	5 446	19 289	2473
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 542	-	-	939	3 204	4142	1 577	5 512	7 08
212	Laufender Sachaufwand	2 848	-	-	1 691	1 989	3 680	2 920	3 748	6 66
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 064	-	-	479	1 247	1 727	1 096	2 437	3 53
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	12 180	-	-	12 418	3 655	16 073	11 911	5 134	17 04
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 117	-	-	729	3 787	4516	1 954	7 353	930
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-31	-31	-	- 141	- 141	-	-32	- 3
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3	-	-	0	3 724	3 725	2	6 938	694
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 744	-	-	2 401	1 367	3 768	3 672	2 753	6 42
221	Sachinvestitionen	528	-	-	278	234	513	518	520	1 03

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2010

						in Mio.€				
		F	ebruar 2009		J	anuar 2010		F	ebruar 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 299	-	-	790	471	1 261	1 147	953	2 100
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 665	-	-	2 339	1 363	3 701	3 584	2 744	632
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-21 152 ²	-9 989	-31 140	-23 844 ²	-7 234	-31 078	-28 499 ²	-6 966	-35 46
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	32 088	15919	48 006	30379	8 245	38 624	60 005	11 223	71 228
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	30 574	14521	45 095	21 260	11 466	32 726	32 043	16 462	48 50
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme) Zum Ende des Monats	1 513	1 398	2911	9118	-3 221	5 898	27 962	-5 239	22 72:
	bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	12 175	5 022	17 197	332	1 768	2 100	-9 935	4 011	-5 92
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	13 716	13 716	-	8 991	8 991	-	11 256	11 25
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-12 175	-1 821	-13 996	-331	-2 136	-2 467	9936	614	10 55

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haus haltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
l	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 715	2 996	208	1 699	488	1 385	3 616	857	22
11	Einnahmen der laufenden Rechung	2 584	2 865	180	1 673	420	1 350	3 431	777	22
111	Steuereinnahmen	2 258	2 471	108	1510	283	1 194	3 056	570	20
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	157	148	47	99	80	57	222	114	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	41	6	-	24	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	132	131	27	26	68	35	186	80	
121	Veräußerungserlöse	0	0	0	0	0	0	3	0	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	0	-	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	102	121	21	26	28	30	159	31	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	3 464	3 828 a	811	1 992	688	2 021	5 234	1 433	32
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	3 360	3 688	730	1 875	636	1 963	4921	1 332	30
211	Personalausgaben	1988	2 276	286	632	131	776	1 631	731	19
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	618	676	22	206	8	248 ²	562	218	7
212	Laufender Sachaufwand	152	215	30	198	34	96	281	79	1
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	115	180	23	188	30	90	214	70	1
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	519	345 ^a	78	446	27	211	589	126	7
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	220	545	205	386	173	601	973	198	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	152	290	-	179	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	68	252	153	206	150	601	971	197	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	104	141	82	117	52	58	313	101	1
221	Sachinvestitionen	47	64	3	23	5	11	4	2	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	26	13	40	74	11	12	188	20	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	104	141	82	117	52	58	313	101	1
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 749	- 832 b	- 604	- 293	- 200	- 636	-1 618	- 576	- 10

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	2 149	1 590 °	4356	-	-	459	2 100	1 311	26
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 496	2 167	4357	611	100	1 002	1816	985	19
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	653	- 577	4 3 5 8	-611	- 100	- 543	284	325	7
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende									
	Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	4 351	417	-	109	186	622	18
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	820	1 562	4 352	682	510	1 894	275	2	- 7.
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 40	-	4 353	- 221	303	345	- 384	- 621	- 10

 $^{^1 \, \}text{In der L\"{a}nder summe ohne Zuweisungen von L\"{a}nder n \, \text{im L\"{a}nder finanzausgleich.}}$

² Ohne Februar-Bezüge.

 $^{^3}$ Bezogen auf HB als Land

 $^{^4}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB a) 72,6 Mio €, c) 570,0 Mio. €, b) der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -759,8 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2010

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen ³	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen für das laufende Haushaltsjahr	1 438	535	535	656	1 465	180	843	19 077
11	Einnahmen der laufenden Rechung	1 034	508	499	620	1 388	154	817	17 760
111	Steuereinnahmen	792	266	434	500	803	104	708	15 260
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	157	226	41	93	436	27	36	1 946
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	80	168	-	45	373	19	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	404	27	36	35	77	27	26	1 317
121	Veräußerungserlöse	-	-	0	1	6	-	1	13
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	0	-	1		0	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	400	27	15	32	65	10	16	1 081
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	1 102	694	963	1 181	2 003	420	912	26 311
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	1 011	659	920	1 104	1 937	388	873	24 945
211	Personalausgaben	377	191	473	293	838	126	221	11 161
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	20	12	164	16	229	39	95	3 204
212	Laufender Sachaufwand	54	106	28	56	356	66	225	1 989
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	42	30	23	35	149	17	27	1 247
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	50	87	113	101	248	2	637	3 655
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	352	138	217	505	19	5	8	3 787
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	- 141
2142	Zuweisungen an Gemeinden	392	76	184	473	0	1	1	3 724
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	91	35	43	77	66	32	39	1 367
221	Sachinvestitionen	10	7	7	15	12	2	20	234
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	38	7	24	8	2	7	-	471
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	91	35	42	77	64	32	39	1 363
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	336	- 159	- 428	- 525	- 538	- 240	- 70	-7 234

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2010

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-3 102	514	437	449	1 855	- 250	419	8 245	
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	125	43	310	363	2 040	54	-	11 466	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 227	472	127	86	- 185	- 303	419	-3 221	
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende									
	Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	- 551	-	83	202	180	75	1 768	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 668	-2	-	101	311	288	- 46	8 991	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 75	- 523	-303	209	- 193	-181	349	-2 136	

 $^{^1 \, \}text{In} \, \text{der} \, \text{L\"{a}} \text{ndersumme ohne Zuweisungen von L\"{a}} \text{ndern im L\"{a}} \text{nderfinanzausgleich.}$

² Ohne Februar-Bezüge.

 $^{^{\}rm 3}$ Bezogen auf HB als Land.

⁴ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB a) 72,6 Mio €, c) 570,0 Mio. €, b) der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -759,8 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2010

		in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen für das laufende Haushaltsjahr	4 971	6 286	1 290	2 539	1 038	3 499	7 135	1 928	429	
11	Einnahmen der laufenden Rechung	4711	6 087	1 225	2 461	932	3 413	6 809	1 843	426	
111	Steuereinnahmen	3 779	4818	975	1 961	603	2 733	5 427	1 293	339	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	618	700	170	361	199	356	919	397	50	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	81	- 58	-	59	12	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	260	200	65	78	106	85	325	85	3	
121	Veräußerungserlöse	4	-	3	0	0	1	7	0		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	0	0	-		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	224	168	33	78	39	73	257	37	2	
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 728	6 811	1 627	3 525	1 152	3 805	8 531	2 726	586	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	5 460	6 494	1 479	3 308	1 073	3 639	8 031	2 527	545	
211	Personalausgaben	3 143	3 655	463	1 253	261	1 537 ²	3 247 ²	1 146	299	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	972	1 094	30	407	15	487	1 105	339	114	
212	Laufender Sachaufwand	271	443	71	311	62	211	519	154	35	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	224	373	56	278	56	189	404	135	3	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	716	412 b	78	489	75	455	1 095	274	131	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	489	1 206	535	794	340	847	1 380	638	2	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	316	580	-	347	-	-	-	-		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	170	619	443	444	292	847	1372	636	2	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	268	317	148	217	79	166	500	199	4	
221	Sachinvestitionen	83	131	5	63	10	35	9	7	3	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	136	44	78	105	21	49	229	71	6	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	268	317	148	217	79	166	495	199	39	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 758	- 525	- 336	- 986	- 114	- 307	-1 396	- 798	- 157	

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2010

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	2 215	1 750 ^d	4356	-	-	758	2 670	1 364	339
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 582	2 3 6 8	4357	811	100	1 325	3 491	1 290	215
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	632	- 618	4358	-811	- 100	- 567	- 821	74	124
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und									
51	Kassenbestände Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	4351	11	-	-	347	839	146
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	820	2 149	4352	682	509	2 141	305	3	224
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 130	-	4 3 5 3	-1 116	398	823	743	-838	191

 $^{^1 \}operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}nder} \operatorname{summe} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$

² Ohne März-Rezüge

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 6,1 Mio. €, b) 86,6 Mio. €, d) 730,0 Mio. €, c) Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -444,2 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2010

					in M	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 767	1 209	1 361	1 372	3 325	491	1 377	39 740
11	Einnahmen der laufenden Rechung	2 195	1 169	1 307	1 178	3 2 1 6	460	1 342	37 50
111	Steuereinnahmen	1 541	860	1 063	855	1 944	342	1 094	29 62
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	413	276	160	253	1 008	79	120	6 079
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	159	93	-	90	792	47	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	573	40	54	193	109	31	34	2 24
121	Veräußerungserlöse	0	0	0	1	20	-	1	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	-	3	-	1	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	442	37	33	50	77	13	29	1 59
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	2 364	1 547	1 655	1 819	3 673	726	1 709	46 70
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	2 158	1 430	1 561	1 700	3 532	679	1 615	43 95
211	Personalausgaben	663	380	736	481	1 351	234	440	19 28
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	33	24	253	27	353	74	186	5 5 1
212	Laufender Sachaufwand	134	181	66	104	672	119	396	3 74
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	114	55	58	70	277	42	77	2 43
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	109	153	211	193	473	59	212	5 13
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	851	442	370	668	40	9	16	7 35
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-3
2142	Zuweisungen an Gemeinden	732	438	337	603	0	1	2	6 93
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	206	117	94	119	141	47	94	2 75
221	Sachinvestitionen	35	13	20	30	22	4	49	52
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	80	62	40	21	4	9	0	95
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	206	117	93	119	138	47	94	2 74
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	403	- 338	- 294	- 447	- 348	- 235	- 332	-6 96

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 4: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2010

					in N	⁄lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-3 083	1 237	292	470	2 281	1	685	11 223
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	325	43	643	502	2 645	467	-	16 462
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 408	1 195	- 352	-32	- 365	- 466	685	-5 239
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende								
	Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 368	-	-	201	453	13	4011
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 885	-1 233	-	101	316	245	2 112	11 256
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 79	1 438	- 568	223	- 191	- 452	1 017	614

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 $^{^{1}}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne März-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 6,1 Mio. €, b) 86,6 Mio. €, d) 730,0 Mio. €, c) Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt -444,2 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2009	40,3	0,0	53,1	3,3	7,6	-5,0	-4,9	-2,2	17,9
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,9	0,5	-0,2	0,5	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\, {\}rm Anteil}\, {\rm der}\, {\rm Bruttoan lage investitionen}\, {\rm am}\, {\rm Bruttoin landsprodukt}\, ({\rm nominal}).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	ı .		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2009	-3,5	1,5	3,7	0,3	0,0	0,4	5,6
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,7	1,2	0,1	1,3	1,3	1,7	1,1

¹Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2009	-16,7	-14,8	109,9	119,7	40,8	36,2	4,6	5,0
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,9	3,4	133,6	142,6	43,3	37,7	5,7	6,0

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Ve	eränderung in % p.	a.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991			•	71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2009	-3,8	-10,6	-0,1	67,4	68,9	-0,4	-0,9
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,7	2,0	1,5	66,0	67,5	0,9	-0,9

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche	Veränderu	ngen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 2,9	0,6	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 1,1	- 0,3	0,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,7	- 0,8	1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,2	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,5	- 1,4	2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,7	0,7	1,4
Zypern	_	_	9,9	5,0	3,9	4,1	4,4	3,7	- 0,7	0,1	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,6	1,1	1,8
Malta	-	-	6,2	6,4	4,1	3,8	3,7	2,1	- 2,2	0,7	1,6
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,5	0,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,7	1,1	1,5
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,9	0,3	1,0
Slowakei	_	_	5,8	1,4	6,5	8,5	10,4	6,4	- 5,8	1,9	2,6
Slowenien	_	_	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	-7,4	1,3	2,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	2,8	4,9	4,2	1,0	- 6,9	0,9	1,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,0	0,7	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,9	- 1,1	3,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,4	3,3	1,6	- 1,2	- 4,5	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	9,6	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 13,7	- 0,1	4,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	- 4,0	2,0
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 18,1	- 3,9	2,5
Polen	-	-	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,2	1,8	3,2
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	6,2	- 8,0	0,5	2,6
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,6	-0,2	- 4,6	1,4	2,1
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,8	0,8	2,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,5	- 0,5	3,1
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,6	- 4,6	0,9	1,9
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,2	2,9	0,8	- 4,1	0,7	1,6
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,3	-0,7	- 5,9	1,1	0,4
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,5	2,2	2,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	e Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,8	1,0
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,3	1,5
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2	1,4	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	- 0,4	0,8	2,0
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,1	1,4
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,5	- 0,6	1,0
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,8	3,1	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	1,8	1,7
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3	1,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 1,0	1,3	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	1,1	1,9	2,5
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,7	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,1	1,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,4	2,3	2,9
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	1,5	1,8
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	0,5	2,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,5	-3,7	- 1,2
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	3,9	-0,7	1,0
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	3,9	1,9	2,0
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	3,5	3,4
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,7
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,5	1,8
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,3	4,0	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0	1,4	1,6
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,3	1,6
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	- 1,2	-0,4	0,3
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,5	0,8	0,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land					in % der zivil	en Erwerbs	bevölkerun	9			
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,7	9,2	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	8,2	9,9	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,0	10,2	11,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	17,9	20,0	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,4	4,5	4,6	6,0	11,7	14,0	13,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,8	7,8	8,7	8,7
Zypern	_	_	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,6	6,6	6,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	6,2	7,3	7,7
Malta	_	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,4	7,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	5,4	6,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	5,5	6,0	5,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,0	9,0	8,9
Slowakei	_	_	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,3	12,8	12,6
Slowenien	_	_	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	6,7	8,3	8,5
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,5	10,2	9,9
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	8,3	7,5	7,5	9,5	10,7	10,9
Bulgarien	-	_	12,7	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	7,0	8,0	7,2
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	4,5	5,8	5,6
Estland	-	_	9,7	12,8	7,9	5,9	4,7	5,5	13,6	15,2	14,2
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	16,9	19,9	18,7
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	14,5	17,6	18,2
Polen	-	_	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,4	9,9	10,0
Rumänien	_	_	6,1	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	9,0	8,7	8,5
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,4	7,0	6,1	6,2	8,5	10,2	10,1
Tschechien	_	_	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,9	7,9	7,4
Ungarn	_	_	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,5	11,3	10,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,8	8,7	8,0
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,9	8,2	7,1	7,0	9,1	10,3	10,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,8	6,3	7,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,2	10,1	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	inlandspro	dukt		Verbraud	herpreise		Leistungsbilanz			
			Verände	erung geg	enüber Vo	rjahr in %					iominalen ndprodukt	S
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	8,6	5,5	-6,7	2,1	9,7	15,6	11,8	9,4	4,2	4,9	2,9	4,4
darunter												
Russische Föderation	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,3	9,9	5,9	6,1	3,6	4,5
Ukraine	7,9	2,1	-14,0	2,7	12,8	25,2	16,3	10,3	-3,7	-7,2	0,4	0,2
Asien	10,6	7,6	6,2	7,3	5,4	7,5	3,0	3,4	7,0	5,9	5,0	5,2
darunter												
China	13,0	9,0	8,5	9,0	4,8	5,9	-0,1	0,6	11,0	9,8	7,8	8,6
Indien	9,4	7,3	5,4	6,4	6,4	8,3	8,7	8,4	-1,0	-2,2	-2,2	-2,5
Indonesien	6,3	6,1	4,0	4,8	6,0	9,8	5,0	6,2	2,4	0,1	0,9	0,5
Korea	5,1	2,2	-1,0	3,6	2,5	4,7	2,6	2,5	0,6	-0,7	3,4	2,2
Thailand	4,9	2,6	-3,5	3,7	2,2	5,5	-1,2	2,1	5,7	-0,1	4,9	2,7
Lateinamerika	5,7	4,2	-2,5	2,9	5,4	7,9	6,1	5,2	0,4	-0,7	-0,8	-0,9
darunter												
Argentinien	8,7	6,8	-2,5	1,0	8,8	8,6	5,6	5,0	1,6	1,4	4,4	4,9
Brasilien	5,7	5,1	-0,7	3,5	3,6	5,7	4,8	4,1	0,1	-1,8	-1,3	-1,9
Chile	4,7	3,2	-1,7	4,0	4,4	8,7	2,0	2,3	4,4	-2,0	0,7	-0,4
Mexiko	3,3	1,3	-7,3	3,3	4,0	5,1	5,4	3,5	-0,8	-1,4	-1,2	-1,3
Sonstige												
Türkei	4,7	0,9	-6,5	3,7	8,8	10,4	6,2	6,8	-5,8	-5,7	-1,9	-3,7
Südafrika	5,1	3,1	-2,2	1,7	7,1	11,5	7,2	6,2	-7,3	-7,4	-5,0	-6,5

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2009 in veröffentlichter Form.

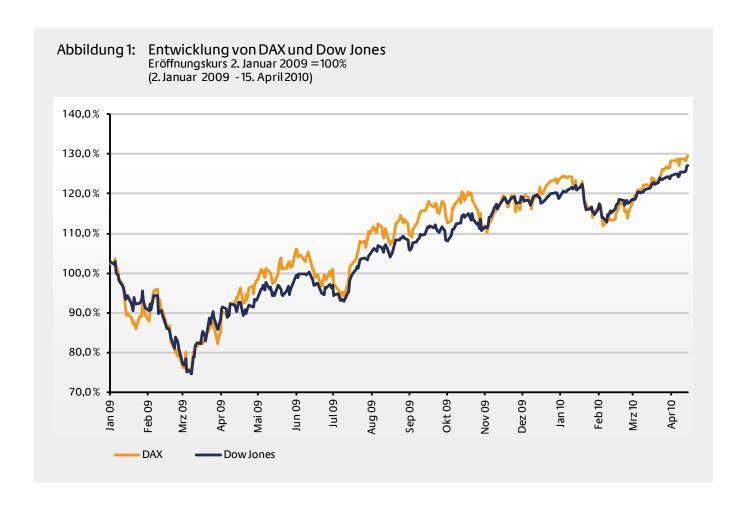


Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
AKCEMINGIZES	13.04.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
P. L.				6547	10 907
Dow Jones	11 019	10 428	5,67		
Eurostoxx 50	2 988	2 966	0,74	1810	3 018
Dax	6 2 3 1	5 957	4,59	3 666	6 157
CAC 40	4032	3 936	2,43	2 519	4 0 4 5
Nikkei	11 161	10 546	5,83	7 055	11 097
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.04.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,86	3,88	-	2,22	4,00
Deutschland	3,17	3,40	-0,69	2,91	3,70
Japan	1,39	1,30	-2,47	1,21	1,57
Vereinigtes Königreich	4,09	4,08	0,23	2,99	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.04.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,36	1,44	-5,71	1,26	1,51
Yen/Dollar	93,33	92,40	1,01	86,36	101,11
Yen/Euro	126,34	133,16	-5,12	113,65	138,09
Pfund/Euro	0,88	0,89	-0,78	0,84	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,7	2,8	0,2	0,7	1,0	7,3	7,7	9,2	9,3
OECD	1,0	-4,9	1,4	1,9	2,8	0,2	1,0	0,8	7,2	7,6	9,2	9,7
IWF	1,2	-4,8	1,5	1,9	2,8	0,1	0,2		7,4	8,0	10,7	-
USA												
EU-KOM	0,4	-2,5	2,2	2,0	3,8	-0,5	0,8	0,1	5,8	9,2	10,1	10,2
OECD	0,4	-2,5	2,5	2,8	3,8	-0,4	1,7	1,3	5,8	9,2	9,9	9,1
IWF	0,4	-2,5	2,7	2,4	3,8	-0,4	1,7		5,8	9,3	10,1	
Japan												
EU-KOM	-0,7	-5,9	1,1	0,4	1,4	-1,2	-0,4	0,3	4,0	5,8	6,3	7,0
OECD	-0,7	-5,3	1,8	2,0	1,4	-1,2	-0,9	-0,5	4,0	5,2	5,6	5,4
IWF	-1,2	-5,3	1,7	2,2	1,4	-1,1	-0,8		4,0	5,4	6,1	-
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,2	1,5	3,2	0,1	1,2	1,4	7,8	9,5	10,2	10,0
OECD	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,1	1,0	0,6	7,4	9,1	9,9	10,1
IWF	0,3	-2,3	1,4	1,7	3,2	0,3	1,1		7,9	9,5	10,3	-
Italien												
EU-KOM	-1,0	-4,7	0,7	1,4	3,5	0,8	1,7	2,0	6,8	7,8	8,7	8,7
OECD	-1,0	-4,8	1,1	1,5	3,5	0,7	0,9	0,8	6,8	7,6	8,5	8,7
IWF	-1,0	-4,8	1,0	1,3	3,5	0,7	0,9		6,8	9,1	10,5	-
Vereingtes Königreich												
EU-KOM	0,6	-4,6	0,6	1,9	3,6	2,2	2,4	1,6	5,6	7,8	8,7	8,0
OECD	0,6	-4,7	1,2	2,2	3,6	2,1	1,7	0,5	5,7	8,0	9,3	9,5
IWF	0,5	-4,8	1,3	2,7	3,6	1,9	1,5		5,5	7,6	9,3	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,4	-2,7	2,0	3,0	2,4	0,4	1,3	1,0	6,1	8,3	8,7	8,1
IWF	0,4	-2,6	2,6	3,6	2,4	0,1	1,3		6,2	8,3	8,6	
Euroraum												
EU-KOM	0,6	-4,0	0,7	1,5	3,3	0,3	1,1	1,5	7,5	9,5	10,7	10,9
OECD	0,5	-4,0	0,9	1,7	3,3	0,2	0,9	0,7	7,5	9,4	10,6	10,8
IWF	0,6	-3,9	1,0	1,6	3,3	0,3	0,8		7,6	9,9	11,7	
EZB	0,5	-4,0	0,8	1,2	3,3	0,3	1,3	1,4	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	0,8	-4,1	0,7	1,6	3,7	1,0	1,4	1,6	7,0	9,1	10,3	10,2
IWF	1,0	-4,2	0,5		3,7	0,9	1,1		-	-	-	

Ouellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

Interimsprognose, Februar 2010. Nur für BIP und Verbraucherpreise 2009 & 2010 zu DE, FR, IT, UK, Euroraum & EU-27.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

 $Weltwirts chafts ausblick \ Update, \ Januar \ 2010, \ (nur \ f\"ur \ G8-Staaten \ sowie \ Euroraum \ und \ nur \ zum \ BIP-Wachstum).$

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Sept. 2009 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	itslosenquote		
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Belgien													
EU-KOM	1,0	-2,9	0,6	1,5	4,5	0,0	1,3	1,5	7,0	8,2	9,9	10,3	
OECD	0,8	-3,1	0,8	1,7	4,5	-0,1	1,0	0,9	7,0	7,9	8,9	9,2	
IWF	1,0	-3,2	0,0	-	4,5	0,2	1,0	-	7,0	8,7	9,9	-	
Finnland													
EU-KOM	1,0	-6,9	0,9	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5	6,4	8,5	10,2	9,9	
OECD	0,8	-6,9	0,4	2,4	3,9	1,7	1,5	1,4	6,4	8,3	9,7	9,7	
IWF	1,0	-6,4	0,9	-	3,9	1,0	1,1	-	6,4	8,7	9,8	-	
Griechenland													
EU-KOM	2,0	-1,1	-0,3	0,7	4,2	1,2	1,4	2,1	7,7	9,0	10,2	11,0	
OECD	2,0	-1,1	-0,7	1,6	4,2	1,2	2,0	1,6	7,7	9,3	10,4	10,4	
IWF	2,9	-0,8	-0,1		4,2	1,1	1,7	-	7,6	9,5	10,5	-	
Irland													
EU-KOM	-3,0	-7,5	-1,4	2,6	3,1	-1,5	-0,6	1,0	6,0	11,7	14,0	13,2	
OECD	-3,0	-7,5	-2,3	1,0	3,1	-1,7	-0,7	0,4	6,0	11,9	14,0	13,8	
IWF	-3,0	-7,5	-2,5	-	3,1	-1,6	-0,3	-	6,1	12,0	15,5	-	
Luxemburg													
EU-KOM	0,0	-3,6	1,1	1,8	4,1	0,0	1,8	1,7	4,9	6,2	7,3	7,7	
OECD	0,0	-3,9	2,4	3,4	4,1	-0,1	1,6	1,0	4,4	5,9	7,1	7,5	
IWF	0,7	-4,8	-0,2	-	3,4	0,2	1,8	-	4,4	6,8	6,0	-	
Malta													
EU-KOM	2,1	-2,2	0,7	1,6	4,7	2,0	2,0	2,2	5,9	7,1	7,4	7,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	2,1	-2,1	0,5	-	4,7	2,1	1,9	-	5,8	7,3	7,6	-	
Niederlande													
EU-KOM	2,0	-4,5	0,9	1,6	2,2	1,0	0,8	1,2	2,8	3,4	5,4	6,0	
OECD	2,0	-4,3	0,7	2,0	2,2	0,9	0,3	0,7	2,9	3,7	5,2	5,5	
IWF	2,0	-4,2	0,7	-	2,2	0,9	1,0	-	2,8	3,8	6,6	-	
Österreich													
EU-KOM	2,0	-3,7	1,1	1,5	3,2	0,5	1,3	1,6	3,8	5,5	6,0	5,7	
OECD	1,9	-3,8	0,9	2,2	3,2	0,3	0,6	1,0	4,9	5,8	7,1	7,3	
IWF	2,0	-3,8	0,3	-	3,2	0,5	1,0	-	3,9	5,3	6,4	-	
Portugal													
EU-KOM	0,0	-2,9	0,3	1,0	2,7	-1,0	1,3	1,4	7,7	9,0	9,0	8,9	
OECD	0,0	-2,8	0,8	1,5	2,7	-0,9	0,7	1,0	7,6	9,2	10,1	9,9	
IWF	0,0	-3,0	0,4	-	2,7	-0,6	1,0	-	7,6	9,5	11,0		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Slowakei													
EU-KOM	0,9	-3,6	-0,6	1,0	4,1	-0,3	1,1	2,0	9,5	12,3	12,8	12,6	
OECD	6,4	-5,8	2,0	4,2	3,9	1,0	1,7	2,4	9,6	11,6	12,7	12,5	
IWF	6,4	-4,7	3,7	-	4,6	1,5	2,3	-	9,6	10,8	10,3	-	
Slowenien													
EU-KOM	3,5	-7,4	1,3	2,0	5,5	0,9	1,7	2,0	4,4	6,7	8,3	8,5	
OECD		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,5	-4,7	0,6	-	5,7	0,5	1,5	-	4,4	6,2	6,1	-	
Spanien													
EU-KOM	0,9	-3,7	-0,8	1,0	4,1	-0,4	0,8	2,0	11,3	17,9	20,0	20,5	
OECD	0,9	-3,6	-0,3	0,9	4,1	-0,4	0,8	-0,1	11,3	18,1	19,3	19,0	
IWF	0,9	-3,8	-0,7	-	4,1	-0,3	0,9	-	11,3	18,2	20,2	-	
Zypern													
EU-KOM	3,7	-0,7	0,1	1,3	4,4	0,8	3,1	2,5	3,6	5,6	6,6	6,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,6	-0,5	0,8	_	4,4	0,4	1,2	-	3,7	5,6	5,9	-	

Quellen:IWF:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

Interimsprognose, Februar 2010. Nur für BIP und Verbraucherpreise 2009 & 2010 zu Spanien und den Niederlanden.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Bulgarien													
EU-KOM	6,0	-5,9	-1,1	3,1	12,0	2,4	2,3	2,9	5,6	7,0	8,0	7,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	6,0	-6,5	-2,5	-	12,0	2,7	1,6	-	-	-	-	-	
Dänemark													
EU-KOM	-1,2	-4,5	1,5	1,8	3,6	1,1	1,5	1,8	3,3	4,5	5,8	5,6	
OECD	-1,2	-4,5	1,3	1,8	3,4	1,3	1,4	1,6	3,3	5,9	6,9	6,2	
IWF	-1,2	-2,4	0,9	-	3,4	1,7	2,0	-	1,7	3,5	4,2	-	
Estland													
EU-KOM	-3,6	-13,7	-0,1	4,2	10,6	0,2	0,5	2,1	5,5	13,6	15,2	14,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,6	-14,0	-2,6	-	10,4	0,0	-0,2	-	-	-	-	-	
Lettland													
EU-KOM	-4,6	-18,0	-4,0	2,0	15,3	3,5	-3,7	-1,2	7,5	16,9	19,9	18,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	-	15,3	3,1	-3,5	-	-	-	-	-	
Litauen													
EU-KOM	2,8	-18,1	-3,9	2,5	11,1	3,9	-0,7	1,0	5,8	14,5	17,6	18,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,0	-18,5	-4,0	-	11,1	3,5	-2,9	-	-	-	-	-	
Polen													
EU-KOM	5,0	1,2	2,6	3,2	4,2	4,0	2,3	2,0	7,1	8,4	9,9	10,0	
OECD	5,0	1,4	2,5	3,1	4,2	3,5	2,2	1,9	7,1	8,4	9,6	9,6	
IWF	4,9	1,0	2,2	-	4,2	3,4	2,6	-	-	-	-	-	
Rumänien													
EU-KOM	6,2	-8,0	0,5	2,6	7,9	5,7	3,5	3,4	5,8	9,0	8,7	8,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	7,1	-8,5	0,5	-	7,8	5,5	3,6	-	-	-	-	-	
Schweden													
EU-KOM	-0,2	-4,6	1,4	2,1	3,3	1,9	1,7	1,7	6,2	8,5	10,2	10,1	
OECD	-0,4	-4,7	2,0	3,0	3,4	-0,3	1,4	3,2	6,2	8,2	10,3	10,1	
IWF	-0,2	-4,8	1,2	-	3,3	2,2	2,4	-	6,2	8,5	8,2	-	
Tschechien													
EU-KOM	2,5	-4,8	0,8	2,3	6,3	0,6	1,5	1,8	4,4	6,9	7,9	7,4	
OECD	2,6	-4,4	2,0	2,8	6,3	1,1	1,4	2,0	4,4	6,9	8,4	7,9	
IWF	2,7	-4,3	1,3	_	6,3	1,0	1,1	-	4,4	7,9	9,8	-	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	0,6	-6,5	-0,5	3,1	6,0	4,3	4,0	2,5	7,8	10,5	11,3	10,5	
OECD	0,6	-6,9	-1,0	3,1	6,0	4,5	4,0	3,0	7,9	9,9	10,3	9,3	
IWF	0,6	-6,7	-0,9		6,1	4,5	4,1		-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

Interimsprognose Februar 2010. Nur für BIP und Verbraucherpreise 2010 zu Polen.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2009.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Deutschland													
EU-KOM	0,0	-3,4	-5,0	-4,6	65,9	73,1	76,7	79,7	6,6	4,0	3,8	3,7	
OECD	0,0	-3,2	-5,3	-4,6	-	-	-	85,0	6,6	4,0	4,5	5,4	
IWF	-0,1	-4,2	-4,6	-	67,1	78,7	84,5	-	6,4	2,9	3,6		
USA													
EU-KOM	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1	70,7	82,7	93,9	105,3	-4,9	-2,9	-3,4	-3,3	
OECD	-6,5	-11,2	-10,7	-9,4	70,0	83,9	92,4	99,5	-4,9	-3,0	-3,4	-3,7	
IWF	-5,9	-12,5	-10,0	-	70,4	84,8	93,6	-	-4,9	-2,6	-2,2		
Japan													
EU-KOM	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1	173,1	189,8	197,6	206,0	3,2	1,8	2,0	1,0	
OECD	-2,7	-7,4	-8,2	-9,4	172,1	189,3	197,2	204,3	3,2	2,5	2,8	2,8	
IWF	-5,8	-10,5	-10,2	-	196,6	218,6	227,0	-	3,2	1,9	2,0		
Frankreich													
EU-KOM	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7	67,4	76,1	82,5	87,6	-3,3	-2,3	-2,2	-2,4	
OECD	-3,4	-8,2	-8,6	-8,0	-	-	-	99,0	-2,3	-2,1	-2,1	-2,1	
IWF	-3,4	-7,0	-7,1	-	67,5	76,7	82,6	-	-2,3	-1,2	-1,4		
Italien													
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1	105,8	114,6	116,7	117,8	-3,0	-2,4	-2,4	-2,4	
OECD	-2,7	-5,5	-5,4	-5,1	-	-	-	130,0	-3,4	-2,7	-2,3	-2,2	
IWF	-2,7	-5,6	-5,6	-	105,7	115,8	120,1	-	-3,4	-2,5	-2,3		
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1	52,0	68,6	80,3	88,2	-1,6	-2,4	-1,6	-0,9	
OECD	-5,3	-12,6	-13,3	-12,5	-	-	-	94,0	-1,6	-2,6	-2,4	-2,0	
IWF	-5,1	-11,6	-13,2	-	52,0	68,7	81,7	-	-1,7	-2,0	-1,9		
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	0,1	-4,8	-5,2	-4,5	-	-	-	89,0	0,5	-2,9	-3,4	-3,4	
IWF	0,1	-4,9	-4,1	-	62,7	78,2	79,3	-	0,5	-2,6	-1,8		
Euroraum													
EU-KOM	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5	69,3	78,2	84,0	88,2	-0,8	-0,7	-0,5	-0,5	
OECD	-2,0	-6,1	-6,7	-6,2	73,2	81,8	88,3	93,2	-0,8	-0,6	-0,1	0,3	
IWF	-1,8	-6,2	-6,6	-	69,2	80,0	86,3	-	-0,7	-0,7	-0,3		
EU-27													
EU-KOM	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9	61,5	73,0	79,3	83,7	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4	
IWF	-2,3	-6,9	-7,5	-	-	-	-	-	-1,1	-0,8	-0,5		

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009\ \&\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa, Oktober 2009.$

Stand: Dezember 2009.

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Belgien													
EU-KOM	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8	89,8	97,2	101,2	104,0	0,2	0,6	0,9	0,8	
OECD	-1,2	-5,7	-5,6	-5,2	-	-	-	108,0	-2,5	-0,8	-0,6	-0,5	
IWF	-1,2	-5,8	-6,3	-	-	-	-	-	-2,5	-1,0	-0,9	-	
Finnland													
EU-KOM	4,5	-2,8	-4,5	-4,3	34,1	41,3	47,4	52,7	2,6	1,1	1,2	1,3	
OECD	4,4	-2,3	-4,8	-5,2	-	-	-	63,0	2,8	0,8	0,9	0,9	
IWF	4,4	-2,9	-4,2	-	-	-	-	-	2,4	0,5	2,0	-	
Griechenland													
EU-KOM	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8	99,2	112,6	124,9	135,4	-13,8	-8,8	-7,9	-7,7	
OECD	-7,8	-12,7	-9,8	-10,0	-	-	-	130,0	-14,6	-11,1	-10,0	-10,1	
IWF	-5,0	-6,4	-7,1	-	-	-	-	-	-14,4	-10,0	-9,0	-	
Irland													
EU-KOM	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7	44,1	65,8	82,9	96,2	-5,1	-3,1	-1,8	-1,5	
OECD	-7,2	-12,2	-12,2	-11,6	-	-	-	93,0	-5,4	-2,8	-2,0	-0,6	
IWF	-7,3	-12,1	-13,3	-	-	-	-	-	-5,2	-1,7	0,6	-	
Luxemburg													
EU-KOM	2,5	-2,2	-4,2	-4,2	13,5	15,0	16,4	17,7	5,5	9,4	11,2	12,2	
OECD	2,5	-2,3	-4,3	-3,6	-	-	-	31,0	5,5	1,9	1,5	2,9	
IWF	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	-	9,1	7,6	7,0	-	
Malta													
EU-KOM	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3	63,8	68,5	70,9	72,5	-5,6	-3,2	-2,8	-2,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,7	-4,5	-4,4	-	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-6,1	-	
Niederlande													
EU-KOM	0,7	-4,7	-6,1	-5,6	58,2	59,8	65,6	69,7	4,2	3,1	3,1	3,9	
OECD	0,7	-4,5	-5,9	-5,3	-	-	-	82,0	4,8	6,3	7,2	7,7	
IWF	0,9	-3,8	-5,7	-	-	-	-	-	7,5	7,0	6,8		
Österreich													
EU-KOM	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3	62,6	69,1	73,9	77,0	3,6	1,5	1,4	1,8	
OECD	-0,5	-4,3	-5,5	-5,8	-	-	-	82,0	3,2	1,9	2,2	2,6	
IWF	-0,5	-4,2	-5,6	-	-	-	-	-	3,5	2,1	2,0	-	
Portugal													
EU-KOM	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7	66,3	77,4	84,6	91,1	-12,1	-10,2	-10,2	-10,2	
OECD	-2,8	-6,7	-7,6	-7,8	-	-	-	97,0	-12,1	-9,7	-10,7	-11,1	
IWF	-2,6	-6,9	-7,3	-	_	-	_	-	-12,1	-9,9	-9,7		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Slowakei													
EU-KOM	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5	27,7	34,6	39,2	42,7	-6,8	-5,8	-5,3	-5,0	
OECD	-2,3	-5,9	-6,3	-5,0	-	-	-	48,0	-6,4	-3,8	-3,1	-2,8	
IWF	-2,5	-5,3	-4,4	-	-	-	-	-	-6,5	-8,0	-7,8	-	
Slowenien													
EU-KOM	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9	22,5	35,1	42,8	48,2	-6,1	-0,8	-0,2	-0,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,3	-5,9	-5,6	-	-	-	-	-	-5,5	-3,0	-4,7	-	
Spanien													
EU-KOM	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3	39,7	54,3	66,3	74,0	-9,5	-5,4	-4,6	-4,2	
OECD	-4,1	-9,6	-8,5	-7,7	-	-	-	74,0	-9,6	-5,3	-3,8	-3,0	
IWF	-3,8	-12,3	-12,5	-	-	-	-	-	-9,6	-6,0	-4,7	-	
Zypern													
EU-KOM	0,9	-3,5	-5,7	-5,9	48,4	53,2	58,6	63,4	-18,0	-11,6	-9,0	-7,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	0,9	-4,1	-6,3	-	-	-	-	-	-18,3	-10,0	-9,8	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Stand: Dezember 2009.

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Bulgarien													
EU-KOM	1,8	-0,8	-1,2	-0,4	14,1	15,1	16,2	15,7	-22,9	-13,7	-9,8	-7,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-25,5	-11,4	-8,3	-	
Dänemark													
EU-KOM	3,4	-2,0	-4,8	-3,4	33,5	33,7	35,3	35,2	2,2	1,9	2,2	2,9	
OECD	3,4	-2,5	-5,4	-4,0	-	-	-	53,0	2,2	2,5	2,1	2,1	
IWF	3,4	-1,3	-3,5	-	-	-	-	-	1,0	1,1	1,5	-	
Estland													
EU-KOM	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0	4,6	7,4	10,9	13,2	-9,1	3,9	1,3	-0,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,3	-3,8	-3,0	-	-	-	-	-	-9,3	1,9	2,0	-	
Lettland													
EU-KOM	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2	19,5	33,2	48,6	60,4	-13,0	6,8	5,4	3,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,4	-13,0	-12,0	-	-	-	-	-	-12,6	4,5	6,4	-	
Litauen													
EU-KOM	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7	15,6	29,9	40,7	49,3	-12,4	0,1	0,3	-0,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-10,3	-7,6	-	-	-	-	-	-11,6	1,0	0,5	-	
Polen													
EU-KOM	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6	47,2	51,7	57,0	61,3	-5,1	-1,9	-2,8	-3,2	
OECD	-3,7	-6,4	-7,8	-6,8	-	-	-	66,0	-5,1	-1,7	-2,3	-2,5	
IWF	-3,1	-5,8	-6,5	-	-	-	-	-	-5,5	-2,2	-3,1	-	
Rumänien													
EU-KOM	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9	13,6	21,8	27,4	31,3	-12,3	-5,5	-5,5	-5,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,9	-7,3	-5,9	-	-	-	-	-	-12,4	-5,5	-5,6	-	
Schweden													
EU-KOM	2,5	-2,1	-3,3	-2,7	38,0	42,1	43,6	44,1	8,3	7,8	7,9	8,3	
OECD	2,5	-2,0	-3,0	-2,0	-	-	-	58,0	6,2	7,8	8,2	8,6	
IWF	2,5	-3,5	-3,9	-	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	-	
Tschechien													
EU-KOM	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7	30,0	36,5	40,6	44,0	-3,3	-2,5	-1,4	-0,8	
OECD	-2,0	-5,7	-5,6	-5,0	-	-	-	60,0	-3,0	-1,0	0,3	0,3	
IWF	-1,4	-6,0	-7,0	-	-	-	-	-	-3,1	-2,1	-2,2		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011		
Ungarn														
EU-KOM	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9	72,9	79,1	79,8	79,1	-6,6	-1,3	-1,7	-1,8		
OECD	-3,7	-4,3	-4,1	-3,6	-	-	-	91,0	-7,1	-1,6	-1,8	-2,6		
IWF	-3,4	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-8,4	-2,9	-3,3	-		

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 \& Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2009. \\$

Stand: Dezember 2009.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, April 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X